

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnements-Preis pränumerando:
 Vierteljährlich 3,20 M., monatlich 1,10 M.,
 wöchentlich 26 Pf. für ins Haus,
 einzelne Nummer 5 Pf. Sonntags-
 nummer mit illustrierter Sonntags-
 beilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Post-
 abonement: 1,10 Mark pro Monat.
 Eingetragen in die Post-Bestellungs-
 Preisliste. Unter Kreuzband für
 Deutschland und Oesterreich-Ungarn
 2 Mark, für das übrige Ausland
 3 Mark pro Monat. Postabonnements
 nehmen an: Belgien, Dänemark,
 Holland, Italien, Luxemburg, Portugal,
 Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Erscheint täglich außer Montags.

Die Insertions-Gebühr
 beträgt für die sechsstelligen Nummern-
 zeile oder deren Raum 50 Pf., für
 politische und gewerkschaftliche Vereins-
 und Berichterstattungs-Anzeigen 30 Pf.,
 „Kleine Anzeigen“, das erste (Leit-
 gebundene) Wort 20 Pf., jedes weitere
 Wort 10 Pf. Stellenangebote und Schloß-
 stellen-Anzeigen das erste Wort 10 Pf.,
 jedes weitere Wort 5 Pf. Worte über
 15 Buchstaben zählen für zwei Worte.
 Inserate für die nächste Nummer müssen
 bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition
 abgegeben werden. Die Expedition ist
 bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: S.W. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Sonntag, den 31. Juli 1910.

Expedition: S.W. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

Cannstatt-Ludwigsburg erobert!

Stuttgart, 30. Juli.

(Privatdepesche des „Vorwärts“.)

Bei der heutigen Erftwahl im 2. württembergischen Reichstagswahlkreis Cannstatt-Ludwigsburg-Marbach-Weiblingen erhielten Redakteur und Landtagsabgeordneter Keil (Soz.) 18 705, Fabrikant Dettinger (natl.) 9528 und Redakteur und Landtagsabgeordneter Wolff (Bauernbund) 4930 Stimmen. Keil ist somit mit einer Majorität von 4247 Stimmen gewählt.

Nun ist auch dieser Wahlkreis unser, der noch nie im sozialdemokratischen Besitze war, und mit unserm Genossen Keil giebt der fünfzigste Sozialdemokrat in den Deutschen Reichstag!

Der Erfolg unserer Partei in diesem Wahlkreis ist der Abschluß einer unermüdbaren und zähen Agitations- und Organisationsarbeit. Im Jahre 1881 entfielen dort erst 100 Stimmen auf unseren Kandidaten, 1884 erst 600 Stimmen. Von da an ging es rascher aufwärts. 1887 brachte eine Zunahme von 1000, 1890 eine solche von 1600 Stimmen. 1893 musterten wir wieder um 2000, 1898 um 2400, 1903 um 3400 Stimmen mehr als bei der nächst vorhergegangenen Wahl. Die Blockwahlen von 1907 brachten uns immer noch die verhältnismäßig bedeutende Zunahme von 2000 Stimmen. So gingen unsere Genossen mit der frohen Zuversicht in die Wahl, diesmal den Kreis im ersten Wahlgang zu holen und die Hoffnung hat sie nicht getäuscht.

Von den vielen Erfolgen des letzten Jahres — und welche Wahl war kein Erfolg? — gehört Cannstatt-Ludwigsburg mit zu den schönsten. Der neugewonnene Wahlkreis ist ziemlich stark industriell. Nach den Angaben vom Jahre 1907 waren von seinen 184 677 Einwohnern 121 185 städtisch, 63 492 ländlich. Im Jahre 1907 gab es 40 754 Wahlberechtigte, von denen 34 892 zur Wahl gingen. Der Führer der württembergischen Nationalliberalen, Dr. Sieber wurde mit 18 787 Stimmen gewählt. Genosse Keil erhielt 15 488, Gröber vom Zentrum 98 Stimmen. Bei diesem Wahlgang ging der Bauernbund, der 1907 für Sieber eingetreten war, selbstständig vor. Dagegen traten die Volksparteiler unter Führung des Demokraten Haumann sofort für die Nationalliberalen ein. Das sollte der Dank dafür sein, daß bei der Weisheimer Landtagswahl die Nationalliberalen den Volksparteiler unterstützt hatten. Die Wähler aber haben durch diese liberalen Milchmädchenrechnungen einen dicken Strich gemacht. Die rote Flut hat Volkspartei und Nationalliberale in gleicher Weise überflutet.

Seit den Reichstagswahlen von 1907, bei denen wir nur 43 Mandate erhalten hatten, hat unsere Reichstagsfraktion sieben Gewinne zu verzeichnen, denen kein Verlust gegenübersteht. Wir gewannen von den Nationalliberalen vier Mandate: Landau-Neustadt, Coburg, Friedberg-Büdingen, Cannstatt-Ludwigsburg. Von den Fortschrittlern zwei: Halle-Saalkreis und Uxedom-Wollin, von der Wirtschaftlichen Vereinigung: Eisenach-Dornbach; Bismarck-Marienberg steht ja noch aus. Daß es nicht mehr Gewinne sind, dafür haben Nationalliberale und Schwarzblaue im holden Verein gesorgt, indem sie aus Angst vor den Nachwahlen auch die unschätzbaren erschwundenen Mandate kurzerhand für gültig erklärt hatten. Wo es aber zum Schlagen kam, da hat die Sozialdemokratie glänzend abgeschnitten. Von den sieben Wahlkreisen, die uns zugefallen sind, war nur Halle von 1890 bis 1893 und von 1896 bis 1907 sozialdemokratisch. In den sechs anderen Wahlkreisen dagegen ist das rote Banner zum ersten Male siegreich aufgepflanzt worden. Wo wir erledigte Sitze zu verteidigen hatten, geschah es mit großem Stimmengewinn, obwohl sonst bei Nachwahlen Stimmerrückgang die Regel ist. In Glauchau-Meerane gewannen wir 500, in Speyer-Ludwigshafen 800, in Stollberg-Schneeberg 2000 Stimmen. Wir sind jetzt die drittstärkste Partei im Deutschen Reichstag und dürfen hoffen, auch die 50 noch vor dem Zusammentritt des Reichstags überschritten zu haben. Es geht vorwärts, wir arbeiten gut und unsere Arbeit trägt Früchte.

Bei allen Wahlen wiederholt sich die Erfahrung, daß die Massen des deutschen Volkes mit tiefer Erbitterung gegen alle bürgerlichen Parteien erfüllt sind. Dem deutschen Volke ist es zum Bewußtsein gekommen, in welcher abscheulicher Weise es bei den Wahlen von 1907 irre geführt worden ist, wie es von den liberalen Blockbrüdern der Reaktion in die Irre getrieben und von den Reaktionären schändlich bergewaltigt worden ist. Daß wir 1907 unerschütterlich fest gestanden, keinen Moment uns

Wanken geraten, durch liberale Versprechungen und imperialistischen Launel unberührt geblieben sind, das führt heute die enttäuschten Wähler, die von den bürgerlichen Parteien verraten worden sind, in unsere Reihen. Für den vorübergehenden Mandatsverlust von 1907 werden wir jetzt wahrlich reichlich entschädigt durch die rasche Zunahme unserer Wähler und durch die dauernde Stärkung der Macht, unserer politischen Organisationen und unserer Presse. Die Taktik der Sozialdemokratie hat sich glänzend bewährt und nie war unsere Partei mehr die Wortführerin der arbeitenden Massen des deutschen Volkes, die deshalb so rasch wächst, weil die Wähler einsehen, daß die Sozialdemokratie die einzige Partei ist, die die Interessen der Arbeiter ohne jede Rücksichtnahme vertritt. Diese Einsicht steigert das Vertrauen immer neuer bisher für uns unzugänglichen Schichten zur Sozialdemokratie und ist die Gewähr für künftige Erfolge.

Der Sieg von Cannstatt-Ludwigsburg beweist wieder aufs neue, wie stark die Erbitterung gegen das herrschende Regime in Deutschland geworden ist. Für die Sozialdemokratie erwächst daraus die Aufgabe, die günstigen Zeiten zu nutzen und durch unermüdbare Aufklärungsarbeit dafür zu sorgen, daß die Neugewonnenen zu festen und überzeugten Anhängern des Sozialismus werden. Nicht eine Verhüllung unserer Ziele, sondern im Gegenteil Klarste Herausarbeitung alles dessen, was uns von der bürgerlichen Welt trennt, gebietet uns nicht nur die Pflicht gegenüber unserer großen geschichtlichen Aufgabe, sondern auch die Rücksicht auf unsere propagandistische Kraft. Denn gerade das, was uns von den bürgerlichen Parteien trennt, daß wir die rücksichtslosen und unbedingten Verfechter der Klasseninteressen des arbeitenden Volkes sind, das ist es ja, was uns das Vertrauen der Massen gewinnt. Wenn die Erbitterung gegen die blaue-schwarze Koalition nicht den Liberalen, sondern uns zugute kommt, so deswegen, weil die Blockwähler und der Bewilligungseifer der Liberalen bei den indirekten Steuern den Wählern gezeigt hat, daß sie nicht sicher sind, daß die Liberalen ihre Interessen nicht wiederum preisgeben. Jergendein Zusammengehen der Sozialdemokraten mit den bürgerlichen Parteien, das über eine Stichwahlparole für das kleinere Uebel hinausginge, könnte nur das Vertrauen schädigen, das unsere klare, starke und unerschrockene Haltung uns in immer weiteren Kreisen erobert hat.

Für die bürgerlichen Parteien enthält freilich unser Sieg eine ernste Mahnung. Eine starke demokratische Strömung geht durch das deutsche Volk. Wollen die Liberalen nicht zerrieben werden zwischen der Sozialdemokratie und der Reaktion, so müssen sie sich in den Dienst des demokratischen Willens stellen. Ihr haltloses Schwanken, ob sie sich nicht doch auf die Seite der Reaktion werfen sollen, bringt sie immer schneller um jedes Ansehen bei ihren eigenen Anhängern. Ob die Liberalen einsehen, daß es für sie höchste Zeit ist, wirklich liberal zu werden, ob sie aufhören, der siegreich voranschreitenden Sozialdemokratie in komischer Ueberhebung Vorschriften über ihre Taktik machen zu wollen, steht dahin und ist nicht unsere Sache. Wir gehen vorwärts den Weg, der zur Höhe führt, so oder so. Wir sammeln immer mehr Macht, indem wir immer mehr die arbeitende Klasse, auf der die Gesellschaft ruht, unter die rote Fahne einreihen. Wir sammeln die Macht für die Befreiung dieser arbeitenden Massen von dem Druck der Massenherrschaft, für die Erringung der wahren und vollen Demokratie, die zur politischen Gleichheit auch die ökonomische Gleichheit und Selbstbestimmung des Volkes fordert. Auf dem Wege zur Freiheit mögen ehrliche Demokraten ein Stück gemeinsam mit uns marschieren können. Wir aber brauchen nicht zu verhehlen, daß unser Weg weiter geht, hinaus über das formale Recht der politischen Gleichheit zu dem ökonomischen Inhalt der neuen Gesellschaft.

Die Abrüstungsideen des Königs von Italien.

Der König von Italien hat Recht. Sein Berufscollega Nikolaus hat ihn den Rang abgelaufen. Wäre nämlich Viktor Emanuel vor 12 Jahren mit seinem Abrüstungsvorschlag an die Öffentlichkeit getreten, dann hätte man ihn doch wenigstens einige Monate als Friedensfürst gefeiert. Inzwischen aber sind die Menschen recht nüchtern geworden. Ein Schütteln geht durch den ganzen Wäldchen, und viele Zeitungsmänner, die damals dem Mann vom Neba-Strande nicht laut genug das „Hosianna“ jubeln konnten, gieken ganze Schalen von Spott und Hohn über den guten Viktor Emanuel aus, so daß man ihn schier bedauern möchte.

Allerdings müssen auch wir gestehen, daß der königliche Vorschlag nicht besonders geschickt ist. Er hat nicht einmal den Reiz des Neuen, Viktor Emanuel schlägt nämlich, wie vor einigen

Jahren Roosevelt, eine Begrenzung der Schiffsdimensionen, eine maximale Displacementgrenze vor. Bekanntlich haben sich die Größenabmessungen der Schiffe in den letzten Jahren ganz enorm gesteigert; damit aber auch die Baukosten, so daß jetzt ein Linienschiff beinahe 2½ mal soviel kostet als vor 10 Jahren. Diese Displacementsteigerung ist zurückzuführen auf die Erhöhung der Geschwindigkeit, die Verbesserung der Artillerie und die Verstärkung der Panzerung. Will man nun für das Displacement eine Höchstgrenze festsetzen, wie es damals Roosevelt vorschlug, dann schaltet man den technischen Fortschritt zwar nicht ganz, aber doch zum größten Teil aus. Das weiß auch Viktor Emanuel, und deshalb geht er noch einen Schritt weiter als Roosevelt. Er will nämlich für jedes Schiff Geschwindigkeit und Geschützstärke festgesetzt wissen. Sein Plan läuft also darauf hinaus, daß die Kriegsschiffe aller Nationen nach einem Schema gebaut werden. Damit schaltet er, was für die in industrieller Beziehung hinteran hinkenden Staaten, wie Italien, zweifellos von Vorteil wäre, den Fortschritt der Technik ganz aus und macht den Sieg in der Schlacht einzig und allein von den moralischen Qualitäten der Truppe abhängig. Wir vermögen nicht einzusehen, aus welchem Grunde Viktor Emanuel nicht weiter geht und auf die primitiven Schlichthethoden des Altertums zurückgreift. Dann lasse man doch die Hand vom Linienschiff, Schnellfeuergeschütz und Schießgewehr und lehre zu Galeere, Schild und Speer zurück. Dann werden die Völker noch bedeutend mehr Geld sparen. Es ist also kein Wunder, daß Viktor Emanuel bei den Mächtigen unter den gekrönten Häuptern einen Korb bekommen hat.

Uebrigens ist der Vorschlag des Königs von Italien schon deshalb wertlos, weil er die Zahl der Schiffe durchaus nicht begrenzt. Wenn also auch die Nationen nach diesem Vorschlage nicht beliebig große Schiffe bauen dürfen, so doch beliebig viel. Wenn man es also ernst meint, dann kann man überhaupt nur zwei Vorschläge machen: entweder man legt für jede Nation einen Höchstwert für den Gesamttonnagegehalt der ganzen Flotte, oder aber ein Maximum für die Marineausgaben fest, was ja noch wirksamer wäre. Sobald man aber diese Vorschläge macht, sieht man auch schon ein, daß sie in der kapitalistischen Gesellschaftsordnung nicht in der Tat umgesetzt werden können. Der Konkurrenzkampf mit seinen imperialistischen Erscheinungen ruft fortgesetzt Revisionen im Kongress der Mächte hervor; wir leben in beständiger Kriegsfurcht. Jeder Kriegsführende will gewinnen. Nun kommt es aber in einem Kriege nicht darauf an, ob beide Teile relativ gleich stark sind. Der Sieg gehört vielmehr dem, der absolut stärker ist. Und eben deshalb lassen sich die Regierungen nicht durch mathematische Formeln binden. Solange Streitigkeiten durch die Waffen zum Austrag gebracht werden dürfen, gibt es überhaupt keine Abrüstung. Erst das internationale Schiedsgericht, dann die Abrüstung.

Man zeige uns nun nicht des Widerspruchs, wenn wir für ein englisch-deutsches Flottenabkommen eintreten. Ein solches Abkommen würde beileibe nicht die internationale Abrüstung bedeuten, aber trotzdem nicht wertlos sein. Denn die Dinge liegen jetzt so, daß Deutschland und England die andern europäischen Seemächte weit überflügelt haben und daß sämtliche Länder Europas tatsächlich von dem wahnsinnigen Wettkampf zwischen England und Deutschland abhängig sind. Diese beiden Länder könnten den Ausbau ihrer Flotten weniger intensiv betreiben, ohne ins Hintertreffen zu geraten und würden durch das Tempo des gesamten internationalen Wettlaufes beeinflussen und dem barbarischen mittelalterlichen Preisrecht den Garau machen!

Politische Uebersicht.

Berlin, den 30. Juli 1910.

Reichsfinanzreform und Handwerk.

Im Jahresbericht der Handelskammer für Oberfranken heißt es über „Die wirtschaftliche Lage des Handwerks in Oberfranken“:

„Besonders die Reichsfinanzreform brachte eine gewisse Unruhe und Unsicherheit in das Geschäftsleben. Allenthalben hört man die Handwerksmeister klagen über die fortwährend steigende Belastung der gewerblichen Betriebe und Einführung neuer Abgaben. Letzteres müßte, zumal der politische Rückwärts bei Ausfindigmachung neuer Steuern den Mittelstand immer am ärgsten, einzelne Berufsstände aber nur wenig treffe, im Laufe der Zeit unter völliger Preisgabe des Vertrauens zur Regierung zur allgemeinen Unzufriedenheit der Handwerker und zur erheblichen Gefährdung mancher Handwerkerexistenzen führen. Nicht minder aber sehen die Handwerker mit Besorgnis der bayrischen Steuerreform entgegen, denn auch hier winde den meisten, besonders den mittleren und größeren Betrieben im Gegensatz zu der Landwirtschaft eine zum Teil erheblichere steuerliche Belastung.“

Hieraus ergibt sich für die Handwerker die Notwendigkeit, bei den Wahlen dafür zu sorgen, daß nicht Vertreter gewählt werden, die solche Gesetze schaffen. Bis jetzt hat nur die Sozialdemokratie eine konsequente Steuerpolitik getrieben, die darauf hinausgeht, die ärmeren Kreise der Bevölkerung zu entlasten und die tragfähigeren Schultern zu höheren Leistungen heranzuziehen.

Aus preussischen Staatsbetrieben.

Die Verhältnisse in den sogenannten Rüstbetrieben der preussischen Staatseisenbahn-Verwaltung zu Erfurt sind schon mehrfach Gegenstand kritischer Betrachtungen in der sozialdemokratischen Presse gewesen. Jetzt sind unserem Erfurter Parteiblatt, der „Tribüne“, abermals Klagen aus der Betriebswerkstelle am Güterbahnhof Erfurt übermitteln worden wegen der miserablen Behandlungsweise, der die Arbeiter durch die Vorgesetzten ausgeübt sind. Beschweren sich die Arbeiter über irgend etwas oder suchen sie um ihr Recht nach,

so werden sie von den Vorgesetzten in dem bekannten preussischen Amtsstube angefahren, und geben sie dann aufs Bureau, um hier ihre Wünsche vorzubringen, so bekommen sie hier wie dort zu hören: „Wenn es Ihnen nicht paßt, so gehen Sie hinaus auf die Chaussee!“ Auch das Zusammen-sprechen zwischen zwei Arbeitern ist verboten; bemerkt es aber ein anderer Arbeiter oder ein Vorgesetzter, so soll er es melden! So zücht man in diesem Staatsbetriebe das Augegehorchen. Dabei wird überall an Arbeitskräfte gepart; für die Abgänge erfolgen keine Neueinstellungen, aber es wird dasselbe Arbeitsquantum, ja die sich ständig mehrende Arbeit trotzdem verlangt. Schon zweimal wurden die Arbeiter um Zulage vorstellig; sie wurde ihnen stets abgelehnt. Dabei sind die Arbeiter der festen Meinung, daß sie hier noch mit 20—30 Pf. Zulage im Rückstand sind und daß man mit deren Herausgabe warten will, bis zu den Reichstagswahlen — als Köder, wie das vorige Mal.

Nicht besser sind die unteren Beamten im Aufendienst daran. Im März 1909 reichten zwei auf dem Güterbahnhof Erfurt stationierte Weichensteller beim Oberpostdirektor Herms die Gesuch um Ablegung der Prüfung zum Weichensteller erster Klasse ein. Im Oktober wurden beide Beamte versetzt, ohne daß ihr Gesuch erledigt worden wäre und sie warten heute noch darauf.

So behandelt der preussische Staat „seine“ Arbeiter und kleinen Beamten. Aber die preussischen Staatsfürsten reihen mächtig den Mund auf über den — sozialdemokratischen Zukunftsstaat! Die Heuchler!

Fürst zu Solms-Baruth gegen das öffentliche Interesse.

Unsere Darstellung der Befestigung des Rechtswegs zugunsten des Fürsten zu Solms-Baruth hat begreiflicherweise bei den konservativen Organen und der Regierung Mißbehagen erregt. Die offiziösen „Berl. Pol. Nachr.“ stellen, wie die „Kreuzztg.“ meint, „fest“, daß die Sachbehandlung völlig tendenziös und mit dem geltenden Recht unvereinbar sei. Zur Erhebung des Kompetenzkonflikts sei die Verwaltungsbehörde nicht bloß befugt, sondern verpflichtet, wenn nach ihrer Ueberzeugung nicht die Gerichte, sondern die Organe der Verwaltung zuständig sind. Dunkel ist der offiziösen Worte Sinn. Was wir dargelegt haben, ist von Anfang bis zu Ende zutreffend und in öffentlicher Gerichtsbarkeit an der Hand der Akten festgestellt. Was soll da das Geschwafel, es liege eine tendenziöse Sachbehandlung auf unserer Seite vor? Welcher Sach, welche Behauptung unseres Berichtes ist unrichtig? Nicht ein Wort. Der Schwerpunkt des Falles Fürst zu Solms-Baruth liegt darin, daß der Kompetenzgerichtshof den Gerichten in den Arm gefallen ist, die zugunsten der Einwohner zu Friedrichshof entschieden haben. Das Landgericht zu Potsdam wie das Kammergericht haben entschieden, daß es sich nicht um eine Klage gegen eine polizeiliche Verfügung, sondern um das Recht der Friedrichshofer auf Befestigung der Gittersperre handelt. Der Kompetenzgerichtshof hat diese Urteile mit einem Federstrich beiseite geschoben und den Rechtsweg für unzulässig erklärt. Bei der Novelle zum Gerichtsverfassungsgesetz haben neben Sozialdemokraten auch Nationalliberale den Ausschluß des Rechtswegs bekämpft, der in der Möglichkeit solcher Kompetenzkonflikts-erhebung liegt. Preußen befestigt in vielen Fällen, so auch hier, den Rechtsweg auf dem Wege der Kompetenzkonflikts-erhebung; an Stelle der Entscheidung unabhängiger Gerichte tritt, nachdem zwei Instanzen zugunsten des Fürsten entschieden haben, eine Verwaltungsbehörde, die zu seinen Gunsten Konflikte mit Erfolg erhebt. Bei Beratung der Strafprozessordnung und des damit im Zusammenhang stehenden Gerichtsverfassungsgesetzes wird es notwendig sein, das In-den-Arm-fallen der Gerichte seitens der Verwaltung für die Zukunft zu verhindern. Im Fall des Fürsten Solms ist die durch das Landgericht und Kammergericht ausgesprochene Gerechtigkeit zugunsten der Bürger durch eine Verwaltungsbehörde aufgehoben. An dieser Tatsache ändert alles Gerede der „Berl. Pol. Nachr.“ und der „Kreuzztg.“ nicht das geringste.

Der Amtsvorsteher gegen das Vereins- und Versammlungsrecht!

Aus Dranienburg wird uns vom 30. Juli geschrieben: Morgen, Sonntag nachmittag 2 Uhr, sollte in Friedrichsthal im Gasthof „Zu den vier Linden“ eine Volksversammlung stattfinden. Es ist die erste Versammlung, die dort stattfinden sollte. Sie wurde vom Amtsvorsteher mit folgender Begründung verboten:

„Mit Rücksicht auf das am 31. Juli in dem Lokal zu den 4 Linden in Friedrichsthal stattfindende öffentliche Erntefest wird hierdurch die Abhaltung der von Ihnen angemeldeten Volksversammlung wegen Gefährdung der öffentlichen Sicherheit polizeilich untersagt.“

Der Amtsvorsteher. Rauterbach.“

Unsere Genossen sind diesem geschwätzigen Ukas damit begegnet, daß die Versammlung nunmehr um 4 Uhr nachmittags im Lokal von W. Neubert in W a l z stattfinden wird. Wenn nun dadurch auch in diesem Falle der Diktatur des Amtsvorstehers wirksam begegnet werden konnte, so verdient der Ukas des wackeren Amtsvorstehers doch niedriger gehängt zu werden, zum Beweise dafür, wie wenig sich unsere Junker- und Junkerhörigen um das Vereins- und Versammlungsrecht kümmern!

Die „korrigierte Bürgerrolle“ in Wandersb. B.

Wie schon in der vorigen Woche mitgeteilt, sind durch die Maßnahmen des Wandersb. B. Magistrats über 300 bisherige Bürger ihres Wahlrechts beraubt worden, obwohl bei der Zusammenlegung beider Bezirke zu einem Wahlbezirk vom Oberbürgermeister Rauch erklärt wurde, niemand werde seines Wahlrechts beraubt, es bleibe alles beim alten, „nehmen, rauben tun wir nichts!“ Während vor dieser zur Erhaltung der kommunalen Klassenherrschaft der Bourgeoisie ausgeklügelten Maßnahme der höchstzulässige Wahlschub von 1850—1600 W. (16 W. Staatsbeamten) zur Verleihung des Bürgerrechts galt, soll jetzt ein Einkommen von mindestens 1500 W. dafür entscheidend sein. Mit großer Gewissenhaftigkeit ardet die städtische Verwaltung darauf, daß kein Arbeiter einen Pfennig zuziel Einkommen versteuert. So sind Arbeiter, die ihr Einkommen mit genau 1500 W. angegeben hatten, um 20—50 W. herabgesetzt worden, weil sie vergessen hätten, die Versicherungsbeiträge (Krankenkasse, Invalidität usw.) in Abzug zu bringen.“ Das mit 1500 W. deklarierter Einkommen eines Arbeiters wurde aus diesem „menschenfreundlichen“, aber mit den sonstigen fiskalischen Gepflogenheiten des Magistrats nicht in Einklang zu bringenden Gründen ermäßigt.

Alle diese Maßnahmen haben klammernde Entrüstung unter der Arbeiterschaft hervorgerufen. Am Donnerstag fand eine imposante Versammlung statt, in der nach einem Referat des Genossen Dr. Herz-Altona gründliche Abrechnung mit dem neuesten Streich der reaktionären kommunalen Politiker gehalten wurde. In einer einstimmig angenommenen Resolution wird erklärt, daß alle Mittel angewendet werden sollen, um dieser tiefste Verachtung für die minderbemittelten Kreise aussprechenden Maßnahme zu begegnen.

Der Reichsverband bekommt moralische Anwendungen. Am 15. Mai hatte die „Schleswig-Holsteinische Volkszeitung“ unter der

Stichmarke „Ein hineingefallener Verleumder“ einen Bericht über einen Prozeß gegen den Doufilsarbeiter Noche veröffentlicht, der bekanntlich eine von Verleumdungen strotzende Broschüre unter dem Titel „Aus dem roten Sumpf“ gegen den Vorstand des Doufilsarbeiter-Verbandes geschrieben hatte. Der Reichsverband gegen die Sozialdemokratie fühlt sich nun nicht nur durch die Bezeichnung Reichs-lügenverband in diesem Bericht beleidigt, sondern auch durch die Bemerkung, daß der Verfasser der Broschüre „Aus dem roten Sumpf“, wie alle derartigen Elemente, das Geld hierzu wahrscheinlich vom Reichsverbande bekommen habe. Diese Behauptung hielt der Vorstand des Reichsverbandes für geeignet, den Verband und besonders seinen Vorstand verächtlich zu machen und in der öffentlichen Meinung herabzumündigen. Er ließ zum Staatsanwalt, und der hat denn auch wirklich Anklage gegen den verantwortlichen Redakteur der „Schleswig-Holst. Volkszeitung“ erhoben. Der Reichsverband will also Elemente wie Noche nicht an die Hochstühle gehängt haben. Dann wird es aber Zeit, daß er unter seinen Soldschreibern und Agitatoren gründliche Musterung hält.

Wahlkämpfe und Wahlsiege in Württemberg.

Man schreibt uns aus Stuttgart: Am Donnerstag, den 23. Juli, haben unsere Genossen im zweiten Wahlgang den Landtagswahlkreis Belzheim erobert. Das Mandat des nationalliberalen Führers Dr. Sieber ist in den Besitz der Sozialdemokratie übergegangen. Im ersten Wahlgang am 15. Juli erhielt unser Kandidat Kinkel-Wöppingen 699 Stimmen, der Volksparteiler 770, der Nationalliberale 697, der Bauernbündler 602 und der Zentrumsmann 94 Stimmen. Im ersten Wahlgang entscheidet die absolute, im zweiten Wahlgang die relative Mehrheit. Sämtliche Kandidaten können wieder aufgestellt werden. Die nationalliberale Partei zog aber ihre Kandidatur zugunsten des Volksparteilers zurück, und damit schien die Wahl des letzteren gesichert. Das Oberamt Belzheim hat fast nur bäuerliche Bevölkerung, die Wähler haben teilweise stundenweit zum Wahlort. Daß die Sozialdemokratie noch nennenswerte Referenden ausbringen könne, hielt man für ausgeschlossen. Die Volkspartei suchte zudem religiösen Haß gegen die Sozialdemokratie zu wecken, sie arbeitete nach den Rezepten des Zentrums. Die „Christlichen Familienräte“ wurden mobil gemacht, denn die Sozialdemokratie wolle den Religionsunterricht aus der Schule verbannen. Ein Redner der „fortschrittlichen Volkspartei“ traktierte den Gegner gar mit folgendem Gesangsbuchvers:

Ach wie groß ist dein Verderben!
Ohne Jesum mußt du sterben:
Blind und tot sind deine Kräfte,
Sünde tun ist dein Geschäft,
Tod heißt dich des Osezes Raube,
Es ist aus mit deiner Sache,
Ja im Himmel und auf Erden,
Nann dir nicht geholfen werden.

Das Resultat der gestrigen Wahl war trotzdem der Sieg der Sozialdemokratie!

Reform des Mädchenschulwesens in Bayern.

Endlich scheint auch in Bayern die Neuorganisation der höheren Mädchenschulen in naher und festerer Aussicht zu stehen. Nachdem schon im Mai 1908 der Kammer der Abgeordneten eine Denkschrift des Kultusministeriums überreicht wurde, haben seitdem Verhandlungen und Besprechungen mit Schulmännern stattgefunden, sodas die Grundzüge sowohl der äußeren Organisation als auch der Lehrpläne jetzt feststehen.

Die Verhandlungen der Kammer der Abgeordneten haben weiteren Aufschluß gebracht und man muß gestehen, daß die geplante Reform eines großen Zuges nicht entbehrt.

Im Vordergrund steht die sechsklassige Töchter- und Knabenrealschule, die sich, wie die Knaben-Mittelschulen, auf den 4 unteren Klassen der Volksschule aufbaut. Vorschulen gibt es nicht. Die Töchter- und Knabenrealschule bestimmt zur Heranbildung der Mädchen für den Beruf der Hausfrau und Mutter. Neben dieser Schulgattung steht eine zweite, die Mädchenrealschule, welche 4 Jahre Töchter- und Knabenrealschule hat, in den beiden oberen Klassen aber in Anlehnung an den Lehrplan der Knabenrealschule die Vorbereitung der Mädchen auf einen wirtschaftlich selbständige Berufsstellung im Leben fördern soll.

Sowohl auf der Töchter- als der Mädchenrealschule kann sich aufbauen die zweiklassige Frauenschule, die den Zweck hat, die in der Töchter- und Knabenrealschule gebotene Ausbildung für den Hausfrauenberuf noch weiter zu ergänzen.

Der Töchter- und Knabenrealschule können Studien-kurse angehängt werden, welche die Gelegenheit zur Erlangung der Hochschulreife bieten. Als solche Kurse sind in Betracht zu ziehen humanistische Gymnasialkurse, Realgymnasialkurse und Oberrealschulkurse. Die beiden ersten Kurse schließen sich an die dritte Klasse der Töchter- und Knabenrealschule an und umfassen sechs Jahrestage, von denen die zwei unteren den gleichen Lehrplan haben. Die Oberrealschulkurse schließen sich in fünf Jahrestagen an die vierte Klasse der höheren Töchter- und Knabenrealschule an die Mädchenrealschule an.

Neben den hier aufgeführten Schulgattungen bestehen die Lehrerinnen-Bildungsanstalten unverändert weiter.

Die höheren Mädchenschulen bleiben wie bisher Gemeinde-anstalten unter staatlicher Aufsicht. Das heißt, die Gemeinden haben für den ganzen finanziellen Bedarf aufzukommen. Das hat natürlich zur Folge, daß ein hohes Schulgeld erhoben werden muß und daß diese höheren Mädchenschulen vielleicht noch mehr als bisher die reichsten Klammern werden. Daß der Minister Staats-zuschüsse für die Zukunft in Aussicht stellt, will bei den heruntergekommenen bayerischen Finanzen sehr wenig bedeuten. Es wird bei der guten Absicht des Ministers bleiben und die Städte müssen mit großen Opfern wieder eine Aufgabe lösen, die eigentlich der Staat zu lösen hätte. Das Erfreuliche an der Reform ist, daß wenigstens einem kleinen Prozentsatz des weiblichen Teils der bayerischen Bevölkerung Gelegenheit gegeben wird, sich die für den Universitätsbesuch notwendige Bildung zu erwerben. Es ist aber eine selbstverständliche Konsequenz hieraus, daß man nun auch die verschiedenen Berufe für den Zugang der Frauen freigibt und das bestehende Monopol der Männer beseitigt.

Sittlichkeitswächter.

Die leichte, lustige Kleidung, die jetzt in den warmen Sommermonaten vielfach vom weiblichen Geschlecht getragen wird, findet in den sittenstrengen Augen und Herzen der Roerens-jünger schärfste Verurteilung. Besonders nehmen sie an den entblößten Schultern und Busen sittlichen Anstoß. Freilich zeigen bei den Hofbällen die Gattinnen und Töchter der Edellen der deutschen Nation oft noch viel weiter entblößt, als so manches Straßenbäckerin; aber, ob nun die Sittlichkeitswächter annehmen, daß die Gefühle der an den Hofbällen teilnehmenden Würdenträger aller Art bereits so abgestumpft sind, daß wogende Busen ihnen nicht mehr gefährlich werden, oder ob sie meinen, daß für die verschiedenen Standesstufen verschiedene Sittlichkeitsregeln gelten, gegen die Fleischstellung bei Hofesten haben sie nichts einzuwenden, während die durchbrochenen Busen junger Mädchen aus den sogenannten niederen Ständen ihre tiefste Entrüstung wecken. Bei ganz besonders sittlich veranlagten Roerensjüngern geht die Verachtung alles Modens so weit, daß sie nicht nur gegen Fleischbusen, sondern sogar gegen Gips-, Holz- oder Pappbusen einen unüberwindlich sittlichen Widerwillen empfinden und am liebsten jede Statue der Venus von Milo in ein langes Nachtgewand oder eine Eskimoleidung stecken.

„Zu diesen sensiblen sittlichen Naturen gehört gewißlich auch der Kaplan in Kleve, von dem die „Verl. Volksz.“ folgendes niedliche Geschichtchen erzählt:

In Kleve fand kürzlich Kirmes statt, und auf dem Marktplatz hatte neben Schießbuden, Karussells und all den anderen zur Kirmesfeier gehörenden schönen Sachen auch ein Kinematograph Platz genommen. Am Eingang zum Kinematographen stand eine Orgel. Die Holzverzierung an ihr zeigt neben anderem Schnitzwerk zwei Minaturfrauenfiguren mit teilweise freigelassenen Busen. Tausende von Besuchern gingen an der Orgel vorbei. Die meisten sahen die Figuren nicht und die, die sie anschauten, nahmen an der Darstellung keinen Anstoß. Anders wie der Menge erging es einem Klever Kaplan. Als er über den Kirmesmarkt schritt, fiel sein Blick auf die beiden Holzfiguren. Und heiliger Herr bemächtigte sich seiner: „Die Frauenzimmer müssen wegl!“ Der Kinematographenmann wußte gar nicht wie ihm geschah. „Frauenzimmer?“ die hat er ja gar nicht ausgestellt. Aber der Kaplan belehrte ihn bald eines anderen. Die Holzfiguren sind es, die müssen fort! Aber wie? Nach einigem Hin und Her einigte man sich auf Schleier. Und am anderen Tage trugen die Figürchen züchtig einen weißen Schleier, der bis zu den Fußspitzen reichte. Jetzt wurde auch die Menge auf die Dinger aufmerksam. Dann und wann lupte ein jeder Bursche den Behang; alles aber war höchst erstant, als unter dem Mull gar nichts zu sehen war, was gegen Zucht und Sitte so gräßlich verstößen hätte.

Ausweisung.

Der dänische Pastor Albed aus Kopenhagen, der mehrmals im Kreise Gadersleben in Versammlungen gesprochen hatte, wurde als lästiger Ausländer aus Preußen ausgewiesen.

Unruhen bei Tsingtau.

Der „Germania“ wird gemeldet, daß im Kreise Hwang auf der Schantung-Halbinsel Unruhen ausgebrochen sind. Ueber die Ursachen der Unruhen liegen ganz sichere Nachrichten nicht vor. Einerseits wird behauptet, daß die Mandarinen die Steuern rücksichtslos eingetrieben hätten, andererseits wird erklärt, daß die Getreidespekulation der Beamten das Volk zum Unstuhd getrieben hätte. Das Aufstandsgebiet liegt hart an der Grenze des deutschen Schutzgebietes, durch das auch der Transport chinesischer Soldaten gestattet wurde, die den Unstuhd niederwerfen sollten.

Man wird abwarten müssen, was hinter diesen Nachrichten eigentlich steckt, denn es ist nicht unwahrscheinlich, daß der Unstuhd auch in das deutsche Schutzgebiet hinübergetragen wird und das würde allerdings Ausfichten erwecken, die den Steuerzahlern keine Freude bereiten dürften.

Oesterreich-Ungarn.

Gegen den Wohnungswucher.

Budapest, 30. Juli. Die sozialdemokratische Partei, die für den 1. August den Boykott gegen die hiesigen Hausherren proklamiert hat, hat für den nächsten Sonntag einen Demonstrationsumzug gegen den Wohnungswucher durch die belebtesten Straßen arrangiert. In der Demonstration sollen alle Familienmitglieder teilnehmen. Bisher hat die Polizei die Erlaubnis zu diesem Demonstrationsumzug noch nicht gegeben.

Spanien.

Kulturkampf.

San Sebastian, 29. Juli. Ministerpräsident Canalejas erstattete heute dem Könige Bericht über die Note des Vatikans und erklärte, die Regierung könne die Bedingungen, die der Vatikan ihr auferlegen wolle, nicht annehmen. In diesem Sinne werde er die Antwort auf die Note abfassen und den antikerikalen Kampf fortsetzen. Er rechne auf das Vertrauen der Krone. Die Regierung hat den Botschafter beim Heiligen Stuhl Ojeda angewiesen, zurückzuziehen. Canalejas hält den Bruch mit dem Vatikan für unvermeidlich.

Die Kriegserklärung des Vatikans.

Rom, 29. Juli. „Osservatore Romano“ schreibt in bezug auf die Aeußerungen des spanischen Ministerpräsidenten Canalejas über die letzte Note des Vatikans, wenn die Aeußerungen genau wiedergegeben seien, könne niemand sich wundern, daß der Heilige Stuhl sich weigere, die Verhandlungen fortzusetzen. Der Heilige Stuhl habe nicht schlechterdings erklärt, die Verhandlungen nicht fortsetzen zu wollen, sondern nur bedingungsweise, wenn nämlich die spanische Regierung forsforharen sollte, die Initiative zu ergreifen und einseitig Entscheidungen über eine Materie zu treffen, die noch Gegenstand der Verhandlungen sei. Der Heilige Stuhl habe das Recht und die Pflicht, seine Autorität zu wahren, und könne nicht dulden, daß im Gegensatz zu den elementarsten Gesetzen diplomatischer Korrektheit die spanische Regierung, wie durch das sogenannte Sperrgesetz, in Fragen, die noch Gegenstand von Verhandlungen seien, Maßnahmen treffe, die die religiösen Orden außerhalb des gemeinen Rechts stellten. Der Heilige Stuhl könne also nicht unverzüglich genannt werden, er sei vielmehr einzig und allein für seine Würde und die wichtigsten Interessen der Kirche besorgt.

Eine Erklärung des Ministerpräsidenten.

San Sebastian, 30. Juli. Ministerpräsident Canalejas erklärte auf einem Bankett, das ihm zu Ehren von dem hiesigen liberalen Komitee gegeben wurde: Niemals hatte ich eine ähnliche Verantwortlichkeit, niemals war ich mehr bereit, Schwierigkeiten die Stirn zu bieten. Die Liberalen Spaniens liefern heute ihren letzten Kampf. Wir rechnen auf die Arme und auf die Mehrheit der Kammern. Der von uns unternommene Kampf ist nicht antireligiös, sondern nur antikerikal. Er schließt keine Verfolgung des alten Glaubens in sich. Es geht nicht an, daß im zwanzigsten Jahrhundert keine Gewissensfreiheit bei uns besteht. Armes Spanien! Wenn wir unterliegen, würde das deinen Verfall bedeuten. Spanien soll aber nicht unterliegen, sondern auf der Höhe der anderen Nationen stehen. Die Regierung übernimmt die Verantwortung dafür, daß Spanien der Reaktion entrisen wird. Sie hat das Vertrauen des Königs und wird Spanien retten, trotz allem und gegen alle.

Klerikale Rundgebungen.

Madrid, 30. Juli. Klerikale Blätter haben Schiffe gemietet und Eisenbahntransportmittel bereitgestellt für eine Rundgebung am 7. August in San Sebastian vor dem König. Es ist möglich, daß die Genehmigung hierzu verweigert wird. Der Organisations-

ausschuss zu der für den 31. Juli geplanten, aber von der Regierung unterlagten Kundgebung ließ in Wilbau Zettel anschlagen, in denen die Katholiken aufgefordert werden, auf alles vorbereitet zu sein, und eifrig dafür zu wirken, daß am 31. Juli Ergebenheitstelegramme an den Papst abgehen.

Wilbau, 30. Juli. Angesichts der herrschenden Erregung hat der Gouverneur eine für Sonntag geplante katholische Kundgebung untersagt. Der veranstaltende Ausschuss hat energischen Einspruch gegen dieses Verbot erhoben.

Rußland.

Weitere Senatsrevisionen.

Aus Petersburg wird uns vom 27. Juli geschrieben: Die Senatsrevisionen erfahren immer neue Erweiterungen. Allmählich hat sich das Netz dieser Aufräumungsversuche so ausgedehnt, daß man in Petersburg an ihre Zentralisierung herangeht und ein einheitliches Ressort für alle diese Angelegenheiten schaffen will. Die zahllosen Panamas, die Rußland zugrundegerichtet, werden nur sozusagen buchmäßig festgestellt werden. Ob damit auch wirklich das eigentliche Ziel, ihre endgültige Abschaffung, erreicht werden wird, darf man mit Flug und Recht bezweifeln, solange das größte Panama, die vom ehemaligen Regiment überkommene russische Bureaokratie, noch immer im wesentlichen unangetastet bleibt. Es sind eben vorläufig nur unangenehme Schikanierungen, die größte Vorsicht erheischen und verstärkte Erpressungen notwendig machen.

Momentan ist wiederum der Kaukasus an der Reihe, wo zu Beginn des Herbstes eine Senatsrevision die gesamte Intendantur untersuchen soll. Die Revisionen in den anderen Gebieten haben nämlich bereits zahlreiche Einzelheiten zutage gefördert, die auf den Kaukasus als einen Mittelpunkt der Intendanturberlusterung hinweisen. Außerdem hat im vergangenen Frühling der Titularrat Schtschewlew dem Generalrevisor Garin ein mit Dokumenten versehenes Memorandum über die kaukasischen Zustände überreicht, das von haarsträubenden Einzelheiten zu berichten weiß. Wie in Siew, kommt hier noch speziell das sexuelle Gebiet in Betracht. Insbesondere richtet sich die Anklage gegen einen der hervorragendsten Intendanturbeamten, der seine Position dazu zu benutzen pflegte, um seine Untergebenen zu homosexuellen Ausschweifungen zu verleiten. Unter Namensnennungen werden darüber schreckliche Tatsachen angeführt. Wer dem persischen Herrn nicht willig war, hatte die schlimmsten Verfolgungen auszustehen. So z. B. der Sekretär K., als er voller Entrüstung seinem Chef entgegenrief: „Nicht dazu diene ich Seiner Kaiserlichen Majestät, um solche Gemeinheiten zu treiben“. Nicht weniger schlimm, wenn nicht noch schlimmer, erging es natürlich einem anderen Schreiber, der für die gemeinen Aufforderungen dem Chef ein Glas an den Kopf geworfen hatte. Wer aber den niedrigsten Instanzen dieses Intendanturbeamten nachkam, der gelangte schnell in die Höhe, erhielt einen guten Posten, große Gratifikationen usw.

Für diese Scheußlichkeiten bringt Schtschewlew reichliche Beweise, die er den Aufzeichnungen des Militärhospitals entnommen hat. Denn dort wurden bei den untergeordneten Beamten, die eine Kur durchmachen mußten, die betreffenden Angaben protokolliert. Der Kaukasus wird demnach ein besonders schreckliches Bild liefern.

England.

Der Geist Karls des Zweiten.

London, 28. Juli. (Fig. Ver.) Wer gestern im englischen Unterhause der Debatte über die veränderte und gemilderte Fassung der königlichen Glaubensklärung lauschte, hätte meinen können, er lebte in der zweiten Hälfte des siebzehnten Jahrhunderts. Religiöse Fanatiker können bekanntlich einen Rabau machen, dessen Größe in seinem Verhältnis zu ihrer Zahl steht; die Heilsarmee liefert dafür das beredteste Zeugnis. Dreihundert Männer versammelten sich gestern in der Carlton Hall in der Nähe des Parlamentsgebäudes und versuchten unter der Führung des wilden Puritaners Kessit nach der Downing Street zu marschieren, wurden aber von der Polizei daran verhindert. Einige Hundert Sandwichmänner marschierten den ganzen Tag lang mit Zuchtschritten, die die Handlung der Regierung verurteilten, im Gansemarch durch die Straßen Westminster. Die Regierung nahm diese Komödie sehr ernst und ihre Redner ergingen sich in langen Auseinandersetzungen über die historische Entwicklung und Bedeutung der Erklärung.

In dieser historischen Debatte, wie sie von einem Redner genannt wurde, fehlte natürlich auch der Geist Karls des Zweiten nicht. Er lehrte in jeder Rede mit derselben Regelmäßigkeit wieder wie der Hof Karls des Ersten in den Schriften Dr. Dick im Dickens'schen Roman. Am interessantesten wurde dieser alte königliche Rederjahn von dem konservativen Führer Balfour behandelt; denn seine Ausführungen spiegeln sehr treu die feishe kritische Stellung des modernen Engländer dem monarchistischen Aberglauben gegenüber wieder. Balfour bemerkte: „Er (der Voredebner) sagte, Karl der Zweite sei fünf Jahre vor seinem Tode römisch-katholisch gewesen. Ich bin nicht ganz sicher, ob diese Behauptung auf authentischem Material beruht. Ich wüßte nicht, daß man absolute Sicherheit besitzt, daß Karl der Zweite ein römischer Katholik war, bevor er in articulo mortis war, obwohl er zweifelsohne sehr ausgesprochene Sympathien für die römisch-katholische Kirche eine Reihe von Jahren vor seinem Tode hegte. Was ist nun das Argument des gerechten Voredebners in bezug auf Karl den Zweiten? Er sagte, er sei ganz sicher, daß Karl der Zweite wohl die veränderte Form, nicht aber die ursprüngliche Form der Erklärung angenommen haben würde. Er hat keine Gelegenheit gehabt, Karl den Zweiten zu befragen. (Gelächter.) Soweit ich mir eine Meinung über den Charakter dieses ausgezeichneten Monarchen (Gelächter) habe bilden können, bin ich der Ansicht, daß dieser, wenn es ihm gepaßt hätte, weder der einen noch der anderen Form Schwierigkeiten gemacht haben würde. (Gelächter.) Ich glaube, sein Genie würde sich als auf der Höhe der Zeit stehend erweisen haben, welche Alternative sich ihm auch geboten haben würde.“ (Gelächter.)

Aber was hilft hier alles Gelächter? Der lieberliche und gewissenlose Karl der Zweite und sein blöder Bruder Jakob der Zweite spielen nach wie vor eine große Rolle in der Politik des protestantischen Völkchens.

Türkei.

Unruhen auf Samos.

Konstantinopel, 30. Juli. Wie die Blätter melden, ist gestern ein Bataillon nach Samos abgegangen. Die Flotte hat den Protestbesuchen aus Samos, welche die Abiegung des Fürsten Kopaloff verlangen, nicht stattgegeben. Der Fürst hat den Delegationszustand über Kopaloff verhängt. Ein Kanonenboot und zwei Torpedoboote sind bereits nach Samos abgefahren worden.

Amerika.

Menschenhanderei auf Hawaii.

Wegen die schamlose Behandlung russischer Arbeiter auf den im Besitze der Vereinigten Staaten stehenden

Südpazifik hat eine große Versammlung in New York Stellung genommen. Die Verhältnisse auf den dortigen Pflanzungen sind so traurig, daß selbst japanische und chinesische Arbeiter es dort nicht aushielten. Als mit Spaniern und Portugiesen dieselbe Erfahrung gemacht worden war, ließen die Pflanzler unter glänzenden Vorbedingungen 1500 russische Bauern aus Sibirien nach Hawaii locken. Sie verdienten dort: die Männer 5, die Frauen 3 Dollar wöchentlich, die ihnen aber durch Trugsystem wieder abgezogen wurden. Unter dem Einfluß aufgeregter Landleute organisierten sich die Russen und stellten Forderungen. Die Folge war die Entlassung aller, die nun in der Fremde dem Hungertod ausgeheilt sind. Die „Räuberführer“ wurden als „Vagabunden“ ins Gefängnis gesteckt. Wassiliew, der Führer der Bewegung, soll sogar als „Anarchist“ an Rußland ausgeliefert werden. In der Versammlung wurde von russischen Genossen die Sachlage dargestellt und erklärt, daß zugunsten der Verschleppten auf Grund des amerikanischen Gesetzes, das die Einführung von Kontraktarbeitern verbietet, Entschädigungsklage angestrengt werden soll. Ein scharfer Protest wurde beschlossen, der auch dem Präsidenten und den zuständigen Regierungsstellen überreicht werden sollte. Ob es helfen wird?

Aus der Partei.

Aus den Organisationen.

In Wahlkreis Harburg-Teichstedt wurde folgende Resolution zum badischen Budget freigegeben:

Die am 24. Juli 1910 in Harburg a. E. tagende Generalversammlung des sozialdemokratischen Vereins für den 17. hannoverschen Reichstagswahlkreis anerkennt mit einem großen Teile, speziell süddeutscher Parteigenossen, daß die Frage der Budgetbewilligung für die Sozialdemokratie nicht nur eine rein prinzipielle, sondern auch eine taktische Frage sei. Aus letzterem Grunde wird eine Schablonisierung dieser Frage auch stets zu Konflikten innerhalb unserer Partei führen, wie dies neuerdings wieder der Fall gewesen infolge der Zustimmung der badischen sozialdemokratischen Landtagsfraktion zu dem Budget. Die Generalversammlung ist daher der Ansicht, daß die Entscheidung solcher taktischen Fragen zwar im allgemeinen Sache der jeweils dabei in Betracht kommenden Parteifraktion sein muß, jedoch nur nach vorherigem Einvernehmen mit dem Parteivorstand und der zuständigen Landes-, bezw. Bezirks- oder Kreisleitung; Ausnahmen können nur in dringenden Fällen zugelassen werden, denn unsere Parlamentarier dürfen keine absolute souveränen Faktoren innerhalb unserer Partei sein. Daß ein solcher dringender Fall auch bei der badischen Budgetbewilligung vorgelegen habe, vermag die Generalversammlung nicht einzusehen, trotz der diesbezüglichen Erklärungen des Genossen Frank in der Mainzer „Volkszeitung“. Wenn nach diesen Erklärungen die badische Fraktion schon seit Monaten sich darin einig war, daß sie dem Budget zustimmen müsse, so hätte sie hinreichend Zeit zur Rücksprache mit den ihr übergeordneten Parteinstanzen. Das Unterlassen dieser Rücksprache kommt gewissermaßen einer Brüstung der Partei gleich.

Die Generalversammlung verurteilt ferner entschieden die Beteiligung unserer badischen Landtagsabgeordneten an den Ovationen für den Großherzog. Solche Ovationen sind Demonstrationen für die Monarchie, die ein Sozialdemokrat auch dem populärsten Monarchen gegenüber grundsätzlich und unter allen Umständen zu unterlassen hat. Wenn die badischen Landtagsabgeordneten nach der Erklärung des Genossen Dr. Frank der Ansicht sind, daß man als Parteigenosse den Genossen gegenüber den Mut haben müsse, unter Umständen „unausführbare Parteitagbeschlüsse unausgeführt“ zu lassen, dann muß ein Parteigenosse aber unter allen Umständen auch den heutigen volkseindlichsten Staatseinrichtungen gegenüber sozialdemokratischen Bekanntheit betätigen.

Der sozialdemokratische Wahlverein für Leipzig-Land nahm nach einem Referat des Genossen Seeger einstimmig folgende Resolution an:

Die Parteiverammlung des 13. sächsischen Reichstagswahlkreises sieht in der Budgetbewilligung der badischen Landtagsfraktion eine Verhöhnung und gewollten Disziplinbruch, eine Verhöhnung und Herausforderung der Partei. Dieser Disziplinbruch ist das schwerste Attentat auf die Einheit der Partei und ist in Verbindung mit den blamablen monarchistischen Ovationen ein beabsichtigter Verstoß gegen die bisherige Grundanschauung und Taktik der Partei. Die Versammlung fordert vom Parteitag in Magdeburg, daß gegen die Disziplinbrecher auf Grund des Organisationsstatuts vorgegangen wird, und daß er durch eine ungewöhnliche Willensäußerung solche, die Partei durch schwerste schädigenden Vorkommnisse in Zukunft unmöglich macht.

Der sozialdemokratische Verein in Kiel

Hielt am Donnerstagabend eine sehr stark besuchte Mitgliederversammlung ab. Die Versammlung nahm zunächst den Bericht des Vorstandes entgegen. Der Verein hatte am 1. Juli 1909 4287 männliche und 467 weibliche, am 1. Juli 1910 4683 männliche und 572 weibliche Mitglieder. Die Zunahme von 378 männlichen und 105 weiblichen Mitgliedern ist nur gering, woran hauptsächlich die schlechten wirtschaftlichen Verhältnisse der letzten Jahre im Bauergewerbe schuld sind. Die tatsächliche Zahl der organisierten Genossen und Genossinnen in Kiel ist aber bedeutend größer. Die Stadtteile Gaarden, Ellerbel und Winterbel haben noch aus der Zeit vor der Eingemeindung ihre selbständige politische Organisation. Der sozialdemokratische Verein in Gaarden zählte am 1. Juli 1910 1483 männliche und 306 weibliche, der für Ellerbel 338 männliche und 50 weibliche, der für Winterbel 638 männliche und 121 weibliche Mitglieder. In Wirklichkeit sind also in Kiel (zweimal) 200 000 Einwohner) 7146 männliche und 1046 weibliche Mitglieder der Parteioorganisation vorhanden. Der sozialdemokratische Verein in Kiel (ohne die Organisation in Gaarden, Ellerbel und Winterbel) berechnete im Berichtsjahre 30 908 25 M. und gab aus 27 519 57 M. Die Tätigkeit des Vereins im Berichtsjahre war eine außerordentlich intensive. Der Mittelpunkt der Veranstaltungen war die wöchentliche Parteiverammlung gegen den Besuch des Platzes am 15. Juli 1909, in der Genosse Dr. Liebnicht-Berlin sprach, die glänzende Friedensdemonstration am 15. August 1909, in der die Genossen National-England, Meyer-Dänemark, Kleiffen-Schweden, Regien und Bernstein-Deutschland referierten, und endlich der so über alles Erwartung gelungene Halbtagstreik am 15. März 1910 als Wahlrechtsdemonstration.

Die Versammlung beschäftigte sich dann in ihrem weiteren Verlauf mit dem Disziplinbruch und der Hofgängererei der badischen sozialdemokratischen Landtagsabgeordneten. Genosse Vreccor leitete die Diskussion ein. Er meinte, die hier und da zutage tretende Ansicht, man müsse angesichts der bevorstehenden Reichstagswahlen die Erörterung der Frage möglichst vermeiden, sei durchaus irrig. Eine solche oberflächliche zur Schau getragene Einheit der Partei sei durch und durch faul und heuchelhaft und müsse zu den größten Enttäuschungen führen. Arbeit müsse geschaffen werden. Redner wies an der Begründung, die die Genossen Kolb und Dr. Frank und die Wannheimer „Volksstimme“ und der Karlsruher „Volksfreund“ der Zustimmung zum Budget gedenken, nach, daß der Verstoß gegen den Beschluß des Nürnberger Parteitages bewußt und mit Absicht herbeigeführt worden sei. Die Partei dürfe sich das unter keinen Umständen lassen. Ebenso scharf verurteilt Redner die Hofgängererei eines Teiles der badischen sozialdemo-

kratischen Fraktion und empfahl schließlich folgende Resolution zur Annahme:

Die Versammlung des sozialdemokratischen Vereins in Kiel sieht in der Zustimmung der Mehrheit der badischen sozialdemokratischen Landtagsfraktion zu dem Staatsbudget einen bewußt und mit voller Absicht herbeigeführten Verstoß gegen den Beschluß des Nürnberger Parteitages (1908). Die Gesamtpartei darf einen solchen Disziplinbruch, der den demokratischen Grundgedanken direkt ins Gesicht schlägt, unter keinen Umständen ruhig hinnehmen, will sie nicht die bisherige Einheit und Geschlossenheit der Aktion, die erste Vorbedingung aller sozialdemokratischen Erfolge, und damit sich selbst aufgeben.

Die Teilnahme eines Teiles der badischen sozialdemokratischen Abgeordneten an höfischen Kundgebungen ist weder mit den republikanischen Grundgedanken der Partei noch mit der Parteifraktion in Einklang zu bringen. Sie dient nur dazu, unsere Stellung zur Institution der Monarchie zu verschleiern und kann darum nur parteischädigend wirken.

Die Versammlung des sozialdemokratischen Vereins in Kiel erwidert von dem Parteitag in Magdeburg, daß er das Parteivergehen der badischen Budgetbewilliger und Hofgänger feststellt und entschlossen gegen ihre die Partei schädigende Haltung Stellung nimmt.

Genosse Kienhorst: Die Mehrheit der badischen sozialdemokratischen Kammerfraktion hat sich durch ihre Handlungsweise außerhalb der Partei gestellt, solche Leute können nicht mehr als Parteigenossen betrachtet werden. Wohin die Reise gehen soll, das zeigt mit erschreckender Deutlichkeit die von bestimmter Seite in den „Sozialistischen Monatsheften“ empfohlene Taktik. Die Badenser haben mit dieser Taktik den Anfang gemacht. Die Partei muß einmal mit eisernem Besen auskehren. Genosse Kienhorst: Die Sozialdemokratie hat besonders jetzt alle Ursache, ihr Endziel hochzuhalten, denn sonst geht es auch mit ihrer Realpolitik schlecht. Der Revisionismus ist eine Krankheit am Körper der Partei, die durch eine Medikation beseitigt werden muß. Die schleswig-holsteinische Delegation darf nicht wieder eine solche schädigende Haltung auf dem Magdeburger Parteitage einnehmen wie mit der Resolution Procure auf dem Nürnberger Parteitag. — Die vom Genossen Vreccor vorgeschlagene Resolution wurde einstimmig angenommen.

Ueber die Entwicklung der Partei im fünften mecklenburgischen Wahlkreis berichtete in der Generalversammlung des sozialdemokratischen Vereins Postoff Genosse Emil Werner. Trotz erheblicher Mitgliederverluste durch die Krise und die Aussperrung gelang es, den Mitgliederstand auf dem Niveau des Vorjahres (2880) zu erhalten. Allein in der Stadt Rostock wurden 390 Mitglieder neugewonnen. Eine starke Steigerung erfuhr die Zahl der weiblichen Mitglieder, die allein in Rostock von 59 im Jahre 1909 auf 286 stieg. Infolge der vom letzten Parteitag angenommenen Beitragserhöhung erfuhr das Kassenniveau einen erfreulichen Aufschwung. Die Einnahmen betragen 6449,59 M. gegen 5022,24 M. im Vorjahre, die Ausgaben 5494,27 M. gegen 3915,08 M. im Jahre 1909. Der Kassenbestand stieg von 1107,16 M. auf 2413,74 M. Die Raiffeisen erfreute sich einer Teilnahme, wie sie noch nicht da war.

Im ganzen Kreise fanden im Berichtsjahre 74 Vereins- und 24 öffentliche Versammlungen statt. Die Zahl der Filialen des Wahlvereins ist um eine gestiegen. Filialen bestehen jetzt in den Orten Rostock, Döberan, Warnemünde, Rostock, Kröpelin, Neubudow, Wügom, Schwann, Gehlsdorf, Brunsbüttel. Die Zahl der Leser der Partei-Blätter, der „Mecklenburgischen Volkszeitung“, hat sich im Kreise um 200 vermehrt, bei den ungünstigen Verhältnissen ein schöner Erfolg. Erheblichen Fortschritten bei den Kommunalwahlen sieht das miserable Wahlrecht entgegen, das in den einzelnen Gemeinden besteht. (So ist die Erwerbung des Bürgerrechts in Rostock an eine Gebühr von 15 M. gebunden, in Döberan an 31,95 M. und den Besitz eines eigenen Grundstückes, in Neubudow an 10 M., in Schwann an 20 M.). Trotzdem hat die Partei in Rostock heute 4 Vertreter und in Schwann und Döberan je einen.

Weiter wurden im Berichtsjahre im Kreise 32 000 Flugblätter (Schönpsind in Wüde), 6000 Volkskalender und 6000 Flugblätter (Landarbeiter, wacht auf!) verteilt.

Die Jugendorganisation hat eine gute Entwicklung genommen. Moge wurde geführt über die wäsende Veräppelung dieser Organisation durch die Kleinmeister.

Im Karlsruher „Volksfreund“ schreibt Gen. A. Leitz: „Nachdem Sie nun einige Male schon Behauptungen in zunehmendem Maße gebracht haben, werden Sie wohl auch mir einige Ausführungen gestatten. Nach weiner genauen Kenntnis stand es bei den führenden Genossen schon nach Nürnberg fest, daß die badische Landtagsfraktion heuer wieder für das Budget votiere. Nur ganz triftige, schwerwiegende Gründe, die aber bei dem bekannten „Willen zur positiven Arbeit“ niemals eintreten konnten, hätten unter Umständen ein entgegengegesetztes Votum bewirkt. Die jetzige Budgetbewilligung war und sollte ein Vertrauensvotum für die Regierung darstellen. Das ist Tatsache. Genosse Dr. Frank sagt zwar, daß Minister v. Rodman eine komplizierte Natur sei. Dem stimme ich unumwunden bei, nur glaube ich, daß sich eben diese „komplizierte Natur“ viel mehr zu unseren Ungunsten als umgekehrt gezeigt hat. Dann ist auch m. E. ein Unterschied zu machen zwischen dem, was man tun muß und man tun kann. In all den kritischen Fällen lag aber eine zwingende Notwendigkeit nicht vor; sowohl bei der Zustimmung zum Staatsbudget als zu den fortgesetzten „Hofgängerpolitik“. Man kann sich des Eindrucks nicht erwehren, daß sich unsere Führer, nur um Politik zu machen, bewußt mit den bekannten Parteitagbeschlüssen, die doch jedenfalls nicht für die Krise gemacht werden, in Widerspruch bringen wollten. Es ist das gute Recht der Genossen, etwaige unpopuläre Beschlüsse zu kritisieren; aber solange sie noch Mitglieder der Gesamtpartei sind, haben sie sich zu fügen. Mit demselben Recht, wie hier die Fraktion sich glaubte über die Köpfe der Genossen hinweggehen zu dürfen, mit demselben Recht könnten auch badische Organisationen ähnlich mit badischen Parteitagbeschlüssen verfahren. Warten wir ab.“

Nun will ich aber auch auf die sachliche Seite eingehen. Wie hat sich die Regierung im allgemeinen gestellt? Sozialdemokraten dürfen nicht Staatsbeamte sein. Wie war die Antwort auf die Interpellationen betr. Maurerstreik und Fleischversorgung? Ungenügend und teilweise direkt antisozial. Wie steht es mit dem Dreiklassenwahlrecht bei der Gemeinderreform, dem die Fraktion zugestimmt hat? Und weiter hat man über 100 000 M. für einen Hofwagen genehmigt, während für die brotlos gewordenen Brauereiarbeiter infolge der „schlechten Finanzlage“ nichts übrig blieb. Wie steht es weiter mit den kirchlichen Dotationen im Budget? Dadurch wird ja unser diesbezüglicher Programmpunkt, auf den wir bislang immer stolz waren, zur reinen Farce. Hat es aber weiter noch Wert, im Lande draußen über die Unzumutbarkeit der Militär- und anderen Luxurvoreine zu sprechen, wenn sich unsere Führer als Republikaner an höfischen Peremonien und Bewilligungen beteiligen, die nicht einmal den Schein einer Notwendigkeit (wie dies in Württemberg der Fall ist) an sich tragen? Für eine derartige „positive Arbeit“ danke ich und mit mir wird wohl auch ein großer Teil der badischen Parteigenossen der Ansicht sein, daß dieses keine Klassenpolitik getreu unserem Programm ist, sondern unauswendbar mit dazu beiträgt, unsere klaren Ziele zu verwässern. Deshalb ist auch die Zustimmung zum Etat mit all seinem Drum und Dran zu dauern.“

Gewerkschaftliches. Militär im Lohnkampfe.

Wir berichteten, daß bei dem Streik der Brauereiarbeiter in der Stiftsbrauerei in Minden drei Mann vom Feldartillerie-Regiment als Streikbrecher der Brauerei zur Verfügung gestellt wurden. Auf Verforderung des Regimentskommando traf folgende Antwort an den Bezirksleiter Dr. K. K. von der Brauereiarbeiterverband ein:

Auf Ihr Schreiben vom gestrigen Tage teile ich Ihnen mit, daß die Verurteilung von drei Kanonieren des Regiments zur Aushilfe als Pferdewärter bei der Stiftsbrauerei mit meiner Genehmigung auf Grund der Verfügung des Kriegsministeriums vom 14. 8. 05 Nr. 427/2 05 A. 2 erfolgt ist.

Ich bemerke noch, daß die betreffenden Mannschaften sich freiwillig gemeldet haben und daß die Stiftsbrauerei sich verpflichtet hat, diese Leute nur zum Mähen, Yugen und Bewegen der Pferde zu verwenden, bis andere Hilfskräfte eingestellt sein werden, was voraussichtlich am 26. d. Mts. der Fall sein wird.

Respektvoll,
Oberstleutnant und Regimentskommandeur.

Diese Verfügung des Kriegsministeriums ist uns leider nicht bekannt. Gestattet sie die Streikbrecherei überhaupt oder macht sie bei bestimmten Arbeiten, hier Verjorgung der Pferde, einen Unterschied? — Im Grunde ist dies aber dasselbe, denn auch die Verjorgung der Pferde, die zum Viehtransport verwendet werden, gehörte zu den täglichen Arbeiten der Streikenden. Um darin keine Störung eintreten zu lassen, brauchte die Betriebsleitung nur ihren von dem Scharfmacherverband der Brauereien eingegebenen Herrenstandpunkt aufzugeben und mit der Organisation zu verhandeln. Die Bereitstellung von Mannschaften zu dieser Arbeit ist genau so verwerflich und parteiisch gegen die im Kampfe stehenden Arbeiter, als wenn sie für andere Arbeiten verwendet würden. Es wird notwendig sein, den Kriegsminister gelegentlich im Reichstag darüber zu interpellieren und ihm zu sagen, daß die Söhne des Volkes doch deshalb nicht in den „Dienst des Vaterlandes“ genommen werden, um während dieses Dienstes auch Streikbrecherdienste für das Unternehmertum zu verrichten.

Stützt sich aber der Regimentskommandeur auf die freiwillige Meldung der drei Kanoniere zum Streikbruch, so weiß man ja, welche Wirkung solche „freundchaftlichen“ Anfragen seitens der Vorgesetzten beim Militär ausüben. Man sollte solche Anfragen eben gar nicht stellen und die Unternehmer mit ihrem Ansinnen nach Hause schicken.

Berlin und Umgegend.

Eine schaurige Streikgeschichte

Durchsief Freitag die bürgerliche Presse. Beim Streik der Berliner Schmiede soll es zu einem Ueberfall eines Arbeitswilligen gekommen sein. Dieser, der Schmied Nowak, sollte, als er sich zur Arbeitsstätte begeben wollte, von vier streikenden Schmieden gestellt, durch höhnische Worte belästigt und mit Knäpeln niedergeschlagen worden sein. Er sei bewußtlos zu Boden gesunken. Auf seine Hilferufe eilten Passanten und der Schmiedemeister Bernau herbei und stellten den Haupttäter; später wurde auch sein Komplize dingfest gemacht. Der Ueberfallene habe erhebliche Kopfwunden davongetragen und mußte sich in ärztliche Behandlung begeben.

Bei einem Schmiedemeister Lenz drangen 15 Streikende ein, zertrümmerten durch Steinwürfe die Fenster und verwundeten Lenz. Zwei der Streikenden konnten dingfest gemacht werden.

Auf unsere Anfrage an das Bureau des Schmiedeverbandes erhalten wir folgende Zuschrift und Darstellung des Sachverhalts: Die ganze Notiz ist von Anfang bis Ende erlogen und so weit einige Nebensächlichkeiten in Frage kommen, völlig übertrieben.

Der Vorgang hat sich folgendermaßen abgespielt:

Der Schmied Stellmacher stand vor der Werkstatt des Schmiedemeisters Bernau, Nr. Frankfurter Straße als Streikposten, als der Arbeitswillige Nowak zur Arbeit gehen wollte. Stellmacher trat an Nowak heran und machte ihn in höflicher Form darauf aufmerksam, daß doch bei Bernau gestreikt wird und daß er (Nowak) sich den Streikenden anschließen möge. Ohne ein Wort zu sagen, drang Nowak sofort auf Stellmacher ein und stieß ihn zur Seite. Diesen Angriff wollte Stellmacher mit seinem Spazierstock abwehren, wobei der Stock aus dem Handgriß (Krüde) herausflog. Nowak nahm den Stock und lief damit fort. Stellmacher wollte seinen Stock wiederhaben und lief ihm nach. Als er ihn erreichte, warf Nowak den Stock dem Stellmacher vor die Beine. Darauf ging Stellmacher ruhig seines Weges und wurde dann von einem Schuhmann sistiert. Dies ist der Ueberfall. Der Räubersführer also war der Angegriffene, und er hatte auch nur noch einen Kollegen bei sich, nicht drei. Erlogen ist, daß Nowak bewußtlos zu Boden sank, denn sonst hätte er ja mit dem Stock nicht fortrennen können, auch hätte er keine Hilferufe ausgestoßen. Der zweite Schmied, Wausemer, hatte mit der Sache überhaupt gar nichts zu tun, sondern stand nur vor dem Hause, in dem er wohnt.

Rechnlich hat sich der Vorgang bei Lenz, Linienstr. 7, abgespielt. Nicht 15, sondern nur 3 Streikende gingen auf den Hof, um festzustellen, ob bei Lenz Arbeitswillige tätig sind. Als der Schmiedemeister Lenz die Streikposten bemerkte, warf er von der Werkstatt aus mit einem Stück Eisen nach den Streikenden. Die Streikenden waren darauf in Begriff, das Grundstück zu verlassen, als Herr Lenz ihnen einen Hammer nachwarf, ohne jedoch jemand zu verletzen. Einer der Streikenden warf nunmehr den Hammer zurück.

Darauf erfolgte die Sistierung von zwei Kollegen.

Die Fenster hat Herr Lenz mit dem Burf des Hammers selbst zertrümmert.

Die streikenden Gummiarbeiter der Norddeutschen Gummwarenfabrik versammelten sich am Sonnabendmorgen in der „Resourçe“, Nördernstraße. Die eingeleitete Kommission berichtete, daß sie mit dem Direktor Söden konferiert habe. Als Bedingung zu einer Verständigung verlangte der Direktor, daß Krüger, der als Arbeiterausgleichsmittel ihm nicht genehm war, dem Ausschuß fernbleibe. „Und wenn es um 100.000 M. kostet!“ so erklärte er. Krüger selbst war bereit, zurückzutreten, aber die Arbeiter wollen ihn nicht preisgeben, sie verteidigen ihr Recht, sich den Ausschluß in einer Fabrik als ihre Vertretungsförperschaft frei zu wählen. Die Position des Direktors, der ihnen dieses überall anerkannte Recht freitig machen will, ist natürlich eine sehr schwache. Er hofft aber, daß sich die Arbeiter durch die Bekanntmachung schrecken lassen, daß jeder seine Papiere erhält, der sich bis zum Montagmorgen um 9 Uhr nicht zur Arbeit meldet. Die Arbeiter und Arbeiterinnen stehen aber geschlossen zusammen und in der Fabrik arbeiten nur etwa 40 Leute (Küder, Hausdiener usw. eingeschlossen). Der Fabrikarbeiterverband bemüht sich, die Organisation, unter den Arbeiterinnen besonders, zu stärken. Die Arbeitsverhältnisse in dieser Fabrik sind noch in mancher Beziehung verbesserungsbedürftig.

In einer Versammlung der streikenden Schmiede, über die in der Nr. 176 des „Vorwärts“ berichtet wurde, wird darüber geklagt, daß der Barbier und Gastwirt des Hauses Kolonnenstr. 127 den

Streikenden das Streikpostenstehen erschwert. Diese Mitteilung gibt allerdings die subjektive Auffassung der Streikenden richtig wieder. Der tatsächliche Hergang wird aber von den angegriffenen Geschäftslenten anders dargestellt. Auf Wunsch der Beteiligten bitten wir davon Notiz zu nehmen.

Achtung, Lithographen! Die Firma H. Jahre bewilligte am Sonnabend, den 30. Juli, die verlangten Vorkaufslagen. Die über die Firma verhängte Sperre wird hiermit aufgehoben. Ueber die anderen Punkte war bereits durch Verhandlung eine Verständigung erzielt worden. Die Verwaltung.

Deutsches Reich.

Unternehmerterrorismus.

Seit Anfang Mai streikern die Flensburger Brauereiarbeiter. Die Arbeiterchaft Flensburgs und in einigen Orten Schleswig-Holsteins unterstützt diesen Kampf der Brauereiarbeiter durch Weidung der Produkte der bestreikten Brauereien. Die Brauereien werden das in ihrem Absatz des Bieres immer mehr gewahrt. Sie haben am 27. Juli nun als Gegenmaßnahme schwarze Listen herausgegeben. Die Unternehmer werden darin aufgeführt, von der Liste der Streikenden 88 namentlich aufgeführten Arbeitern keine Arbeit zu geben, oder wenn Streikende bereits eingestellt sind, diese wieder zu entlassen. Das wird nun freilich ein Schlag ins Wasser sein, denn die Streikenden kannten die vom Arbeitgeberverbände angewendete Kampfsmethode schon und suchten deshalb gleich solche Arbeitgeber auf, die sich dem Terrorismus nicht anschließen. Die Klage der Brauereien wird daher nur bezwecken, daß die gesamte Arbeiterchaft in den beteiligten Orten den Kampf nur um so schärfer führt.

Wider die Willkür der Leipziger Metallindustriellen.

Schon im Herbst vorigen Jahres sahen sich die Leipziger Metallarbeiter genötigt, gegen die schamlosen, auf dem Arbeitsnachweis der Metallindustriellen Leipzigs geübten Praktiken öffentlich vorzugehen. In einer in der Alberthalle abgehaltenen großen Versammlung wurden damals die ungemein schönen Handlungen des Arbeitsnachweisers Birnbaum an das Licht gezogen, was zur Folge hatte, daß auf kurze Zeit eine kleine Vesperung wenigstens in dem Auftreten des Birnbaum eintrat. Sobald er aber die Gewißheit hatte, daß die Leipziger Metallindustriellen gegen seine gemeine Aufführung nichts einzuwenden hatten, schwoh ihm wieder der Kamm, und er behandelte die Arbeitsuchenden in derselben Weise wie früher. „Ihr sollt mir noch aus der Hand freissen“, war seine Redensart. Die Vergebung der Arbeit behandelte er völlig willkürlich und der Industriellenverband ließ ihm dabei freies Spiel. Ueber die geradezu gemeingefährliche Tätigkeit dieses Arbeitsnachweisers hat nun der Metallarbeiterverband ein umfangreiches Material gesammelt; ein Metallarbeiter hat auch einen Prozeß gegen den Arbeitsnachweiser wegen Verweigerung des Nachweises durchgeföhrt, und zwar zu seinen Gunsten. Die Leipziger Metallarbeiter sind nun entschlossen, mit dem Unfug dieses Industriellenarbeitsnachweises aufzuräumen und haben am Freitag abend in vier von über 8000 Mann besuchten Versammlungen beschlossen, alles anzubieten, um eine Aenderung dieser Zustände herbeizuföhren. In allen Versammlungen wurde einstimmig eine Resolution angenommen, daß die Metallarbeiter bereit sind, lieber alle Opfer auf sich zu nehmen, auch längere Arbeitslosigkeit, als noch länger tolerant zuzusehen, daß ihre Menschenwürde mit Füßen getreten wird. Die Ortsverwaltung wurde beauftragt, dem Metallindustriellenverbande folgende Forderungen zu unterbreiten:

1. Aufhebung anständiger Behandlung der Arbeitsuchenden.
2. Beseitigung der Sperre über Arbeiter nach Beendigung von Streiks.
3. Herbeiföhren des früheren Zustandes, nach dem der Arbeiter, bevor er den Arbeitsnachweis aufsucht, sich in einem solchen Betriebe Arbeit verschaffen kann, wo er sie seinen Wünschen entsprechend findet und nicht gezwungen ist, eine ihm nicht zusagende Arbeitsgelegenheit anzunehmen, wenn er nicht befürchten will, deshalb vom Arbeitsnachweis ausgeschlossen zu werden.
4. Gewährung ausreichender Garantien, daß die in den Punkten 1 bis 3 geforderten Aenderungen sofort und strikte durchgeföhrt werden.

Die Versammelten nahmen zurzeit noch Abstand davon, gegen den Arbeitsnachweis selbst Stellung zu nehmen, obwohl sie damit ihren prinzipiellen Standpunkt gegen einseitige Arbeitsvermittlung nicht aufgeben; sie betonten vielmehr ausdrücklich, daß sie sich gegenwärtig nur gegen die angeführten Auswüchse wenden. Sollte bis zum 6. August eine endgültige Regelung nach den aufgestellten Forderungen nicht geschehen, so sind von der örtlichen Leitung der Metallarbeiter sofort geeignete Maßnahmen nach folgenden Beschlüssen zu fassen:

1. Leipzig wird für Metallarbeiter aller Branchen mit Ausnahme derjenigen Branchen, wo Tarifverträge bestehen und solcher, die bisher den Arbeitsnachweis des Verbandes der Metallindustriellen überhaupt nicht benutzten, wie Bauklemmer, Drüder, Feilenhauer, Grabbeure, Heizungs- und Schloßerschlösser, vom 8. August 1910 ab gesperrt. Die Annahme von Arbeit durch auswärtige Kollegen wird dem Streikbruch gleich erachtet.
2. Auswärtige Kollegen dürfen Arbeit in nichtgesperrten Branchen nur nach Verständigung mit der Leipziger Ortsverwaltung annehmen.
3. Der Arbeitsnachweis des Verbandes der Metallindustriellen, Bezirk Leipzig, wird für die Leipziger Metallarbeiter vom 8. August ab gänzlich gesperrt. Arbeitslose können zwar in den Bezirken selbst nach Arbeit anfragen, dürfen aber keineswegs den Arbeitsnachweis benutzen. Zumiderhandlung wird gleichfalls als Streikbruch behandelt.
4. Während der Dauer des Kampfes sind alle Ueberstunden in denjenigen Betrieben, wo Arbeiter nur durch Vermittlung des Arbeitsnachweises eingestellt werden, zu verweigern.

In allen Versammlungen herrschte große Begeisterung, überall kam nachdrücklich der Wille zum Ausdruck, den elenden Verhältnissen ein Ende zu machen. Die Leipziger Metallindustriellen werden aber wahrscheinlich den Herrn im Hause herausziehen und so einen Kampf heraufbeschwören, wie ihn die Leipziger Metallindustrie noch nicht gesehen hat. Die mehr als 13.000 organisierten Metallarbeiter Leipzigs sind aber gewillt, den Kampf mit allen Mitteln durchzuföhren.

Die Dresdener Droschkenkutscher 1. und 2. Klasse haben beschlossen, von heute früh 7 Uhr ab in den Streik zu treten. Sie fordern in Zukunft anstatt 1 M. tägliche Lohnung eine solche von 1.50 M. sowie durchgängig 25 Proz. Anteil an den Einnahmen. Sie haben den jetzigen Zeitpunkt für die Inauguration des Streiks deshalb als am günstigsten gefunden, weil heute in Dresden die bekannte Dresdener Vogelwiese beginnt, während der bekanntlich in Dresden für die Dauer von einer Woche ein riesenhafter Fremdenverkehr stattfindet. Wie es heißt, werden nur sehr wenige Droschken, nämlich nur die von den kleinen Droschkenkutschern selbst geföhrt, auf den Bahnhöfen erscheinen, so daß der Droschkenverkehr für die Stadt so gut wie völlig aufgehört haben wird. Die Dauer des Streiks ist nicht abzusehen, da sich die Droschkenbesitzer den Forderungen der Kutscher gegenüber vollständig ablehnend verhalten.

Zu einem Tarifabschluß mit der Dresdener Wäckerinnung ist es noch kurz vor der Arbeitsniederlegung gekommen. Die

Kutscher wollten nur 2 Pf. pro Stunde auf eine dreijährige Tarifdauer bewilligen. Der neue Tarif enthält die 9 1/2 stündige Arbeitszeit und eine Lohnzulage von 5 Pf. pro Stunde, bei einer dreijährigen Tarifdauer.

Das Deckpersonal der Rheinschiffe bei den Firmen: „Badische Aktiengesellschaft für Rheinschiffahrt- und Seetransport“, Rheinschiffahrts-Aktiengesellschaft vorm. Fendel, Mannheimer Lagerhaus-Gesellschaft „Badenia“, Rhein- und Seeschiffahrtsgesellschaft, Mannheimer Dampfschiffahrts-Gesellschaft, sämtlich in Mannheim ist in eine Lohnbewegung eingetreten. Die Schiffer verlangen eine Aufbesserung der Löhne, Einführung der Nach- und Sonntagsruhe resp. angemessene Bezahlung dieser Arbeiten. Die Unternehmer haben die Forderung des Deckpersonals zurückgewiesen. Die Arbeitsbedingungen sind sehr verbesserungsbedürftig. Der Lohn für Matrosen beträgt im Durchschnitt 21,50 M. pro Woche, d. h. für 7 Tage, der bei durchschnittlich 16—18 stündiger Arbeitszeit verdient werden muß. Außerdem sind Arbeitszeiten von 60—72 Stunden ununterbrochen, wie auch 100—120 stündige Arbeitszeit im Laufe einer Woche keine Seltenheit ist.

Von dem Lohn muß der Matrose sich selbst an Bord und seine Familie an Land unterhalten. Nach dem gegenwärtigen Stande der Bewegung ist auf friedliche Lösung wenig Aussicht, im Gegenteil ist mit Rücksicht auf eine Arbeitseinstellung zu rechnen. In Frage kommen bei einem eventl. Streik rund 1000 im deutschen Transportarbeiterverbände organisierte Schiffer. Schwer getroffen dürfte durch eine Arbeitseinstellung der gesamte süddeutsche Handel, wie auch der Schweizer und südranzösische Handel werden. Die vorgenannten Firmen haben ihre Schiffe in Fahrt von Basel, Straßburg und Mannheim/Rudwigsbafen bis nach Rotterdam, Amsterdam und Antwerpen. Gelingt es, den Zugang fernzuhalten, so ist mit Sicherheit auf einen Erfolg zu hoffen.

Ausland.

Engerer Zusammenschluß des schwedischen Unternehmertums.

Die Schwedische Arbeitgebervereinigung sowie der Zentrale Arbeitgeberverband, Schwedens Reedereivereinigung und der Schwedische Landarbeitgeberverband haben am Donnerstag auf einer Konferenz in Stockholm beschlossen, einen gemeinsamen Vertrauensrat einzusetzen. Damit wird ein Zusammenschluß der genannten Unternehmerorganisationen herbeigeföhrt, der rund 5500 Arbeitgeber mit 250.000 Arbeitern umfaßt. Als Aufgaben der neuen Zentralisation des Unternehmertums werden unter anderem angeführt: Förderung der gemeinsamen Zwecke der Arbeitgeberorganisationen, Wahrung der Arbeitgeberinteressen gegenüber den Arbeiterorganisationen, Schaffung einer planmäßigen Arbeitsstatistik, Durchföhren einheitlicher Grundzüge bei Kollektivverträgen usw. Bei Arbeitskämpfen, oder wenn solche auszubrechen drohen, soll der Vertrauensrat die Sachlage prüfen und zweckmäßige Maßnahmen vorschlagen. Als Präsident der Zentrale wurde der Direktor der Schwedischen Arbeitgebervereinigung Hjalmar von Sjödom ausgerufen, der ja schon lange als der Hauptanführer des Unternehmertums bekannt ist und diese Rolle auch im Generallstreik von 1909 spielte. Merkwürdig ist es, daß die „Berfätternvereinigung“, die Arbeitgeberorganisation der Metallindustrie, sich nicht an dem Zusammenschluß beteiligt, obwohl im übrigen die Arbeitgeber fast aller Industriezweige und selbst der Landwirtschaft und der Schiffahrt darin betreten sind.

Uebrigens sind von Sjödom und seine Leute auch unablässig bemüht, die internationalen Bande des Unternehmertums immer fester zu knüpfen. Vor einigen Wochen hatten sie in Kristiania eine Konferenz des Unternehmertums ganz Skandinaviens samt Finnlands veranstaltet, die diesem Zwecke diente, deren Verhandlungen jedoch geheim gehalten wurden.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Aus dem Kreise der Edelsten und Besten.

Kiel, 30. Juli. (Privatdepesche des „Vorwärts“.) Ein Leutnant v. Bismark vom Infanterieregiment Nr. 85 in Flensburg ist verhaftet und in das Militärgefängnis in Flensburg gebracht worden. Die Verhaftung erfolgte schon vor mehreren Tagen, doch haben die Flensburger Lokalblätter den Fall gänzlich totgeschwiegen. Der Leutnant wird beschuldigt, mit einem dreizehnjährigen Mädchen Umgang gehabt zu haben. Das Mädchen ist jetzt noch nicht vierzehn Jahre alt und hat vor einigen Wochen in Kiel in der Klinik einem Kinde das Leben gegeben. Die Affäre soll übrigens noch weitere Kreise ziehen.

Es kracht weiter.

Dortmund, 30. Juli. (W. L. V.) Infolge des Zusammenbruchs der Niederdeutschen Bank ist heute über das Vermögen der Dortmunder Elektrizitäts-Gesellschaft m. b. H. das Konkursverfahren eröffnet worden. Der Geschäftsführer der Gesellschaft ist ein Schwager des verstorbenen Direktors Ohm.

Das Militärluftschiff „M. III“ auf der Fahrt.

Gotha, 30. Juli. (W. L. V.) Das Militärluftschiff „M. III“ ist um 3 Uhr 55 Min. in der Richtung auf Erfurt abgeföhren. Erfurt, 30. Juli. (W. L. V.) Das Luftschiff „M. III“ hat Erfurt um 9 Uhr 45 Min. in ruhiger Fahrt passiert und die Richtung nach Weimar eingeschlagen.

Beendeter Streik.

Bärik, 30. Juli. (W. H.) Im Brauereikonflikt ist heute eine Einigung zustande gekommen. Die Arbeiter verpflichten sich, den Bierkonflikt bis zum 6. August aufzuheben. Die Brauereiarbeiter der Schweiz nehmen von den 2150 ausgesperrten und streikenden Arbeitern 500 wieder auf und sind bereit, bei Bedarf weitere 200 in ihre Betriebe wieder aufzunehmen.

Die Cholera in Rußland.

Petersburg, 30. Juli. (W. L. V.) In den letzten 24 Stunden sind an der Cholera 83 Personen erkrankt und 28 gestorben. Die Zahl der erkrankten Personen beträgt 439.

Eisenbahnkatastrophe in Arabien.

Zman, 30. Juli. (W. L. V.) Bei einer Eisenbahnkatastrophe, die sich im Küstengebiet ereignet hat, sind vier Personen getötet und vierzehn Güterwagen zertrümmert worden.

Ein neuer Aufstand.

New York, 30. Juli. (W. L. V.) Nach hierher gelangten Meldungen hat am Montag bei Teiba in Honduras ein Kampf zwischen Revolutionären und Regierungstruppen stattgefunden, in dem hundert Mann getötet und zweihundert verwundet worden sind.

Rassenkämpfe in Texas.

Houston (Texas), 30. Juli. (W. L. V.) In Slocum und Anderson sind ernste Rassenkämpfe ausgebrochen. Zehn Negro wurden getötet, drei Weiße schwer verwundet. Die Unruhen, zu deren Unterdrückung Truppen abgeandt sind, dauern fort.

Die Taktik im Wahlrechtskampf.

VI.

Genosse Kautsky entgegnete der Genossin Luxemburg mit einem Artikel „Eine neue Strategie“, der in den Nummern 37/38 der „Neuen Zeit“ erschien. Im ersten Abschnitt erklärt Kautsky, daß Genossin Luxemburg ihren Standpunkt in der Diskussion total gewechselt habe. Während sie in ihrem ersten Artikel das Mittel der Straßendemonstrationen für überholt, den Massenstreik für das nächste Kampfmittel, aber nicht als letztes Wort der begonnenen politischen Kampagne bezeichnete und für die politische Pflicht der Partei erklärte, mit Entschlossenheit die Parole zu geben, die einzig den durch sie begonnenen Kampf vorwärts treiben kann, andererseits die ganze Aktion auf einen toten Punkt gelangen und nach einiger Zeit unmerklich in nichts zerfallen müsse, während sie also, als sie auszog, gerufen habe: Wir sind verloren, wenn nicht sofort der Massenstreik ins Werk gesetzt wird, versichere sie jetzt triumphiierend, vollauf erreicht zu haben, was sie wollte, weil vom Massenstreik geredet werde. Kautsky wendet sich dann gegen die Behauptung, daß er das Diskutieren des Massenstreiks hätte verbieten wollen. Was er im März für ungewöhnlich gehalten habe, war die Diskussion darüber, ob der Moment des Massenstreiks gegeben sei. Darauf sei Genossin Luxemburg selbst nicht mehr zurückgekommen. Wenn sie sich auf den stürmischen Beifall berufe, den sie in ihren Versammlungen fand, so sei festzustellen, daß sie dort in ganz anderer Weise geredet habe, wie in ihrem ersten Artikel, in einer Weise, daß Kautsky selbst ihr keinen Beifall nicht verweigert hätte. Nichts von der Parole, daß der Massenstreik den nächsten Schritt zu bilden habe, daß die Straßendemonstrationen überholt seien, sondern nur ein allgemeiner Hinweis darauf, daß der Massenstreik einmal kommen müsse. Das sei die Art der Propagierung, zu der Kautsky selbst geraten habe, eine Propagierung, die den Massen die Beschäftigung mit der Idee des Massenstreiks nahelege. Kamplos gebe Genossin Luxemburg die Position auf, die sie zuerst einnahm, aber nicht ohne große Annonade, die den Wechsel der Position markieren solle.

Im zweiten Abschnitt erklärt Kautsky, wie es kam, daß er die Veröffentlichung des ersten Artikels der Genossin Luxemburg verweigerte, nachdem er ihn zuerst akzeptiert hatte und ihn sogar schon hatte lesen lassen. Er habe eine Zeilung geschwankt, aber die Verfasserin keinen Moment darüber im Unklaren gelassen, daß er die Veröffentlichung für einen Fehler halte und daß er gezwungen sein würde, dagegen zu polemisieren. Denn wenn die Erregung der Massen auch noch lange nicht ausreichend gewesen wäre zu einer so energischen Aktion, die allein einen Massenstreik zum reichen Ausgang führen konnte, so war sie doch groß genug, daß die Anregung der Genossin Luxemburg sehr wohl vereinzelt Versuche, Experimente in der Richtung des Massenstreiks hervorzurufen konnte, Versuche, die nach der Sachlage fehlschlagen und dadurch das Ansehen der Partei in den Massen schwer schädigen mußte. Die Genossin Luxemburg meint, die Erregung der Massen sei so stark gewesen, daß sie alle ihre Führer beiseite geschoben hätte, die es wagten, dem Massenstreik entgegenzutreten. Aus dieser unangenehmen Situation hätte ich die Gewerkschaftsführer gerettet. Aber wenn jene Erregung stark genug war, sämtliche Gewerkschaftsführer über den Haufen zu rennen, wieso kommt es, daß sie vor mir, einem einzelnen Theoretiker, halt machte? In Wirklichkeit wird umgekehrt ein Schuh daraus. Ich habe nicht die Gewerkschaftsführer davor gerettet, eine Niederlage durch die Genossin Luxemburg zu erleiden, sondern ich bemühte mich, die Idee des Massenstreiks vor der Niederlage zu behüten, die ihr die Gewerkschaftsführer beigebracht hätten, wenn die Auffassung der Genossin Luxemburg vom Massenstreik als die einzig mögliche ins Land ging. Endlich erklärt Kautsky, daß der Vorwurf der Genossin Luxemburg, daß die scharfe Betonung unseres republikanischen Standpunktes im „Vorwärts“ und in der „Neuen Zeit“ verhindert

werde, während ein Teil unserer Provinzpresse auch in dieser Beziehung seine Schuldigkeit tue, auf nichts gestützt werden könne, als daß er in dem ursprünglich akzeptierten, später abgelehnten Artikel einen Passus beanstandet habe, dessen Fassung ihm ungewöhnlich erschien.

„Daß wir auf diesem Gebiet aus den verschiedensten Gründen vorsichtig sein müssen, ist klar. Die Genossin Luxemburg hat ihren Artikel dann in der Dortmunder „Arbeiterzeitung“ veröffentlicht, die in bezug auf die Betonung des republikanischen Standpunktes „ihre Schuldigkeit tut“. Aber vergebens wird man in diesem Artikel jenen Passus über die Republik suchen, über dessen Beanstandung durch mich jetzt die Genossin Luxemburg öffentlich Beschwerde führt. Die feige Prinzipienverhüllung, die uns die Genossin Luxemburg vorwirft, reduziert sich also darauf, daß wir einen Passus ihres Artikels beanstandeten, dessen Veröffentlichung sie selbst seitdem freiwillig unterlassen hat.“

Solche Strategie ist kein Selbsterlöb, Ostabial!“

Im 3. Abschnitt: „Verschiedene Streikarten“ geht Kautsky zunächst auf das österreichische Beispiel ein. Genossin Luxemburg habe zuerst u. a. auch auf Oesterreich hingewiesen als ein Beispiel dafür, wie dort die Massenaktion glänzend geglückt sei, weil sie sich ständig zuspitzte und steigerte. Auf Kautskys Erwiderung, daß von ständiger Zuspitzung und Steigerung dort keine Rede war, weil die Oesterreicher nie über Straßendemonstrationen hinausgegangen seien, ohne daß ihr Elan verschwand, ihre Aktion zusammenbrach, erklärte Genossin Luxemburg, daß die Aktion tatsächlich von 1898 bis 1906 zusammengebrochen gewesen sei.

„Zuerst weist also die Genossin Luxemburg auf Oesterreich hin als ein Beispiel dafür, wie dort die Massenaktion glänzend geglückt sei, weil sie sich ständig zuspitzte und steigerte. Jetzt hören wir dagegen, daß die Massenaktion in Oesterreich elend verunglückt sei, weil sie sich nicht ständig zuspitzte und steigerte. Das eine ist das Gegenteil des andern. Wer würdigerweise ist aber beides gleich falsch.“

Allerdings habe die Wahlrechtsbewegung seit 1898 eine Zeitlang geruht, aber nicht infolge eines Zusammenbruchs, sondern eines Sieges, nämlich nachdem die Konzeption der 5. Kurie des allgemeinen Stimmrechts gemacht wurde. Zunächst nahmen die Wahlkämpfe die Kraft des Proletariats in Anspruch und die Kämpfe im Parlament fehlten seine Aufmerksamkeit. Das neue Wahlrecht mußte erst die Massen enttäuscht haben, ehe es möglich war, sie wieder zu einer energischen Massenaktion zugunsten einer neuen Wahlreform zu gewinnen. Mit dem Abscheu vom Massenstreik habe dieser „Zusammenbruch“ nicht das geringste zu tun. — Dann wendet sich Kautsky zu der Frage, wie sich Genossin Luxemburg den als nächsten Schritt bezeichneten Massenstreik denke, ob als bloßen Demonstrationstreik oder als Zwangstreik und inwiefern das Zusammenfallen eines politischen Massenstreiks mit einem ökonomischen Nissenstreik, zum Beispiel einem Bergarbeiterstreik, für beide Teile von Vorteil sein könnte. Auf beide Fragen habe er von Genossin Luxemburg keine Antwort erhalten, sie erkläre einfach, daß solche strenge Kubrigierungen in großen Massenaktionen und politischen Sturmzeiten vom Leben selbst durcheinander geworfen werden und sie verneine auf Rußland und Belgien, wo Demonstrationstreiks und Zwangstreiks, wo politische und wirtschaftliche Streiks beständig gewechselt hätten. Kautskys Auffassung von der Wahlrechtsbewegung sei eine „pedantisch-engerhitzige“, nach seinem Schema müsse der große Kampf im Wahngewerbe schädlich für die Bewegung sein. Kautsky erwidert darauf, daß er niemals geäußert habe, daß ökonomische und politische Aktion einander stützen, daß er nie gesagt, zur Zeit eines Wahlrechtskampfes seien wirtschaftliche Kämpfe als schädlich zu meiden. Im Gegenteil habe er in bezug auf die Bonarbeiterausperrung ausgeführt: „So erwarten wir von den Gewerkschaftskämpfen dieses Jahres auch eine Steigerung der Erbitterung und eine Verstärkung des Wahlrechtskampfes.“ Die Frage aber, um die es sich handele, sei die, welcher Art der bestimmte nächste Massenstreik sein soll, den die Genossin Luxemburg erwarte. Wollte sie behaupten, daß in West-

europa irgendwo ein bestimmter Streik vorkam, der gleichzeitig mit politischen Forderungen der Gesamtheit des Proletariats an Regierung und Parlament auch ökonomische Sonderforderungen einzelner Arbeiterschichten an einzelnen Kapitalistengruppen durchzusetzen suchte? Im Gegensatz zur Genossin Luxemburg habe Pannetsoel die Erkenntnis der Formen, die eine Massenstreikbewegung in Deutschland annehmen würde, für sehr wichtig bezeichnet und gemeint, es handele sich jetzt um die Frage des Demonstrationstreiks. Darüber erfahre man aber bei der Genossin Luxemburg nichts. Es sei auch sehr fraglich, ob Pannetsoel die Anschauung der Genossin Luxemburg richtig wiedergebe, denn manches, was sie vom Massenstreik sage, passe gar nicht auf den Demonstrationstreik. Lieberhaupt sei das Bild, das sie vom Massenstreik entwerfe, nicht übermäßig klar und etwas widerspruchsvoll. In jeder Art Streik sehe sie ein Muster des kommenden Massenstreiks. Sie erkläre, er lasse sich nicht von oben herab kommandieren, er müsse aus der Erregung der Masse geboren werden, die selbst ihre Aktionen bestimme, alles mit sich fortziehe, die Führer der Arbeiterschaft selbst, wenn sie sich ihr entgegenstemmen wollen, hinwegschwemmen. Den Anstoß zur Massenaktion könnten nicht die Leitungen der proletarischen Organisationen geben, sondern nur die Massen selbst. Diese selbst Massenaktion solle aber nach der Genossin Luxemburg ganz davon abhängen, daß dazu der Masse von der Partei „die Parole ausgegeben wird, die einzig den durch sie begonnenen Kampf weiter vorwärts treiben kann“.

„Wird im „gegebenen Moment“ diese Parole nicht gegeben, dann bemächtigt sich der Masse eine Enttäuschung, die Aktion bricht in sich zusammen“.

Auf der einen Seite kann also der Massenstreik nicht gemacht werden; er entsteht von selbst. Auf der anderen Seite wird er durch eine Parole der Partei gemacht. Zuerst ist die Masse der Ursprung und Träger der ganzen Aktion. Dann wieder vermag die Masse gar nichts, wenn ihr nicht die Parole zugerufen wird.

Im 4. Abschnitt: „Streikbedingungen in Rußland“ fährt Kautsky aus, daß die Widersprüche in der Auffassung vom Massenstreik, die bei einer so klaren Denkerin wie der Genossin Luxemburg überraschen müßten, die Widersprüche zwischen den Bedingungen des Massenstreiks in Rußland und Deutschland widerspiegeln. Immer wieder weise Genossin Luxemburg auf die Lehren der russischen Revolution hin. Kautsky setzt dann des längeren auseinander, daß lernen nicht einfach nachahmen heiße, daß nichts verkehrter als die gewöhnliche Auffassung der Geschichte als Lehrmeisterin sei, daß ihre bloße Betrachtung und die Wege zeige, die zum Erfolg führen und die Abwege, die zu vermeiden sind. Denn die Geschichte sei nicht die stete Wiederholung derselben Vorgänge, bei denen bloß die Namen und die Akteure wechselten, sondern die Gesellschaft mache eine stete Entwicklung zu immer komplizierteren Formen durch, es wiederholen sich also nie völlig die gleichen Bedingungen der ökonomischen und politischen Kämpfe, die die Geschichte ausmachen. In verschiedenen Zeiten und in den verschiedenen Ländern hätten daher sehr verschiedene Methoden Erfolg gehabt. Man könne daher auf diesem Wege aus der Geschichte beweisen, was man wolle. Namentlich sei es gefährlich, sich berufen auf revolutionäre Vorbilder zu berufen, denn eine große Revolution könne nicht vorübergehen, ohne die Bedingungen von Grund aus zu ändern, die sie vorand und unter denen sie sich abspielte, so daß man ganz irreführt werde, wenn man nach der Revolution die Lehren ihrer Erfolge und Mißerfolge ohne weiteres auf die Partei anwenden wolle. Wohl könne man aus der Geschichte und namentlich aus den Revolutionen lernen. Aber nicht eine Sammlung erfolgreicher und fehlerhafter Methoden sei daraus zu entnehmen, sondern die Erkenntnis kausaler Zusammenhänge. Wenn man die mit denen anderer Perioden und unserer Zeit vergleiche, werde einem die Erkenntnis der Lehren erleichtert. Wer die französische Revolution daraufhin ansehe, welche Vorteile die Methode des Jakobinismus gewähre oder andere, der werde für die Gegenwart leicht zu irreführenden Resultaten kommen. Dagegen werde eine Untersuchung über die Rolle der einzelnen Massen in der Revolution für die Erkenntnis des Wesens dieser Massen wertvoll sein

Kleines feuilleton.

Lauben-Sommer.

Ich ging den Sommer suchen; Der hatte sich gut versteckt. Im Busch hinter Birken und Buchen Da hab ich den Sommer entdeckt. Gleich hinter dem Stadtsaßengleise, Da kam ich ihm auf die Spur; Die ganze Entdeckungsdreife Kostet zwei Ridel nur. Dort wo die Bojngedäude Verschwinden, bei der Fabrik, Kommt nach 'nem Stüdken Helde Die Laubenrepublik! Da hab ich den Sommer gefunden, Dem Großstadtreiben entleidt, Mit Laubgirlanden umwunden Mit bunten Wimpeln geschmückt. Dort wo die Welt zu Ende Da fond ich ein Stüdken Natur, Und drinne, schwielse Hände, Besorgten dort Bodenkultur. Am Bäumlchen reisten die Birnen, Darunter blüht' Erica, Dahinter tanzten die Birnen Zur Ziehharmonika. Und draußen rauschte die Selbe Boll Waldespoesie, Und drinnen jauchzte voll Freude Die Laubenkolonie. Da kam's, daß ich wider Erwarten Zimmten von märkischem Sand, Im sauberen Küchengarten Ein Stüdken Sommer fand.

A. S.

Das himmlische Maß. In überreichem Maße hat der Himmel uns in diesem Sommer allerorten mit Ueberschwemmungen und Verwüstungen durch Hochwasser bedacht und noch ist der Hochwasserspiegel kein Ende. Es brauchen nun durchaus nicht immer Wollensbrüche sein, die diese traurigen Katastrophen hervorzurufen, sondern sie können ebenso gut auch durch starken, anhaltenden Regen verursacht werden, obwohl man annehmen sollte, daß das Regenwasser von der Erde teils aufgezogen, teils in die Wasserläufe geleitet werden könne, ohne sich zu Ueberschwemmungen aufzustauen. Man macht sich aber gar keine Vorstellung von den unermesslichen Wassermassen, die bei einem einzigen Regen aus den Wolken herabkommen. Bei einem sehr geringen Niederschlag von nur 1 Millimeter Höhe fällt schon ein Liter Wasser auf einen Quadratmeter Bodenfläche oder eine Million Liter auf einen Quadratkilometer. Nehmen wir zum Beispiel einen Regen in Berlin an. Die Stadt Berlin ohne Vororte hat einen Flächeninhalt von 70 Quadratkilometer. Bei einem Regen von nur 1 Millimeter Höhe fallen also auf Berlin 70 Millionen Liter oder 700 000 Hektoliter Wasser herab, die das respectable Gewicht von 1 400 000 Zentner darstellen. Also schon ein geringer Regen läßt eine Nielsenlast Wasser auf die Stadt herabfallen. Da nun Berlin eine jährliche Niederschlagshöhe von 761 Millimeter hat, so kommen nach einer einfachen Rechnung jedes

Jahr in Form von Regen und Schnee 532 Millionen Hektoliter Wasser auf Berlin herab, die das gewaltige Gewicht von 1065 Millionen Zentner haben.

Nehmen wir an, daß die durchschnittliche Regenhöhe in ganz Deutschland nur so viel beträgt wie in Berlin, trotzdem sie tatsächlich etwas höher ist, so berechnen wir, daß jährlich in Deutschland vier Billionen Hektoliter Wasser aus den Wolken herabfallen; es ist das eine Wassermenge, die einen See von 40 Quadratkilometer Oberfläche und 10 Meter Tiefe vollständig ausfüllen würde. Hiernach können wir uns eine Vorstellung davon machen, welche unermesslichen Wassermengen in den Wolken in Form von feinen Wasserbläschen aufgespeichert sind und vom Winde in alle Welt getragen werden. Und welche ungeheure Summe von Arbeit muß die Sonne leisten, die tagtäglich durch die von ihrer Wärme verursachten Verdunstung solche Riesennlasten mit Leichtigkeit emporhebt!

Sonnenstich und Hitzschlag. In diesem Jahre hat man noch nicht viel von Hitzschlägen gehört, aber man muß damit rechnen, daß der Hochsommer noch manches davon nachholen wird. Dr. Weigl bespricht in den „Blättern für Volksgesundheitspflege“ die verschiedenen Grade der Einwirkung der Sonne auf den menschlichen Körper. Die mildeste und im allgemeinen weder unangenehme noch unschöne Form ist das Verbrennen der Haut. Gefährlich wird die Lage aber erst dann, wenn dies Uebermaß von Sonnenstrahlen den Kopf oder den Nacken getroffen hat. Dann folgen Erscheinungen, die als Sonnenstich bekannt sind und oft zu langer Krankheit, wenn nicht gar zum Tode führen. Der Hitzschlag ist in der Entstehung davon verschieden, da er auch eintreten kann, ohne daß die Sonnenstrahlen einen unmittelbaren Einfluß ausgeübt haben. Die Bedingung für das Zustandekommen des Hitzschlags ist eine bedeutende Muskelanstrengung und starkes Schwitzen ohne Erfrischung durch Aufnahme von Flüssigkeit. Je heißer und windstillter das Wetter ist, desto größer wird die Gefahr des Hitzschlags, weil die Verdunstung auf der Haut dadurch behindert ist. Es verzieht sich fast von selbst, daß der Eintritt von Hitzschlag gleichfalls durch ungeeignete, die Verdunstung hemmende Kleidung befördert werden kann. Ferner wirkt das Zusammendrängen von vielen Menschen unangünstig ein. Die Erkrankung meldet sich durch Unwohlsein und Atemnot und geht dann sehr bald in Schwindel nebst Kopfschmerzen über. Critt geht nicht rasch Hilfe ein, so steigern sich all diese Erscheinungen unter zunehmender Verfärbung des Gesichtes und fortgesetzt steigender Temperatur des Körpers. Wenn diese Temperatur bis zu 45 Grad erreicht hat, erfolgt gewöhnlich ein Herzschlag, der den Tod sofort herbeiführt. Aus der Aufzählung der Ursachen von Sonnenstich und Hitzschlag läßt sich schon auf einen großen Teil der Mittel schließen, ihn zu verhüten oder im Fall einer bereits eingetretenen Gefahr richtig zu behandeln. Es müssen möglichst alle Zustände ausgeschlossen werden, die zur Erkrankung geführt haben, also die unmittelbare Einwirkung der Hitze, der Druck der Kleider und Schuhe, der Mangel an Kühlung der Haut und das Fehlen einer Verdünnung des Blutes. Besonders wichtig aber ist es zu wissen, daß man dem Gefährdeten eine möglichst lange Ruhe gönnen muß und nicht daran denken darf, ihn zu früh von einem Ort zum andern zu tragen. Vor allen Dingen aber sollte man ihn nicht etwa aufstehen und selbst zu gehen versuchen lassen.

Notizen.

— Musikchronik. Im Theater des Westens wird mit „Der geschiedenen Frau“ am Sonntag die neue Spielzeit eingeleitet. — In der Gottschalk-Oper im Schiller-Theater O. wird am Sonntag nachmittag 8 Uhr zu ernähigsten

Preisen „Martha“ aufgeführt. Montag wird als vollständige Vorstellung zu ernähigsten Preisen zum letzten Male „La Traviata“ und zwar in deutscher Sprache gegeben.

— Theaterchronik. Im Lessing-Theater beginnen am Montag wieder die Vorstellungen des eigenen Ensembles. — In der Volksober, die einer gründlichen Renovierung unterzogen wurde, beginnt Montagabend 1/9 Uhr das Neue Schauspielhaus ein für sechs Wochen berechnetes Gastspiel mit Meyerfort'ster Schauspiel „Alt-Heidelberg“. — Im Neuen Theater setzt das Kölner Gastspiel von Montag an die Aufführung der „Kajenenlust“ fort, die bisher im Lessing-Theater stattfand.

— Aus Berliner Museen. Die ägyptische Abteilung der Berliner Museen wird augenblicklich einer Neuordnung unterzogen und ist daher vorläufig für das Publikum geschlossen. Bei der neuen Aufstellung, die den ganzen vorgriechischen Sammlungen zuteil wird, erhalten zum ersten Male eine Reihe neuer Anfaue ihren Platz. — Das Museum für Völkerkunde wird vom 1. Oktober ab statt wie bisher Montag Dienstags (zu Reinigungszwecken) geschlossen sein. Das benachbarte Kunstgewerbemuseum bleibt dagegen auch künftig Montags geschlossen.

— Fabianskis Pogrombild, das die bayerische Regierung aus Dienstbefessenheit gegen den Varen aus dem Münchener Glaspalaste entfernen ließ, ist jetzt in einem Kunstsalon in Frankfurt a. M. ausgestellt. Wenn das Gemälde das Gemüt des offiziellen Rußland peinlich berührt, so liegt das — schreibt die „Frankf. Stg.“ — lediglich an dem Tatbestand, der den Künstler, einen Augenzeugen der Greuel, mit tief bewegender Lust zur bildmäßigen Wiedergabe gedrängt hat.

— Troj alle dem! Das Bürgerturn, das seine revolutionäre Vergangenheit verraten und verkauft hat, versucht trotzdem die revolutionäre Erbschaft, die sie falsch deklarieren, dem natürlichen Erben, dem Proletariat, vorzuenthalten. In Soest in Westfalen ist am Freitag ein Freiligrath-Brunnen eingeweiht worden zur Erinnerung an die Jahre, die der Trompeter der Revolution in der alten Hansestadt als Kaufmannslehrling verlebte. Die Soester Parteigenossen wollten natürlich ihrem Freiligrath eine Ehrung erweisen und sich zu seinen Mannesidealen bekennen. Eine Abordnung begab sich vom Bahnhof mit einem großen Kranz, an dem eine rote Schleife mit Worten aus Freiligraths Dichtungen angebracht war, zum Denkmal. Sie wurde dort aber von einigen Polizeibeamten, die angaben, im „höheren Auftrage“ zu handeln, daran gehindert, den Kranz mit den Worten des Dichters niederzulegen. Die Schleife mit den Freiligrathworten mußte entfernt werden, ehe der Kranz niedergelegt werden durfte. Zum Protest liehen die Genossen den „echten“, „revolutionären“ Freiligrath hochleben (wofür zwei von ihnen von der Polizei notiert wurden). Weitere Anträge wurden verhindert. — So ehrt die Stadt Soest „ihren“ Freiligrath. Vorher hatte eine „erleiene“ Feier der Honoratioren stattgefunden, bei der „Guxra Germania“ gespielt wurde!

— Der zweite internationale Kongress für Volkshulwesen wird vom 4. bis 7. August in Paris tagen. 400 Lehrer, davon 160 aus Frankreich, sind angemeldet, außerdem 200 sonstige Teilnehmer. Dem Bureau, das dem Austausch der Fortschritte der Methode und der Befehung der einzelnen Länder dient, sind Lehrerverbände mit zusammen rund 308 000 Lehrern angeschlossen. Weitere 67 000 in Verbänden organisierte Lehrer stehen mit dem Bureau in Verbindung.

— Ausstellung für Rettungswesen. Das bayerische Arbeitermuseum veranstaltet am Anlaß des IX. deutschen Samariter-tages in München vom 25. September bis 23. Oktober 1910 eine Sonderausstellung über Rettungswesen.

und einem zeigen, was das Proletariat von diesen einzelnen Klassen heute noch zu erwarten habe, ob es mit ihnen zusammen wirken könne oder ihnen entgegentreten müsse. Die Ergebnisse der politischen und ökonomischen Erfahrungen unserer Zeit werden vertieft und geklärt durch ihren Vergleich mit den Erfahrungen der Vorzeit.

Und ähnliches gilt von dem Vergleich der Erfahrungen verschiedener Länder miteinander. Jedes Land kann und soll von den anderen Ländern lernen. Aber nicht dadurch, daß es einfach deren Methoden nachahmt, sondern dadurch, daß es seine Erfahrungen mit denen anderer Länder vergleicht, deren Erfolge und Mißerfolge auf ihre Ursachen zurückführt und untersucht, inwieweit die gleichen Ursachen bei uns bestehen, bestanden oder im Kommen begriffen sind und daher gleiche Wirkungen für uns mit sich bringen oder erwarten lassen.

Somit legt dann die furchtbare Zerrüttung aller politischen und sozialen Verhältnisse in Rußland zur Zeit des Ausbruchs der Revolution dar, die allgemeine Erbitterung und Unzufriedenheit, die alle Klassen und selbst die sichersten Stützen des Zarismus, Armee, Offizierkorps und Bauernschaft ergriffen hatte, so daß die russische Regierung die schwächste der Welt gewesen war. Das Proletariat hatte, da ihm jede Art lokaler Betätigung abgeschnitten war, nur ein Mittel, seine Forderungen kundzugeben und gegen sein Elend zu protestieren, den Streik. Er war zugleich ein Mittel, die Arbeiter aufzurütteln, ihr Kraftgefühl durch die Tatsache der gemeinsamen Aktion, die die Vereinzeltung der Arbeiter aufhob, zu steigern, sie mit Begeisterung und Hoffnung zu erfüllen. So wurde die bloße Tatsache des Streiks, ohne Rücksicht, ob Kampf- oder Demonstrationsstreik, ohne Rücksicht, ob er sich gegen Kapitalisten oder Regierung richtete, schon ein Erfolg, ein Sieg. Jeder Streik, einerlei, was er sonst bezweckte, wurde zu einer Empörung gegen die Gesellschaft, zu einer revolutionären Aktion. Verstärkt wurde die Wirkung dieser Aktion durch die ungeheure Ausdehnung des russischen Reiches und die mangelhaftesten Verbindungen der einzelnen, von einander ökonomisch unabhängigen Teile. Dabei haben sich die Arbeiter Russlands besonders glänzend gehalten. Somit soll ihnen Hochachtung und Bewunderung. Aber das kann ihn nicht veranlassen, einfach den deutschen Arbeiter zuzurufen: Gehet hin und tuet desgleichen. Schon Gerbants wußte, daß, was Döhlenium unter bestimmten Umständen ist, unter geänderten Verhältnissen zur Donquixotterie wird.

Im 5. Abschnitt „Streikbedingungen in Preußen“, legt Kautilj dar, daß wir in Preußen, im Gegensatz zu Rußland, eine der stärksten Regierungen der Gegenwart, eine der straffsten organisierten Armeen und Bureaucratie, mit den abhängigen Staatsarbeitern, mit Ausbeutern von einer Kraft und Brutalität zu tun haben, die irgendwelchen suchen. Während in Rußland die Regierung völlig isoliert war, so in Preußen das Proletariat. Außerdem ist für den deutschen Arbeiter der Streik etwas ganz anderes als für den russischen Proletarier. Für ihn ist es nicht die einzige Möglichkeit der öffentlichen Beteiligung, er hat dazu auch Vereine, Versammlungen, Presse, Wahlen. Deshalb braucht er den Streik nicht als Mittel der Organisation, der Aufklärung und Anfeuerung, sondern greift nur zu ihm, wenn er die Aussicht hat, bestimmte Ergebnisse zu erzielen.

... Weichen diese Erfolge aus, dann hat der Streik seinen Zweck verfehlt. Und entspringt die Erfolglosigkeit schlechter Führung, die entweder den Zeitpunkt des Streiks unglücklich wählte oder die Machtmittel der eigenen oder der gegnerischen Organisation falsch einschätzte oder sonst verkehrt operierte, so kann der Streik sehr leicht das Gegenteil dessen erzielen, was er bezweckte, niederdrückend auf die Arbeiter wirken.

Daher überlegt man vor einem Streik genau seine Chancen.

Was vom Standpunkt des amorphen, primitiven Streiks des revolutionären Rußland eine überflüssige, pedantisch-engerzige Unterscheidung sein möchte, ist in Westeuropa eine wesentliche Bedingung jeder rationalen Streikführung. Sicher kann eine Streikbewegung sich mit einer anderen kreuzen, sicher kann auch eine Streikbewegung in ihrem Verlauf verschiedene Formen annehmen, die nicht vorherzusehen sind. Aus einem Demonstrationsstreik kann eine Aussperrung oder ein Zwangstreik werden, ein ökonomischer Einzelstreik kann die Dimensionen eines Sympathiemassenstreiks annehmen und schließlich politische Bedeutung erlangen. Ein siegreicher politischer Massenstreik kann einzelne ökonomische Ausläufer nach sich ziehen. Alles das hindert nicht, daß es sehr verschiedene Arten des Streiks gibt, und daß unter unseren Verhältnissen jedesmal bei Beginn eines Streiks dessen Wesen und Art, sowie die Ziele und Zwecke, die man ihm setzen will, genau erwogen sein müssen.

Die Bedingungen des Streikes sind also in Westeuropa und speziell in Deutschland sehr verschieden von denen des vorrevolutionären und revolutionären Rußland. Eine Streiktaktik, die sich dort bewährt hat, braucht deshalb noch lange nicht hier am Platze zu sein.

Schon beim bloßen Demonstrationsstreik zeigen sich Unterschiede. Demonstrationsstreiks, wie sie in Rußland öfter durchgeführt wurden, die das ganze Reich in Bewegung setzten, die den Verkehr stutzten, würden in Westeuropa so leicht nicht kommen. Denn sie bildeten die Eigentümlichkeit eines Zustandes, in dem ein modernes Massenproletariat, mit dem Beispiel eines halben Jahrhunderts sozialistischer Bewegung und politischer Freiheit in Westeuropa vor sich, selbst jeglicher legalen Bewegungsmöglichkeit entbehre. In Westeuropa haben die Arbeiter so reichliche Gelegenheiten, ihre Anschauungen ohne Risiko kundzugeben, daß selbst bei außerordentlichen Anlässen nur die kraftvollsten und vorgeschrittensten unter ihnen das Risiko eines Streiks auf sich nehmen würden, wenn dieser eine bloße Demonstration bleiben sollte. Zudem sei ein solcher Streik nicht einmal die eindrucksvollste Form der politischen Betätigung. Eine siegreiche Reichstagswahl mache weit größeren Eindruck.

... Es dürfte kaum möglich sein, ohne einen gewaltigen Anlaß einen Demonstrationsstreik, der eine wirkliche Massen demonstration wird, für das ganze Reich machtvoll durchzuführen, wenn er einer Sache gilt, die nicht sofortige Abwehr erfordert, sondern bloßen Protest gegen ein Unrecht bekunden soll, das schon mehr als ein halbes Jahrhundert besteht. Eher sind lokale Demonstrationsstreiks als Protest gegen ein augenblickliches, tiefempfundenes Unrecht denkbar, das momentan die Massen erregt und nach sofortiger Abwehr schreit, die nicht etwa bis zur nächsten Wahl verschoben werden kann. In meinem Artikel „Was nun?“ habe ich auch der Erwartung Ausdruck gegeben, daß solche Demonstrationsstreiks, wie wir sie schon in Kiel und Frankfurt hatten, sich wiederholen und steigern würden, wenn die Polizeibrutalität sich wiederholte und steigerte. Vorher diskutieren lassen sich aber solche Streiks nicht. Sie entspringen von selbst aus bestimmten Situationen.

Eine weitergehende politische Wirkung konnte von solchen lokalen Demonstrationen nicht ausgehen, sie könnten nur auf den Fortgang der Bewegung beschränkt werden. Um politisch zu wirken, müßte der Demonstrationsstreik größere Ausdehnung haben, nach Genossin Luxemburg müßte der Massenstreik, den sie im Auge hat, sogar nicht bloß Preußen, sondern ganz Deutschland umfassen. Solch ein Streik könnte nur bei einem Zusammentreffen höchst günstiger Momente gelingen und würde doch kaum mehr bewirken als etwa eine Reichstagswahl. Genossin Luxemburg wolle deshalb auch nicht bloß einen Demonstrationsstreik, sondern eine sich selbst steigende und zupflückende Massenaktion, die durch einen „kurzen einmaligen Demonstrationsstreik“ eingeleitet werde. Deutlicher spreche sich Pannetier aus, der in seinem zweiten Artikel erklärt, daß der Massenstreik als politisches Zwangsmittel gegen die Regierung nicht ein einziger Akt, sondern ein langes, jedes Ringen sein werde. Einen lang andauernden einzigen Streik hielten die Arbeiter selbst nicht aus, es werde eine auf, und abblühende lokale Streikbewegung sein, wobei bald hier, bald dort die Kämpfer postieren, wobei sie möglichst alle Kräfte zu einem gleichzeitigen Streik vereinigen, bisweilen vielleicht auch sich wieder in Einzelgefechten trennen. — Diese Anschauung, erklärt Kautilj, ist ganz

der russischen Streikgeschichte einnehmend. Pannetier will aber nicht zugeben, daß diese Art des Kampfes nur in den besonderen Verhältnissen der russischen Revolution möglich war, denn die russische Revolution habe gerade in der Streikbewegung bestanden und die deutsche Revolution habe mit dem Wahlrechtskampf im Grunde schon begonnen, sondern er sehe den ganzen Unterschied zwischen russischen und deutschen Verhältnissen in der gewaltigen Organisationsmacht der deutschen Sozialdemokratie. Er vergesse dabei aber, daß hier die Organisationsmacht der Unternehmer und der staatlichen Gewalt gegenüberstehe. Kämpfe zwischen solchen Organisationen würden wichtiger, aber auch seltener, würden nur nach langer Ueberlegung unternommen und mühten dann mit allen Nachmitteln entweder bis zum Siege oder völliger Erschöpfung durchgefochten werden.

Ein solcher Kampf läßt sich so schnell nicht wiederholen, um so weniger schnell, je gewaltiger seine Ausdehnung gewesen, je mehr die gesamte Masse des Proletariats daran beteiligt war. Die Vorbereitung einer Periode der Massenstreiks, die zunächst keinen praktischen Erfolg haben, aber sich immer wieder erneuern, nach kurzen Pausen des Atemschöpfens, bis der Gegner zur Strecke gebracht ist, findet einigen Halt in der russischen ökonomischen Rückständigkeit, sie wiederpricht völlig den Kampfbedingungen eines hochentwickeltesten Industrielandes mit weitestgehender Konzentration des Kapitals und Zentralisation der Kampforganisationen sowohl der Proletarier wie der Unternehmer und ihrer Regierung.

Andererseits entsprang es aus der politischen Rückständigkeit Rußlands, daß dort jeder Streik, auch ein rein ökonomischer, zu einem Akt revolutionärer Politik wurde, so daß man dahin kommen konnte, eine Periode von Streiks aller Art — darunter vorwiegend lokale und ökonomische — als eine Periode „des Massenstreiks“ oder gar als „den Massenstreik“ anzusehen.

In Deutschland wäre anders. Wenn heute bei uns die Bergarbeiter im Ruhrgebiet streiken und nach einem halben Jahre die Bauarbeiter in Berlin und wieder nach einem halben Jahre die Textilarbeiter in Grimmitzsch zur Erreichung höherer Löhne, so wird niemand erwarten, daß sei der Massenstreik, der die preussische Regierung auf die Knie zwingt.

Soll bei uns eine Aktion als ein politischer Massenstreik wirken, dann darf sie nicht lokal, ohne Absicht und Ziel sein, dann muß sie von vornherein nach Plan und Absicht als ein politischer Streik ausbrechen, und dieser muß es bis zu seinem Ende bleiben. Er muß den ganzen Staat umfassen, darf nicht ein „partieller“, „lokaler“ Massenstreik sein, und er führt zu einer empfindlichen Niederlage, wenn er sich ohne politisches Resultat „in einen ökonomischen Kampf verwanbelt, in Straßenkampf, oder von selbst zusammenfällt“.

Wenn aber die Genossin Luxemburg meinte, eine solche Streikperiode ließe sich im Ungemeinen jahrzehntlang ausdehnen, so hat seitdem die Erfahrung gezeigt, daß das auch unter russischen Verhältnissen nicht möglich war.

Schließlich müßte auch das russische Proletariat durch die stets wiederkehrenden Streiks erschöpft werden und es kam der Moment, wo es vor dem Dilemma stand, entscheidend zu siegen oder für lange Zeit niedergeworfen zu werden. Daß der Streik das Proletariat organisiert, aufklärt, stärkt, ohne Rücksicht darauf, ob er in sich zusammenfällt oder niedergeworfen wird oder siegt, galt selbst unter den russischen Verhältnissen nur eine Zeitlang. Je mehr die russische Streikperiode den Charakter eines wirklichen politischen Massenstreiks annahm, desto mehr näherte sie sich dem Moment, in dem es hieß: Siegen oder untergehen.

Ich sage das nicht etwa, um mich jenen Sicherheitskommissionären anzuschließen, die heute dem russischen Proletariat weise Lehren über die Verwerflichkeit seiner Gewaltpolitik halten. Seine Massenstreikaktion war ein elementares Ereignis, von niemand gemacht. Die Aufgabe der Sozialisten war es, in dieser Aktion, wie in jeder Massenaktion des Proletariats, sich an ihre Spitze zu stellen, welches immer das voraussetzliche Resultat sein möchte. Und es war keineswegs von vornherein klar, daß der Zarismus noch einmal siegen müsse.

Endlich, wenn auch diese Massenaktion nicht erreicht hat, was wir alle wünschten, umsonst ist sie nicht gewesen. Sie hat ein anderes Rußland hinter sich gelassen, als sie vordank.

Aber damit hat sie vielleicht sogar für Rußland selbst jene Verhältnisse beseitigt, die es ermöglichten, daß man eine jahrelange Streikperiode als „den Massenstreik“ bezeichnen konnte. Sobald in Rußland wieder eine Arbeiterbewegung kraftvoll einsetzt, und das wird hoffentlich bald der Fall sein, kann sie Bedingungen vorfinden, die den „Streik ohne Plan und Absicht“, den Streik, der ein Gewinn ist, ob er „im Straßenkampf endet“ oder „in sich zusammenfällt“, als einen Rückfall in veraltete Methoden erscheinen lassen. Dann wird wohl auch in Rußland die „pedantische“ Scheidung der Streiks nach Plan und Absicht notwendig sein und wird ein politischer Massenstreik ebenso wie in Westeuropa ein einmaliger Akt werden, dessen Bedingungen von denen des ökonomischen Streiks streng verschieden sind.

Aber wie dem auch sein möge, für deutsche Verhältnisse paßt jedenfalls das Schema des russischen Massenstreiks vor und während der Revolution nicht.

Hier, in dieser Auffassung, liegt der tiefste Grund der Differenzen über den Massenstreik, die zwischen meinen Freunden und mir bestehen. Sie erwarten eine Periode der Massenstreiks, ich vermag mir unter Verhältnissen, wie sie in Deutschland bestehen, einen politischen Massenstreik nur als ein einmaliges Ereignis vorzustellen, in den das ganze Proletariat des Reiches mit seiner ganzen Macht eintritt, als einen Kampf auf Leben und Tod, als einen Kampf, der unsere Gegner niederzwingt oder die Gesamtheit unserer Organisationen und unsere ganze Macht für Jahre hinaus zerschmettert oder mindestens lähmt.

Natürlich stelle ich mir dies einmalige Ereignis nicht als einen „aus der Pistole geschossenen“ isolierten Akt vor. Auch ich erwarte eine Aera erbitterter Massenkämpfe und Massenaktionen, aber den Massenstreik als die letzte Waffe, die dabei ins Gefecht geführt, diejenige, mit der der entscheidende Schlag geführt wird; ich halte es für unmöglich, unter deutschen Verhältnissen den ganzen Kampf von Anfang an mit dieser Waffe zu führen und diese immer und immer wieder in Anwendung zu bringen, deren Wucht unsere eigenen Arme zu rasch erschöpfen ließe.

Man führt nicht Vorpfeingefechte mit schwerer Artillerie.

Aus Industrie und Handel.

Macht ist Recht.

Das Rheinisch-Westfälische Kohlen-Syndikat hat bekanntlich vor kurzem beschlossen, den Preis für Kohle vom 1. Oktober d. J. ab um 1/4 M. pro Tonne zu erhöhen, obgleich in der allgemeinen Wirtschaftslage wahrlich kein Grund dazu gegeben ist. Eine Veränderung ihres Beschlusses der Öffentlichkeit zu geben, haben die Syndikatsherren bisher höflich abgelehnt, trotz der allgemeinen Erregung, die sie hervorgerufen haben. Nun aber veröffentlicht die „Deutsche Wirtschaftszeitung“ in ihrer neuesten Nummer eine „Zuschrift von kompetenter Seite aus dem Ruhrkohlenbezirk“, die also wohl aus den Kreisen des Syndikats selbst stammt und die vor Hochmut sich tatsächlich kaum noch zu lassen weilt. Es heißt darin z. B.: „Daß sich, wenn eine Preiserhöhung für Brennstoffe auch nur als möglich angebeutet wird, aus den Kreisen der Kohlenverbraucher, insbesondere der Eisenindustrie, sofort heftiger Widerspruch erhebt, bietet den Kohlengebern keine Ueberzeugung mehr, da sie sich daran gewöhnt haben, sich mit dieser regelmäßig wiederkehrenden Erscheinung abzufinden. Auf anderen Wirtschaftsbereichen sind Vorgänge, die hiermit zu vergleichen wären, unbekannt. Im einzigen Beispiele herauszugreifen, sei darauf ver-

wiesen, daß es den Baumwollspinnern noch nicht in den Sinn gekommen ist, eine Erhöhung der Preise für Baumwolle mit Aufrufen der Entrüstung zu beantworten, oder daß eine Diskontenerhöhung der Reichsbank, mag sie auch noch so unangenehm wirken, keineswegs dem Geldmarkt und der Börse jedesmal einen willkommenen Anlaß bietet, über die Diskontpolitik unserer Zentralnotenanstalt herzufallen. Nur gegenüber dem Kohlenmarkt hat sich die Gewohnheit eingebürgert, jede Preisänderung nach oben als einen wirtschaftlichen Fehltritt zu erklären, ohne auch nur die Verhältnisse des Kohlenmarktes selbst eines Wortes zu würdigen. . . . Die Eisenindustrie hielt es früher für selbstverständlich, daß die Kohlengebern mit ihrer Preispolitik keine andere Absicht zu verfolgen hätten, als den Interessen der Eisenindustrie zu dienen. . . . Bis zur Gründung des Kohlen-Syndikats verfügten die Herren über kein Mittel, dieser Auffassung wirksam entgegenzutreten. Erst dem Kohlen-Syndikat ist es gelungen, mit dieser Anschauung aufzuräumen. . . . Diese Emanzipation ist freilich nicht nach dem Geschmack der Eisenindustrie und der anderen Kohlenverbraucher gewesen, da sie immer noch nicht die Vorteile und Bequemlichkeiten vergessen können, die ihnen der Ruhrkohlenbergbau vor der Syndizierung geboten hat, wo immer und regelmäßig jeder Rückgang in erster Linie von den Kohlengebern getragen werden mußte. . . . Die Zeiten, wo der Ruhrkohlenbergbau als die dienende Magd sämtlicher anderer Industriezweige angesehen wurde, sind nun schon seit 17 Jahren vorbei. . . .

In diesem Ton geht es weiter. Man sieht, es fällt auch hier den Kohlengebern nicht im Traume ein, eine Begründung dafür zu geben, weshalb sie das gesamte Wirtschaftslieben in so kolossaler Weise belasten. Sondern der langen Rede kurzer Sinn ist einfach der: wir bereichern uns, weil wir es können, weil und niemand daran zu hindern vermag! Unser Recht liegt in unserer Macht. — Die Arbeiterschaft muß sich solche Vorurteile merken für den Tag, wo man es wieder einmal für gut befinden wird, die Profitgier des Kapitals mit einem moralischen Mantelchen zu umhängen.

Der Österreichisch-serbische Handelsvertrag, dessen Abschluß eben nach jahrelangem Verhandeln gelang, bedeutet für Oesterreich eine wesentliche Verschlechterung des gegenwärtigen Zustandes. Mit der einst beherrschenden Position der österreichisch-ungarischen Industrie ist es dank der herrschenden Agrarstille vorbei. Der serbische Weizen wird zum Minimaltarif zugelassen, aber der ist so hoch, daß Getreideeinfuhr höchstens zu Wisky erntegzeiten in Frage kommt. Die Einfuhr von lebendem Vieh bleibt verboten, die Menge geschlachteten Viehs, die eingeführt werden darf, wird von 85 000 Ochsen und 70 000 Schweinen auf 20 000 Ochsen und 50 000 Schweinen herabgesetzt. Die Durchfuhr von Fleisch in plombierten Waggons ist zulässig. Der hohe Zoll auf serbische Pflaumen wird nicht herabgesetzt. Diesen fassamen Konzessionen Oesterreichs entsprechen die Serben: An Stelle des während der vertragslosen Zeit gegen Oesterreich-Ungarn angewendeten Maximaltarifs tritt die Meistbegünstigung mit dem allgemeinen Tarif. Im ganzen sind für Oesterreich 120, zumeist wenig wichtige Positionen ermäßigt, 1908 waren es aber 670. Von irgend einer Bevorzugung der einst maßgebenden, nachbarlichen Industrie ist keine Rede mehr. Auch dieser Vertrag mit seiner tiefschmerzlichen Rücksichtnahme auf die Interessen der schwargelben Lebensmittelmacher und seinen Schädigungen des Proletariats als Konsumenten wie als Produzenten gehört zu den Segnungen der feudalliberal-militaristischen Politik, die Oesterreich die Annexion, die Drednoughts und das Defizit gebracht hat.

Ueber die Petroleumgewinnung in den Vereinigten Staaten macht im Juliheft der Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik Dr. Schulze-Greifhorst einige Angaben, denen wir das folgende entnehmen. Die Gesamtproduktion der Erde an Petroleum betrug im Jahre 1901 165,7 Millionen Barrels (1 Barrel = 42 Gallonen = 159 Liter). Davon produzierte Rußland 51 Proz., die Vereinigten Staaten 42 Proz., die übrigen 7 Proz. verteilten sich auf Galizien, die Großen Sundainseln, Rumänien, Indien, Kanada, Japan, Deutschland, Peru und Italien. Seit 1902 aber haben die Vereinigten Staaten wieder, wie früher, die erste Stelle eingenommen. 1904 lieferten sie 53 1/2 Proz., 1908 gar über 63 Proz. der gesamten Weltproduktion, während Rußland auf 8 1/2 Proz. und 1908 sogar auf 22 Proz. zurückgegangen ist. Das Deutsche Reich allein führt aus Nordamerika jährlich für etwa 70 Millionen Mark Petroleum ein. Im Jahre 1909 gelang es dem galizischen Petroleum, das amerikanische auf dem deutschen Markt ein wenig zurückzudrängen. Aber schon im Januar 1910 zeigt sich erneutes Vordringen des amerikanischen Petroleum.

1875 noch betrug die Petroleumgewinnung der ganzen Vereinigten Staaten 8 900 000 Barrels weniger als im Jahre 1908 allein im Staate Texas erzeugt wurden (11 200 000 Barrels). Die Petroleumproduktion der Vereinigten Staaten hat sich in den letzten 10 Jahren verdreifacht, seit 1890 vervierfacht, seit 1870 ist sie auf das Vielfache gestiegen. 90 Proz. dieser riesigen Produktion und des Verkaufs besitzt die Standard Oil Co., neben der als einzige Konkurrentin von Bedeutung die Pure Oil Co. existiert.

Vor dem Jahre 1859 war Petroleum in Nordamerika nur gelegentlich einmal von Indianern und von den frühesten weißen Ansiedlern ausgebeutet worden. 1859 wurde in Titusville im westlichen Pennsylvania Petroleum in solcher Menge gefunden, daß die Gewinnung sehr lohnend zu werden versprach. 1860 wurden 21 Millionen Gallonen gefördert, 1861 bereits mehr als das Vierfache, fast 89 Millionen Gallonen. Dann stieg die Gewinnung wie folgt:

1870	221 Millionen Gallonen
1880	1104 „
1890	1925 „
1900	2672 „
1905	5658 „

Es wurden im Laufe der Jahre südlich und westlich der bisherigen Fundstätten neue Quellen entdeckt. Mehr als ein Menschenalter hindurch wurden die größten Mengen in den Bezirken von Pennsylvania und New York gewonnen, jetzt findet man vielmehr in Kalifornien, Ohio und West-Virginia. In den alten östlichen Feldern hat die Ergiebigkeit der Brunnen nachgelassen, auch sind mit zunehmender Tiefe die Kosten der Ausbeutung gestiegen. Die östlichen Lager werden vorwiegend in absehbarer Zeit erschöpft sein, falls nicht neue unerwartete Funde gemacht werden.

Das Petroleum der westlichen Fundstätten gehört jedoch fast ganz der schwereren Art an, die nur zum Heizen zu brauchen ist und einen Rückstand an Asphalt hinterläßt. Man kann nur sehr wenig Leuchtpetroleum daraus gewinnen. Im Staate Kalifornien werden die meisten Lokomotiven und auch viele Dampfschiffe mit Petroleum geheizt. Im Jahre 1906 wurden auf sämtlichen Eisenbahnen der Vereinigten Staaten über 15 600 000 Barrels Petroleum verbraucht, was einer Feuerungsmenge von ungefähr 4 Millionen Tonnen Kohlen entspricht. Daneben haben die amerikanischen Eisenbahnen freilich immer noch fast 96 Millionen Tonnen Kohlen verbrannt, d. h. fast ein Viertel der gesamten Kohlenproduktion des Landes. Im Jahre 1907 stieg die Menge des von den Eisenbahnen verbrauchten Petroleum auf über 18 850 000 Barrels.

Interessant sind die Röhrenleitungen, in denen das Petroleum direkt aus den größeren Reservoiren in der Nähe der Brunnen nach den Eisenbahnen und sogar nach der Meeresküste geleitet wird. Als die Idee vor einigen Jahrzehnten zuerst auftauchte, das Delagebiet durch große Röhrenleitungen unmittelbar mit den Oasenplätzen New York und Baltimore zu verbinden, um die Ausfuhr über See zu erleichtern, hielt man sie für ein Dingespinn. Sie wurde aber schnell verwirklicht, und schon 1889 wurden fast 22 Millionen Barrels durch die Röhren nach der Küste geleitet.

Die wachsende Konkurrenz Japans. Nach dem kürzlich erschienenen „Financial and Economic Annual of Japan“ (Jahrbuch der Finanz- und Wirtschaftsangelegenheiten Japans) gab es im Jahre 1908 in Japan 88 Betriebe der Steinkohlenindustrie mit rund 7900 Arbeitern; 284 Betriebe der Häutenindustrie mit über 49 000 Arbeitern; 628 Betriebe der Maschinenindustrie (Maschinen-

Bau, Schiffbau, Viehzucht) mit über 54 000 Arbeitern. Produziert wurden fast 15 Millionen Tonnen Steinkohle im Werte von 123 Millionen Mark gegen 34 000 Tonnen Eisenerz, Wert 850 000 M.; über 11 000 Tonnen Konglomerat, Wert 178 000 M.; 41 400 Tonnen Kupfererz, Wert gegen 48 Millionen Mark; 45 400 Tonnen Eisen, Wert über 4 Millionen Mark.

Soziales.

Die Dentisten zur Reichsversicherungsordnung. Der Kongress Deutscher Dentisten nahm am Mittwoch folgende Resolution an:

„Der heute in Köln am Rhein tagende, von Vertretern von 30 Landes- und Provinzialvereinen besetzte Kongress Deutscher Dentisten vertritt sich energisch gegen die fortwährenden von jahrgänglicher Seite in Wort und Schrift unternommenen, ebenso ungerechtfertigten wie maßlosen Herabsetzungen und Verdächtigungen des Dentistenstandes. Die Dentisten sind von den gesetzgebenden Körperschaften als ein durchaus notwendiger Stand anerkannt und die beabsichtigte Reorganisation auf dem Gebiete der Zahnbehandlung verletzt weder berechnete zahnärztliche Interessen, noch dient sie anderen Zwecken, als denen des Volkswohls. Die jahrgängliche Kampfesweise zeigt, daß diese kleinen Interessengruppen unter verfahrenen Schlagworten vom „Volkswohl“, „Beschränkung der persönlichen Freiheit“ usw. versucht, ihre eigenen Interessen zu fördern und ein Monopol für 3000 Zahnärzte gegen die über 6000 zählenden Dentisten gewaltsam durchzusetzen.“

Die Dentisten appellieren an das Gerechtigkeitsgefühl der gesetzgebenden Körperschaften, der Tagespresse, der Krankenassen und des zahlreicheren Publikums und weisen mit Entrüstung die jahrgänglichen Verdächtigungen als unhaltbar und unbeweisbar zurück.“

Vom Strafantrag gegen das Gefinde.

Das Ausnahmegesetz gegen das Gefinde und die ländlichen Arbeiter vom 24. April 1884 bestimmt in seinem § 1: „Gefinde welches hartnäckigen Ungehorsam oder Widerspenstigkeit gegen die Befehle der Herrschaft oder der zur Aufsicht bestellten Personen sich zu Schulden kommen läßt, oder ohne geschwähigte Ursache den Dienst verläßt oder verläßt, hat auf den Antrag der Herrschaft und Beschädeter deren Rechts zu seiner Entlassung oder Weisung, Geldstrafe bis zu fünf Talern oder Gefängnis bis zu drei Tagen verwirkt.“ Wegen Uebertretung dieser Bestimmung war das Dienstmädchen Wiedung in Elrich angeklagt worden. Das Mädchen sollte ohne geschwähigte Ursache den Dienst verläßt haben, auch widerspenstig gewesen sein. Ihre Dienstherrin glaubte einen Grund zu ihrer Entlassung zu haben, wollte sich aber erst mal überlegen, ob sie davon Gebrauch mache. Bei einer Verhandlung, bei der auch ein Polizeiergent zugewesen war, sagte sie schließlich, sie könne das Mädchen doch nicht behalten, und sprach damit die Entlassung aus. Gleich darauf übergab sie dem anwesenden Polizeibeamten den Strafantrag gemäß § 1 des Gesetzes von 1884.

Die Strafkammer in Nordhausen verurteilte darauf das Mädchen zu einer Geldstrafe. Es nahm an, der Antrag der Dienstherrin sei rechtzeitig gestellt, da er nach dem eingangs zitierten Wortlaut auch nach der Entlassung gestellt werden könne.

Das Kammergericht gab dieser Tage der von dem Mädchen eingelegten Revision statt, hob die Vorentscheidung auf und erkannte dahin, daß das Verfahren einzustellen sei. Begründend wurde ausgeführt: Nach § 1 Absatz II des Gesetzes vom 24. April 1884 sei es nicht zulässig, daß der Strafantrag nach der Entlassung gestellt werde, falls von dem Recht der Entlassung Gebrauch gemacht werde. Der Strafantrag müsse vielmehr vor der Entlassung gestellt werden. Hier sei nun erst die Entlassung ausgesprochen und dann der Strafantrag dem anwesenden Beamten ausgehändigt worden. Die Stellung des Strafantrages liege also nach der Entlassung. Es handele sich demnach um einen nicht rechtswirksamen Strafantrag. Daraus folge, daß das Urteil des Landgerichts aufgehoben und das Strafverfahren eingestellt werden müsse.

Schmitterausstände in Mecklenburg.

In dieser Zeit, wo den mecklenburgischen Großgrundbesitzern eine goldene Ernte entgegensteht, dämmert auch denen, die die Saaten bestellt haben und nun den Segen einbringen sollen, eine Ahnung von der Bedeutung ihrer Arbeit und von der Wichtigkeit ihrer Person. Bei der beschränkten Bewegungsfreiheit der ausländischen Saisonarbeiter (sogenannten „Schmitter“) äußert sich diese Erkenntnis in die und da aufwuffenden wilden Streiks, die durch augenblickliche Zugewandnisse des „Herrn“ oder durch Gewaltmaßnahmen (Verhaftung der „Abfelsfahrer“ oder der ganzen „Wande“, Bedrohung mit Ausweisung usw.) unterdrückt werden.

Dieser Tage kamen mehrfach Meldungen solcher Streiks aus Mecklenburg-Strelitz. So legten wegen Lohnminderungen auf dem Gute Warin 10 Schmitter die Arbeit nieder. Von dem Gute Sponholz liegt die Nachricht vor, daß auch die dortigen Schmitter „in den letzten Tagen gestreikt“ haben.

Die bürgerliche Presse berichtet über den Ausgang dieser beiden Fälle: „Der Gendarmerteil gelang es, die Widerspenstigen zur Aufnahme der Arbeit zu bewegen.“

Von besonderem Interesse ist, daß in Sponholz die Schmitter tagelang streiken konnten, ohne daß man besondere Maßnahmen wagte. Es ist bis jetzt kein solcher Fall bekannt geworden. Immer wußte die Junkerpreffe von abschreckenden Maßnahmen der oben bezeichneten Art zu berichten. Aber: die Erhebungen dieser Heimatlosen werden immer häufiger und allgemeiner. Die Abschreckungstheorie der Junker hat sich als falsch erwiesen. Geht man der Ursache der Streiks nach, so ergibt sich als solche in der Regel ein Vertragsbruch des Unternehmers. Wendeten sich die gegen Landarbeiter gerichteten Ausnahme Gesetze wegen vermeintlichen Vertragsbruchs gegen Vertragsverletzungen der Arbeitgeber, so würde ein erstklassiger Teil Gutbesitzer im Raufen sitzen. Die gegen Arbeiter gefahrenen Ausnahmevorschriften reizen nicht selten gewissenlose Arbeiter zum Vertragsbruch an. Das ist ja von Gutbesitzern in Dörrpreußen vor 2 Jahren offen anerkannt.

Verstöße Gutachten von Vertrauensärzten der Berufsgenossenschaften.

Viele Scherereien würden den Verletzten erspart, wenn die Berufsgenossenschaften ihren Vertrauensärzten nicht gar zu bereitwillig folgten. Das zeigen wieder folgende zwei Fälle:

1. Der Werkzeugschmied W. erlitt Anfang Dezember 1907 dadurch einen Unfall, daß er auf einer Treppentstufe zu Fall kam und mit der rechten Seite auf eine Steinstufe aufschlug. Trotz der dann eintretenden Beschwerden arbeitete D. zunächst weiter, bis Ende Januar 1908 die Beschwerden derart unerträglich wurden, daß er sich in ärztliche Behandlung begeben mußte. Mit geringer Unterbrechung stand dann der Verletzte ständig in ärztlicher Behandlung, da Hüftgelenkentzündung sich entwickelt hatte.

Die Berufsgenossenschaft der Feinmechanik und Elektrotechnik lehnte die Ansprüche des Verletzten ab, weil nach Ansicht ihres Vertrauensarztes die Erkrankung nicht mit dem Unfall in Verbindung steht. Glücklicherweise hatte D. einen Mitarbeiter als Zeugen des Unfalles, dem er auch während der Zeit, in welcher er weiter arbeitete, über Beschwerden geklagt hatte. Das Schiedsgericht für Arbeiterversicherung für den Regierungsbezirk Potsdam holte auf eingelegte Verurteilung D. ein Gutachten von Herrn Dr. E. ein, der zu dem Ergebnis kam, daß ohne Zweifel das bei D. bestehende Leiden auf den Unfall vom 4. Dezember 1907

zurückzuführen sei. Das Schiedsgericht verurteilte daraufhin die Berufsgenossenschaft zur Anerkennung des Unfalles und Zahlung der Voll- resp. Angehörigenrente für die Zeit der gänzlichen Erwerbsunfähigkeit des D. Da D. sich zurzeit in einem hiesigen Krankenhaus befindet, so erhalten seine Angehörigen die ihnen zustehende Rente von 80,55 M.

2. Der Hausdiener B. erlitt am 10. September 1909 dadurch einen Unfall, daß er beim Verlassen des Arbeitstisches austrat und mit dem Kopf aufschlug, so daß Bewußtseinsstörung eintrat. Auch hier lehnte die Lagererzgenossenschaft die Zahlung einer Rente ab. Sie nahm auf Grund des Gutachtens ihres Vertrauensarztes an, ein Betriebsunfall sei nicht erwiesen, vielmehr sei das Hinsinken auf eine durch ererbten fortschreitenden Muskelschwund hervorgerufene allgemeine Schwächung des Körpers zurückzuführen.

Das Schiedsgericht für Arbeiterversicherung für den Stadtkreis Berlin holte ein Gutachten von Prof. Dr. Sch. ein. Dieser kam zu dem Ergebnis, das B. wohl an einem Muskelleiden gelitten hat, daß aber das Leiden durch den Unfall derart verschlimmert worden sei, daß der Verletzte zurzeit als völlig erwerbsunfähig anzusehen sei. — Das Schiedsgericht entschied nach diesem Gutachten und sprach B. die Vollrente zu.

In beiden Fällen wären die Klagen vermieden, wenn die Berufsgenossenschaft nicht so viel Wert auf die Befundungen der in ihren Diensten stehenden Vertrauensärzte geben würde. Uebrigens ist es für den Leipziger Verband bezeichnend, daß er sich für freie Arztwahl in Unfallsfällen einsetzt. Gerade hier handelt es sich aber um Ärzte, die ohne jedes Bestimmungsrecht der Arbeiter diesen aufgezogen werden, während bei den Krankenassen doch die Mitglieder in ihren Generalversammlungen und im Vorstand darüber mitentscheiden haben, welches Arztstamm für die Kassen und die Kassemitglieder das förderlichste ist.

Aus der Praxis der schweizerischen Arbeiterschutzgesetzgebung.

Die von den schweizerischen Fabrikinspektoren kürzlich für die beiden Jahre 1908 und 1909 veröffentlichten Amtserichte spiegeln auch die in die Verichtsperiode fallende Wirtschaftskrise wider, die sich z. B. auch in der bedeutenden Verminderung der von den Aufsichtsbeamten zu begutachtenden Baupläne von 1532 in den Jahren 1906/1907 auf 1012 in den letzten beiden Jahren kundtut. Gefährdet wurden durch die Krise auch die technischen Umwälzungen, die eine weitere Verschiebung in der Zusammenziehung der Arbeiterschaft durch die Erziehung männlicher mit weiblichen Arbeitskräften bewirkt, namentlich in der Textilindustrie. In dieser sowie in der Konfektionsindustrie hat auch die Heimarbeit eine neuerliche Ausdehnung erfahren, in der ersteren durch die Einführung des elektrischen Webstuhls. Die Pflicht der Unternehmer zur Hausindustrie bezweckt in vielen Fällen die Umgehung der Vorschriften der Arbeiterschutzgesetzgebung, so daß der baldige Erlaß eines wirksamen Heimarbeiterschutzgesetzes als eine dringende Notwendigkeit erscheint. Der schweizerische Fabrikinspektor Rauschenbach berichtet allerdings von gegenteiligen Entwicklungstendenzen, da in seinem Kreise eine Verminderung der Heimarbeit zu beobachten sei, so durch die Umwandlung der Handmaschinenfabriken in Schiffsfabriken. Die Krise befandete sich auch in der vielfach mangelnden Arbeitslosigkeit bzw. ungenügenden Beschäftigung, so daß auch eingetretene Lohnminderungen die Lage der Arbeiter nicht zu verbessern vermochten.

Trotz der Ungunst der Konjunktur hat eine weitere Entwicklung der schweizerischen Fabrikindustrie stattgefunden, und zwar ist die Zahl der Betriebe von 7278 auf 7605 und die der Arbeiter von 207 128 auf 310 103 gestiegen.

Ein dunkles Kapitel ist das von den Unfällen, deren in den beiden Jahren 1907/08 nicht weniger als 40689 in den Fabrikbetrieben, 20 642 in den bloß hauswirtschaftlichen Betrieben (Wohn-, Transportgewerbe usw.), die nicht dem Fabrikgesetz unterstehen, vorgekommen sind, insgesamt 71 501, eine Zahl, die den Opfern eines großen blutigen Völkerringes gleichkommt. 155 Unfälle hatten tödlichen Ausgang, 15 dauernde Erwerbsunfähigkeit zur Folge. An Entschädigungen wurden geleistet 13 572 846 Frank, 191 Frank im Durchschnitt pro Unfall, 46 Frank pro beschäftigten Arbeiter. Da gewöhnlich dem Arbeiter die Hälfte der Unfallversicherungsprämie vom Lohn abgezogen wird, so trägt der Unternehmer nur 20 Frank, mit denen einfach das allgemeine Unfallkonto belastet wird. Weiter wird den Arbeitern der ganze Betrag vom Lohn abgezogen und ein Wobelfabrikant ließ sich mitten im Winter von seinen Arbeitern zu Händen des Fabrikinspektors bescheinigen, daß sie damit einverstanden sind! Im Kanton Appenzell wurde wegen solcher schändlichen Praktiken ein Pfisterermeister zu vier Wochen Gefängnis verurteilt. Andere Unternehmer machen Lohnabzüge für die Versicherungsprämie, ohne versichert zu sein, indem sie sich als „Selbstversicherer“ ausgeben. Ein solcher geriet in Konkurs und die Arbeiter hatten bei ihm 6000 Frank Guthaben an Lohn und Unfallentschädigungen. Die Aufsichtsbeamten betonen neuerdings die dringende Notwendigkeit der baldigen Einführung der staatlichen Unfallversicherung.

Die Unfallursachen bestehen häufig in der Beschäftigung völlig ungeeigneter Arbeitskräfte an den Maschinen, so von jugendlichen oder kulturell tiefschendenden Arbeitern, wie Polen usw., in mechanischen Betrieben, namentlich Zementfabriken, Gips- und Kalbfabriken, Wobelfabriken; ferner das Antreiben der Arbeiter durch niedrige Lohnsätze bei Akkordarbeit oder durch Meißer und Unternehmer, wenn sie im Feilschen arbeiten.

Erreulich ist die neuerliche Feststellung des völligen Verschwindens der furchtbaren Phosphornekrose der Hündhohlarbeiter infolge des Verbotes der Verwendung von giftigem Phosphor.

Die Darstellung der Arbeitsverhältnisse ergibt, daß 191 784 Arbeiter eine tägliche Arbeitszeit von 8–10 Stunden, 117 429 eine solche von über 10–11 Stunden haben. Von den letzteren entfallen allein 82 000 auf die Textilindustrie. Weitere Fortschritte hat auch der freie Sonntagsnachmittag gemacht. So haben im ersten Inspektionskreis (Kanton Zürich usw.) von 114 731 Arbeitern deren 27 000 am Sonntagnachmittag gearbeitet, 5 bzw. 7 Stunden, 10 672 8 Stunden, 18 321 8½ Stunden, der Rest die gesetzlichen 9 Stunden.

Wegen Uebertretung der gesetzlichen Arbeiterschutzvorschriften wurden in 618 Fällen 14 578,40 Frank Geldstrafe verhängt.

Von den sogenannten „Wohlfahrts-Einrichtungen“ erwähnen wir die zunehmende Ausbreitung des bezahlten Ferienurlaubs der Arbeiter.

Der ganze Verichtsband ist ein schätzbarer Beitrag zur sozialen Literatur.

Gerichts-Zeitung.

Ein kleines Vorspiel zu dem Prozeß des Schriftstellers Karl May gegen den Redakteur Rudolf Lebus wird am 9. August das Schöffengericht in Hohenstein-Ernstthal in Sachsen beschließen. Als Kläger tritt Karl May gegen den Waldarbeiter Richard Krügel auf. In diesem Prozesse handelt es sich hauptsächlich um die Behauptung, daß May mit mehreren anderen eine Räuberbande gebildet habe. Der Sachverhalt, der diesem Verleumdungsprozeß zugrunde liegt, ist folgender: Ende vorigen Jahres erschien bei dem Verklagten Krügel in Hohenstein der Redakteur Lebus und veranlaßte diesen, wie behauptet wird, ohne seinen richtigen Namen und den eigentlichen Zweck seines Kommens anzugeben, ihm etwas von dem Schriftsteller Karl May, dessen Geburtsort Hohenstein ist, zu erzählen. Lebus soll, wie von der Verteidigung May behauptet wird, dem K. unter allerlei Versprechungen, insbesondere, daß K. sehr viel Geld verdienen könne, die ungeheuerlichsten Behauptungen entlockt haben. Diese Angaben des Verklagten Krügel, die angeblich völlig aus der Luft gegriffen sein sollen, soll Lebus dann zu einem Angriffskrieg gegen May in der Nr. 15 des „Hund“ verwendet haben. In diesem Artikel wurde u. a. behauptet, May sei Räuberhauptmann gewesen, habe Worenschäden geplündert und sei auf Wildbühnen ausgegangen, und an allen diesen Taten sei ein gewisser Hieronymus Krügel beteiligt gewesen. Als milt-

lärische Hilfe requiriert wurde, habe May seinen Spiegelgesellen Krügel in Amstienerrath durch die Postenliste geschmuggelt. Ferner hätte die Bande unter Führung May die einzelnen Mitglieder als Feldmesser und Beamte verkleidet und ungehindert die vollkommen eingeschüchterte Bevölkerung ausgeplündert. May habe seinen Spiegelgesellen Krügel bis noch vor drei Jahren mit Geldmitteln unterstützt usw. — Wegen dieses Artikels erhob May zunächst gegen den eigentlichen Urheber, den Verklagten Krügel, die Privatklage. Krügel soll, wie behauptet wird, inzwischen zugestanden haben, daß ein Teil des Inhalts jenes Artikels von ihm, der andere Teil von Lebus erfunden sei, auch soll Krügel den Kläger schriftlich um Verzeihung gebeten haben. — Trotz des angeblich vorliegenden Geständnisses des Angeklagten Krügel hat der Kläger May durch die Rechtsanwälte Dr. Puppe-Berlin und Dr. Hausbold-Hohenstein weitere Verweigerungen über die geistliche Unmöglichkeit der ihm nachgefolgten Räuberzwecke stellen lassen. Außerdem haben auf Antrag der beiden Vertreter May amtliche Ermittlungen nach der Richtung hin stattgefunden, ob tatsächlich gegen May und K. Krügel, der seit 9 Jahren tot ist, wegen der ihnen nachgefolgten Räuberzwecke damals die zuständigen Behörden irgend eine ermittelnde Tätigkeit oder sonstiges veranlaßt hatten. Dies soll, wie von May behauptet wird, ein durchaus negatives Resultat gehabt haben, da den betreffenden Behörden nicht das geringste von diesen angeblichen Räuberzwecken bekannt ist.

Abgabe von Branntwein an Kinder.

Die Polizeiverordnung des Regierungspräsidenten inachen vom 13. April 1906 verbietet es den Gast- und Schankwirten und den Kleinhändlern, an Schüler Branntwein oder denaturierten Spiritus abzugeben. Wegen Uebertretung dieser Bestimmung war der Schankwirt Gabriel vom Landgericht Nachen zu einer Geldstrafe verurteilt worden, weil er einem zehnjährigen Schüler Schnaps verkauft hatte. Der Junge kaufte den Schnaps im Auftrage seines Vaters. Der Angeklagte hatte gegen die Anklage eingewandt, daß die Verordnung unzulässig sei. Sie stelle einen Eingriff in die Rechte der Eltern dar. Wenn die Eltern ihrem Kinde gebieten, es solle Schnaps holen, dann dürfe das nicht verhindert werden durch eine Polizeiverordnung, die die Abgabe von Schnaps an Kinder verbiete. Das Landgericht ließ diese Einwände nicht gelten. Die Verordnung sei gültig. Der Genuß von Branntwein sei den Kindern besonders schädlich. Dem könne im öffentlichen Interesse entgegen getreten werden durch ein Verbot an die Gast- und Schankwirte und Händler, an Kinder Branntwein nicht abzugeben. So könne den Gefahren entgegengetreten werden, die der Gesundheit jugendlicher Personen drohe. Ein Eingriff in die elterliche Gewalt liege nicht darin.

Das Kammergericht verwarf dieser Tage die gegen das Urteil eingelegte Revision mit folgender Begründung: Richtig sei allerdings, daß einem Vater nicht durch Polizeiverordnung verboten werden könne, an sein Kind Branntwein abzugeben. Er könne nicht mit Strafe bedroht werden, wenn er aus einer falschen Ansicht heraus seinem Kinde mal Branntwein gebe. Deshalb würde auch ein ganz allgemeines Verbot der Abgabe von Branntwein an Kinder unzulässig sein, weil damit zugleich den Eltern verboten wäre, an ihre Kinder Branntwein abzugeben. Um ein solches ganz allgemeines Verbot handele es sich hier aber nicht. Denn die Verordnung beschränke sich darauf, den Gast- und Schankwirten und den Händlern die Abgabe von Branntwein an Kinder zu verbieten. Das sei zulässig; dadurch werde auch nicht unzulässiger Weise in die Gewerbefreiheit eingegriffen. Der § 1 der Gewerbeordnung könne nicht so ausgelegt werden, daß irgend welche Vorschriften bezüglich der Ausübung des Gewerbebetriebes nicht erlassen werden könnten.

Rittergutbesitzer untereinander.

Am Mittwoch wurde, wie wir der „Königsberger Volkszeitung“ entnehmen, vor der Königsberger Strafkammer eine Anklage verhandelt, die die Sitten, den Terrorismus und die Intoleranz konservativer Rittergutbesitzer grell beleuchtet. Am 15. Februar trat ein liberaler Rittergutbesitzer Dring in einem Besamensein von Gutbesitzern und Inspektoren, die in einem Hotel in Rabinau sich zum Mittagessen hatten, für die Uebertretung des Reichstagswahlrechts auf Preußen ein. Diese Reinigungsäußerung brachte seine Kollegen ganz aus dem Häuschen. „Sie sind wohl Sozialdemokrat?“ und „Sie stellen sich ja mit Ihren Schwarzweilern auf eine Stufe!“ und ähnliches rief man dem Wahlrechtsvertechter zu. Und als dieser einem der Herren antwortete: „Ja, mit meinem Schwarzweiler wähle ich auch lieber zusammen, als mit Ihnen, der reicht Ihnen noch nicht einmal das Waschwasser hin, da wurde die Erregung so heftig, daß einer der Tischgenossen dem Rittergutbesitzer ganz persönlich vorwarf, er bereichere sich auf Kosten anderer Leute. Diese Verleumdung rächte der Angegriffene mit einer Ohrfeige, die er dem Rufer versetzte. Nun gerieten die Herren Agrarier in maßlose Wut. Drei von ihnen packten den Reichstagswahlrechtsvertechter und brachten ihn mit Gewalt zur Türe hinaus und durch ein weiteres Zimmer auf den Korridor, der zur Straße führte. Der Kellner, der Frieden stiften wollte, wurde während dieser Exekution von einem anderen Rittergutbesitzer im Hinterrzimmer festgehalten. Der Hinausgeworfene hatte aber wegen seiner Garderobe, seiner Jacke und der ihm zuteil gewordenen Behandlung noch mit dem Kellner zu sprechen. Er ging deshalb nochmals in das Vorderzimmer zurück. Im nächsten Augenblick kamen aber auch seine drei Hauswächser Gutbesitzer Kuwert, Rittergutbesitzer Gerlach und Zerahn schon wieder aus dem Hinterrzimmer heraus und während Kuwert rief: „Ist denn der Kerl noch da!“ packte Zerahn den Rittergutbesitzer Döring, und während er dem Mitangeklagten Gerlach einen Stock zureichte, rief er diesem zu: „Gauen Sie auf ihn los!“ Döring wurde nun, obwohl er sich zurückzog und von dem Kellner in Schutz genommen wurde, kräftig mit Stockschlägen traktiert. Der Kellner belam bei dieser Gelegenheit auch noch etwas ab; aber ihm gelang es schließlich doch, den Döring freizumachen.

Nach Feststellung dieses Tatbestandes meinte der Vorsitzende, daß die Herren doch wohl besser getan hätten, sich bei dem Schöffengerichtsurteil, das gegen Kuwert und Zerahn auf 80, gegen Gerlach auf 60 und gegen Döring auf 30 M. erkannt hatte, zu begnügen und den „traurigen Abend“ ruhen zu lassen. Bei der Urteilsbegründung führte der Präsident sehr richtig aus: „In einem konstitutionellen Staatswesen müßte man die gegenteiligen Ansichten einfach ertragen, so wie wir von anderen unsere Ansichten ertragen haben wollen. Daran erkenne man die Befähigung zum politischen Leben. Die Angeklagten hätten aber ein für gebildete Leute unwürdiges Benehmen an den Tag gelegt. Der Angeklagte Döring habe sich zweifellos durch die Angriffe, die gegen ihn in der Unterhaltung unternommen wurden, stark gereizt gefühlt. Deshalb sei 30 M. Geldstrafe für die Körperverletzung, die in der dem Kuwert versetzten Ohrfeige liege, als ausreichend erachtet worden. Wegen Kuwert, der sich an dem gewaltsamen Hinausbringen seines Widersachers beteiligte, wurden wegen Mithaft ebenfalls 30 M. Strafe festgelegt. Die Rittergutbesitzer: Zerahn und Gerlach wurden wegen Mithaft zu 30 M. und wegen der Körperverletzung mit dem Stock bzw. Anstiftung dazu jeder zu weiteren 70 M. Geldstrafe verurteilt.“

Die Niedrigkeit der gegen die Rittergutbesitzer Kuwert, Zerahn und Gerlach erkannten Strafen findet wohl in der gerichtlich attestierten politischen Antriebe dieser Herren ihren Grund. Das sind die Säulen der Junkerischen Macht.

Eingegangene Druckschriften.

„In freien Stunden“. Heft 28 und 29 liegen uns vor und bringen die Fortsetzung des im Heft 17 begonnenen Romans von Th. G. Gaine „Der rote Falon“ sowie des Romans „Eigene Kraft“ von Renée Kenyon. Neuzugelrende Momente erhalten die ersten Hefte nachgeliefert. Bestellungen zum Preise von 10 M. nehmen alle Buchhandlungen, Kolporteurs und Expeditionen entgegen. Preisnummern gratis vom Verlag Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW. 68.



A. WERTHEIM

G. m. b. H.

LEIPZIGER STR.



ROSENTHALER STR.

ORANIEN-STR.

MONTAG UND DIENSTAG EXTRA-PREISE

PORZELLAN

Porzellan, Weiss

- Speiseteller tief 16 Pf. flach . 13 Pf.
- Dessertteller 9 Pf.
- Kompotteller 7 Pf.
- Terrinen 1.10, 1.25
- Kartoffelnäpfe 65 Pf.
- Saucieren 45 Pf.
- Bratenschüsseln oval 25 bis 80 Pf.
- Kompottschalen 33, 45, 55 Pf.
- Kaffeekannen 25, 45 Pf.
- Teekannen 45 Pf.
- Milchtöpfe 8, 12, 15 Pf.
- Tassen 12 Pf.
- Zuckerboxen 15 Pf.
- Obstservices reich dek. 7 tellig . . 85, 95 Pf.
- Dessertteller reich dekoriert . . 23 Pf.
- Kaffeervices für 6 Personen 2.25, 3.35, 3.50, 4.00
- 9 tellig
- für 12 Personen, 16 tellig 5.25, 7.00, 8.25

Obstkörbe, Teller und Schalen

mit durchbrochenem Rand und Golddekoration.

Restbestände

zu enorm herabgesetzten Preisen.

- Körbe oval 40, 70, 80, 90 Pf.
- Körbe rund 50, 70, 90 Pf.
- Teller 16, 28, 40, 90 Pf.

Ein Posten

Wandteller früher 75 Pf. Jetzt 38 Pf.

Ein Posten

- Tassen blau Unterglasur, früh. 45, 65 Pf. Jetzt 30, 40 Pf.
- Kaffee- u. Teetassen jetzt 20 Pf.
- feines dünnes Porzellan, mit Goldbord., früh. 30, 33 Pf.
- Kaffee- und Teetassen feines dünnes Porzellan, mit Meissner Blumenmuster, früher 30, 33 Pf. Jetzt 22 Pf.

Tafel- und Kaffeegeschirr „Violetta“

zartes Blumenmuster, Marke „Rosenthal“

- Speiseteller tief oder flach 50 Pf.
- Dessertteller 42 Pf.
- Kompotteller 25 Pf.
- Terrinen 5.40
- Kartoffelnäpfe 3.00
- Saucieren 1.80
- Bratenschüsseln oval 1.65, 2.70, 4.25, 4.75
- Bratenschüsseln rund, tief od. flach 2.00
- Kompottschalen 95 Pf., 1.40
- Salzgefäße 50 Pf.
- Senfgefäße 90 Pf.
- Kuchenteller 80 Pf.
- Kaffee- od. Tee-Tassen 55 Pf.

- Kaffeervices für 2 Personen, mit Tablett 6.75
- Kaffeervices für 6 Personen, 9 tellig 6.00
- Kaffeervices für 12 Pers., 16 tellig 12.75

Pressglas

- Bierbecher mit Goldrand . . 7, 10 Pf.
- Bierbecher mit Bordüre 10, m. starkem Boden . . 12 Pf.
- Selterbecher mit Muster 8 Pf.
- Bierkannen gepresst 32, 40, 50 Pf.
- Wassergläser gepresst . . . 5, 6 Pf.
- Sturzflaschen mit Glas, glatt . 22 Pf.
- Sturzflaschen mit Goldrand . . 25 Pf.
- Zitronenpressen gepresst 7, 8 Pf.
- Butterboxen gepresst 25 Pf.
- Käseglocken gepresst . . 32, 38 Pf.

GLASWAREN

- Ein Posten Weinrömer . . . 22 Pf.
- Ein Posten Weingläser . . . 12 Pf.

Ein Restposten

- Kristall-Weinkelche 22 Pf.
- Kristall-Bierbecher 22 Pf.
- Kristall-Weinkaraffen . . 1.25

Ein Posten gepresster

- Kompott- oder Salatschalen früher 15 u. 30 Pf., jetzt 8 u. 15 Pf.
- Kompotteller dazu passend, früher 6 Pf. Jetzt 3 Pf.

Schleifglas

- Bierbecher geschliffen, m. Perlrand 25 Pf.
- Bierkannen reich geschliffen 90 Pf., 1.10, 1.40
- Likörgläser auf hoh. Stiel 27, m. Goldrand . . 35 Pf.
- Kompottschalen 27 bis 95 Pf. geschliffen, 1 Reihe Olivenmuster

Trinkgarnitur „Admiral“, graviert. Kelch

- Rotwein- oder Rheinweingläser 27 Pf.
- Champagner-Schalen 40 Pf.
- Madeiragläser 25 Pf.
- Biertulpen 40 Pf.
- Likörgläser 23 Pf.
- Bierbecher 25 Pf.
- Bowlengläser 33 Pf.
- Selterbecher 22 Pf.
- Champ.-Kelche 33 Pf.
- Wasserbecher 23 Pf.

STEINGUT

- Speiseteller tief od. flach, blaues Zwiebelmuster 9 Pf.
- Dessertteller blaues Zwiebelmuster 8 Pf.
- Kompotteller blaues Zwiebelmuster 7 Pf.
- Terrinen 1.10, 1.40, 1.65
- Kartoffelnäpfe 75 Pf., 1.10
- Saucieren 70 Pf., 1.10
- Bratenschüsseln oval 23 Pf., 1.10
- Milchtöpfe gebaute Form 27 bis 85 Pf.
- Satz Kompottschüsseln blau 6 Stück 1.10, 1.50
- Tassen 14 Pf.

Küchengeräte „Orient“

eckige Form, mit farbigem Randmuster, 22teilig, früherer Preis 14.00 Mk., jetzt 8.50

Küchengeräte „Ines“

eckige Form, mit reicher Empire-Golddekorat., 23teilig, fr. 22.90 Mk., jetzt 13.50

Englisches Tafel- und Kaffeegeschirr

feine Fayence, mit reicher farbiger Dekoration, zu besonders herabgesetzten Preisen.

- Bratenschüsseln oval 60, 95 Pf., 1.20, 2.00
- Kartoffelnäpfe 2.25
- Saucieren 1.25
- Terrinen 4.00, 5.00
- Speiseteller tief oder flach 30 Pf.
- Dessertteller 25 Pf.
- Salatteller 55 Pf.
- Beilagschalen 50 Pf.
- Butterboxen 1.25
- Kaffeekannen 90 Pf., 1.25
- Milchtöpfe 25, 30, 42 bis 1.20
- Zuckerschalen 22 Pf.
- Tassen 33 Pf.

Satz Kompottschüsseln

weiss 6 Stück 90 Pf. bis 1.10

- Milch- und Wasserkrüge mit blauem Randdekor 18, 22, 30 Pf.
- Sardinendosen mit blauem Randdekor 70 Pf.

Ein Posten

Waschgarnituren

6 teilig, früher 15.00 bis 32.00 jetzt 9.00 bis 20.00

- Toiletten-Eimer mit Einlage u. Rohrbügel weiss 2.45, mit Gold 3.85

Besonders preiswert:

Glas-Einmachehafen

- 1/5 1/6 3/7 1/9 1 1 1/2 2 2 1/2 3 4 Liter
- 5 6 7 9 11 13 16 20 27 Pf.

Literarisches.

Ueber Leichen!

Als im September vorigen Jahres der Verein für Sozialpolitik in Wien seinen Kongress abhielt, wurde daselbst über den Begriff der Produktivität in der Volkswirtschaft allherd Seltsames geredet, worüber die Zeitungen lang und breit berichteten und die Öffentlichkeit das erstaunte. Jetzt ist nun der stenographische Bericht jener Verhandlungen im Druck erschienen, und es ergibt sich daraus, daß der Kongress nach jenen Diskussionen allein denn doch nicht beurteilt werden darf. Ueber der damaligen Konfession ist manches viel Wertvollere, das der Kongress gebracht hat, übersehen worden. Wir rechnen dahin unter anderem einen Vortrag des Professors Otto Kammerer (Charlottenburg) über den „Einfluß des technischen Fortschritts auf die Produktivität“.

Der Einbau eines solchen Kettenrosts in ein Kesselhaus hatte wirtschaftlich folgendes Ergebnis: Vor dem Einbau waren 64 Heizer und 2 Oberheizer nötig, die zusammen einen Lohnaufwand von 0,164 M. für eine Tonne Dampf erforderten. Nach dem Einbau waren nur noch 20 Heizer zur Regelung der Kettenrostbewegung beschäftigt, sowie 2 Oberheizer und 2 Maschinenisten zur Instandhaltung.

Wir haben dieses erste Beispiel so ausführlich wiedergegeben, weil es gleich die ganze Sachlage veranschaulicht. Es folgt nun eine Fülle von sehr lehrreichen Tatsachen, die alle das Folgende zeigen: Im Bergbau z. B. wird das Vordringen der Kohle wie des Erzes in der Hauptfache noch immer mit der Hand gemacht; auch zur Förderung des gewonnenen Materials können nur teilweise Maschinen gebraucht werden.

Im Jahre 1850 betrug die Kohlenförderung 130 Tonnen auf einen Mann, 1890 war sie auf das Doppelte gestiegen; aber auch der Durchschnittslohn war von 500 auf 1200 M. gestiegen. Ebenfalls stiegen die Ausgaben für Maschinenkraft pro Tonne Kohle. Ingesamt sind daher die Herstellungskosten von 5,20 M. auf 6,90 M. pro Tonne gewachsen.

Wir würden ja diese Gedanken etwas anders fassen, wir würden nachdrücklich darauf hinweisen, wie aus diesen technischen und wirtschaftlichen Tatsachen mit zwingender Notwendigkeit folgt, daß die Mitleid und der Wohlstand eines Volkes — und damit zugleich seine Macht und Größe — nicht abhängen von seinen Außenbeziehungen fürs Militär, sondern von der allgemeinen und beruflichen Bildung seiner Arbeiterschaft — jedoch wollen wir darüber mit dem Professor nicht rechten; in der Sache meint er ja so ziemlich dasselbe. Aber — nun kommt das große Aber! In der Freude über diese Erfolge berauscht er sich dermaßen, daß er die Rehrseite gar nicht mehr sieht, obgleich er sie doch wahrlich selber deutlich genug angegeben hat.

*) Verhandlungen des Vereins für Sozialpolitik in Wien 1900. Leipzig, Dunder u. Humblot, 1910. 687 Seiten. Preis 14 M.

einem Stahlwerk waren zum Transport der glühenden Blöcke ursprünglich 23 Mann erforderlich, nach dem Einbau eines Blocktransports mit gesteuerter Range nur noch 7 Mann, wodurch die Förderkosten von 80 auf 44 Pf. pro Tonne vermindert wurden. — Schließlich noch ein Beispiel aus der Straßenreinigung: Die Reinigung der Straßenbahnschienen durch Handarbeit verursacht Kosten im Betrage von 1,03 M. auf 1 Kilometer Gleis. Die neuerdings in Hannover eingeführte Reinigung durch einen mit Brause, Rütteltrichter und Vakuumreiniger ausgerüsteten elektrisch betriebenen Straßenbahnwagen erfordert nur 28 Pf. pro Kilometer.

Wenn diese Behauptung des Professors Kammerer — die nur der Fachmann nachprüfen kann — richtig ist, dann bedeutet das zweifellos eine wichtige Wendung in unserer wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung. Eine wesentliche Ursache, die das Leben des Arbeiters so trostlos macht, war ja die, daß im Gang der Entwicklung die Arbeit immer mechanischer, eintöniger, inhaltsloser, aber und dadurch lästiger geworden ist.

Es wird daher eine Fachausbildung in der Zukunft wertvoller sein als irgend eine Kranken- oder Altersversicherung. Man wird aus der Erkenntnis der jüngsten maschinentechnischen Entwicklung die Schlussfolgerung ziehen dürfen, daß die industrielle Zukunft nicht dem Staat mit der größten Einwohnerzahl, sondern dem Staat mit der intelligentesten, tüchtigsten und bestausgebildeten Bevölkerung gehören wird.

Wir würden ja diese Gedanken etwas anders fassen, wir würden nachdrücklich darauf hinweisen, wie aus diesen technischen und wirtschaftlichen Tatsachen mit zwingender Notwendigkeit folgt, daß die Mitleid und der Wohlstand eines Volkes — und damit zugleich seine Macht und Größe — nicht abhängen von seinen Außenbeziehungen fürs Militär, sondern von der allgemeinen und beruflichen Bildung seiner Arbeiterschaft.

Aber — nun kommt das große Aber! In der Freude über diese Erfolge berauscht er sich dermaßen, daß er die Rehrseite gar nicht mehr sieht, obgleich er sie doch wahrlich selber deutlich genug angegeben hat. Er vergißt ganz und gar, erwähnt mit keinem Worte mehr, daß diese ganze Entwicklung auch in der von ihm so gepriesenen Form doch stets über Leichen vor sich geht, über die Leichen verhungerrter Arbeiter und Arbeiterinder!

Das wäre also nach seiner Meinung ohne weiteres ein wirtschaftlicher Fortschritt von großer Tragweite, weil „man“ keinen Streik der Schauerleute mehr zu befürchten brauchte. In der Tat ein Fortschritt. Aber für wen? — Für die Kapitalisten! Was die Arbeiter anbetrifft, so würden einige wenige mit etwas erhöhtem Lohn qualifiziertere Arbeit verrichten, die große Masse würde in die Arbeitslosigkeit, ins Elend, in den Hunger hineingeworfen.

weiteres ein wirtschaftlicher Fortschritt von großer Tragweite, weil „man“ keinen Streik der Schauerleute mehr zu befürchten brauchte. In der Tat ein Fortschritt. Aber für wen? — Für die Kapitalisten! Was die Arbeiter anbetrifft, so würden einige wenige mit etwas erhöhtem Lohn qualifiziertere Arbeit verrichten, die große Masse würde in die Arbeitslosigkeit, ins Elend, in den Hunger hineingeworfen.

Wir haben nicht nötig, die näheren Zusammenhänge auseinanderzusetzen, sie sind unseren Lesern bekannt. Selbstverständlich besteht der ökonomische Fortschritt in der Erzielung größerer Resultate unter Aufwendung von weniger Arbeit. Aber diese Tatsachen aus der allerneuesten Entwicklung zeigen wieder einmal, daß unter der Herrschaft des Kapitalismus der Fortschritt nur über die Leichen der Arbeiter geht.

Amlicher Marktbericht der städtischen Markthallen-Direktion über den Großhandel in den Zentral-Markthallen. Markttag: Fleisch: Zufuhr schwach, Geschäft ruhig, Preise unverändert.

Witterungsübersicht vom 30. Juli 1910, morgens 8 Uhr.

Table with 10 columns: Stationen, Barometerstand, Windrichtung, Windstärke, Wetter, Temp. in d. Sch. u. in d. N., Stationen, Barometerstand, Windrichtung, Windstärke, Wetter, Temp. in d. Sch. u. in d. N.

Wetterprognose für Sonntag, den 31. Juli 1910. Gleichmäßig warm und schön, vielfach heiter, aber veränderlich bei meist schwachen südwestlichen Winden, etwas Regen und Gewitterneigung.

Wasserstands-Nachrichten der Landesanstalt für Gewässerkunde, mitgeteilt vom Berliner Wetterbureau.

Table with 4 columns: Wasserstand, am 29. 7., seit am 28. 7., Wasserstand, am 29. 7., seit am 28. 7.

„Schweizerhof“ Melerei und Milch-Kuranstalt. Vollmilch u. Kindermilch zu jeder Tageszeit frei Haus zu den üblichen Preisen.

J. Baer Badstr. 26 Ecke Prinz-Allee Herren- und Knaben-Moden, Berufskleidung. Eleg. Paletots. Grobes Stofflager zur Anfertigung n. Maß.

Gartenstadt Hohen-Neuendorf Wald (Nordbahn) Wasser. Billigstes, schönstes Gelände rund um Berlin.

10 Mark monatliche Teilzahlung, liefert elegante Herren- und Damenkleidung nach Maß.

KIOS - Kurprinz 3 Fürsten 4 Welt-Macht 5 Pfg. Türk. Tabak- & Cigaretten-Fabrik „Kios“ o. E. Robert Böhme, Dresden.

Bekanntmachung. Seit einiger Zeit hat sich hier das Gerücht verbreitet, daß ich zum 1. Oktober meine Wohnung räumen wolle.

Herzenswunsch. Aller ist ein sartes, reines Gesicht, rosiges jugendliches Aussehen, weiße, sammetweiche Haut und blendend schöner Teint.

Borussia-Festsäle. Inhaber: Georg Wolffgramm. Ackerstr. 6/7. Telefon: Ackerstr. 6/7.

Zur bevorstehenden Herbstsaison noch einige Sonnabende und Sonntage frei. Achtung! Vereine und Theatervereine!

Englischer Garten. Alexanderstraße 27 c. Tel.: Amt VII 10828. Im August und September einige Sonnabende und Sonntage frei.

Heinrich Franck. Tel.: Amt III 4382. Brunnen-Str. 185. 8 bis 7 Uhr geöffnet. Sumatra-Decke 240 Pfg. verz.

W. Hermann Müller. Berlin, Magazinstr. 14. Sumatra 6694 a 2.50 verzollt. II. Länge Vollblatt.

Die reellsten und billigsten Möbel. und Polsterwaren auf Teilzahlung zu Kassapreisen und Zinsvergütung erhält man in der seit 32 Jahren bestehenden Möbel-fabrik unter 10jähriger Garantie.

Charlottenburg. Großer Saison-Ausverkauf von guter Herren- und Knaben-Bekleidung zu enorm billigen Preisen der Firma S. Hoffmann.

Staunen erregt Herkules-Bleich-Seifenpulver a Pfund 15 Pf. Chemische Fabrik Kevella. Wollankstr. 64. Telefon: Amt III, 4756.

Syphilis-Nachwals. in allen frisch u. veraltet, zweifelhafte Fälle durch wissenschaftl. Untersuchung, sofort! bezgl. Darm (bez. auf Gonorrhoe-Zähen) u. Spinal-Analysen.

Magerkeit. schwindet durch Haufe's Nährpulver „Thalossia“. Preisgekrönt Berlin 1904. In 6 Wochen 24 Pfund kräftig kontrollierte Zunahme.

Karow eine Station Buch. Schönst. Villenort, R. v. 12 M. an, 20 Pl. v. Stett. BfH. 25 Min. Fahrt, 10 Pl. v. Pankow-Schönb.

Wegen Aufgabe unserer Verkaufsräume, Rohstraße 2 Anzugstoffe, Winter-Paletotstoffe, Damentuche. Koch & Seeland, Gesellschaft m. b. H. Rohstraße 2.

Theater und Vergnügungen

Lessing-Theater.
 Sonntag 8 Uhr: Kasernenluft.
 Montag 8 Uhr: Wiederbeginn der
 Vorstellungen des Lessing-Theater-
 Ensembles: Das Konzert.

Residenz-Theater.
 Direktion: Richard Alexander.
 Anfang 8 Uhr.

Im Taubenschlag.
 Schmaus in 3 Akten von Hennequin
 und Heber.
 Morgen und folgende Tage dieselbe
 Vorstellung.
 Sommer-Preise.

Berliner Theater.
 Heute 8 Uhr: **Taifun.**
 Morgen: **Taifun.**

Neues Theater.
 Anfang 8 Uhr.
 Montag und folgende Tage:
Kasernenluft.

Neues Operetten-Theater.
 Heute und folgende Tage 8 Uhr:
Der Graf von Luxemburg.
 Sonntag nachmittags 3 Uhr zu er-
 mäßigt. Preisen: Die Dollarprinzessin.

Theater des Westens.
 Anfang 8 Uhr.
Die geschiedene Frau.
 Operette von Leo Fall.

Luisen-Theater.
 Nachm. 3 Uhr: **Die Waise.**
 Schauspiel in 5 Akten v. G. Müllerfeldt.
 Abends 8 Uhr:

Der Graf von Monte Christo.
 Schauspiel in 7 Akten nach A. Dumas.
 Montag und folgende Tage: **Der
 Graf von Monte Christo.**

Berliner Volksoper.
 Montag, den 1. August, 1/2 9 Uhr:
 Gastspiel des Renen Schauspielhauses:
Hilf-Heidelberg.

Lustspielhaus.
 Abends 9 Uhr:
Das Leutnantsmündel

WINTERGARTEN
 Schluß der Saison!
 Zum letzten Male:
La Tortajada
 in ihrer neuesten Schöpfung:
 „Abenteuer eines Toreros“
 sowie die
 12 sensationellen Attraktionen 12
 des Juli-Programms!

Wieder-Eröffnung
 Mittwoch, den 17. August.

Apollo Theater
 Heute!
Letzter Tag
 des sensationellen
Juli-Programms.

Stadt-Theater Moabit
 Alt-Moabit 47/49.
Täglich:
**Konzert, Theater,
 Spezialitäten.**

Herrnfeld Theater
 Die größten Schlager
 der letzten Saison:

Die Welt geht unter! und
Wenn zwei dasselbe tun
 mit Anton und Donat Herrnsfeld.
 Mittwoch, 11-12 Uhr. Anf. 8 Uhr.

Max Kliems Sommertheater
 und Festsäle.
 Inh.: Rudolf Krüger.
 Hasenheide 13/15, vis-à-vis v. Turnpl.
Täglich:

**Große Theater- u. Spezialitäten-
 Vorstellung.**
 Artist. Leitung: Walter Gravenitz,
 Kapellmeister: Max Wolffheim.
 Jeden Donnerstag: **Elite-Tag!**
 Anfang: Wechent. 8 Uhr, Sonnt. 1/2 9 Uhr.

Urania.
 Wissenschaftliches Theater.
 Taubenstraße 49/49.
 Sonntag und Montag 8 Uhr:
Die Insel Rügen.

ZOOLOGISCHER GARTEN
 Heute Sonntag:
 — Eintritt 50 Pf. —
 Kinder unter 10 Jahren
 die Hälfte.
 Ab nachmittags 4 Uhr:
Gr. Konzert
 (3 Kapellen).
 Morgen sowie täglich: **Militär-
 Doppel-Konzert.**

Berliner Aquarium
 Unter den Linden 68a
 Eingang Schadow-Str. No. 14.
 Heute Sonntag Eintrittspreis:
25 Pf.
 Reichhaltigste Ausstellung der
 Welt an lebenden Seetieren,
 Reptilien-etc.

Gr. Berliner Kunstausstellung 1910
 30. April bis 2. Oktober.
 Am Park täglich Doppel-Konzert.
 Eintritt: 10-6 Uhr 1 R., v. 6 Uhr ab
 50 Pf., Sonntags 50 Pf., Dauer: 6 R.

Ausstellungshalle am Zoo.
**Kinematographische
 Vorführungen.**
 Nachmittagsvorstellung 5-6 1/2 Uhr
 Eintritt 50 Pf.
 Abendvorstellung 8-11 Uhr.

Metropol-Theater
Hallo!!!
Die große Revue!
 In 6 Bildern von Jul. Freund.
 Musik v. Paul Lincke. In Szene
 gesetzt vom Dir. Rich. Schultze.
 Anfang 8 Uhr. Rauchen gestattet.

Passage-Theater.
 Heute Sonntag: 2 Vorstellungen,
 nachm. 3-7 Uhr kleine Preise,
 abends 8-11 Uhr.
Letzter Tag!
**Der spanische
 Caruso**
 Senor Orduna,
 der stimmungsvollste Tenor,
 der je gehört wurde,
 u. das große Juli-Programm.

Volgt-Theater
 Gejandbrummen. Abdr. 58.
 Sonntag, den 31. Juli
 1/2 9 Uhr **Bineta.** 1/2 9 Uhr
 Gr. romant. Lebensbild mit Gesang
 und Tanz in 3 Akten von G. Schulz.
 Letzter Tag
 des großen Juli-Programms.
 Kaffeeeröffnung 3 Uhr. Anf. 4 Uhr.

ROSE=THEATER
 Große Frankfurter Str. 132.
 Zum ersten Male:
Ein seltsamer Fall.
 Schaut. Schauspiel in 4 Akten
 von Morton u. Gunder. Anf. 8 Uhr.
Kauf der Gartenbühne: Theater-
 vorstellung, Spezialitäten, großes
 Konzert. Anfang 4 Uhr.

**Sommer-Theater
 Café Bellevue**
 am See und
 Bahnhof Stralau-Rummelsburg.
Täglich:
 * Spezialitäten *
Theater, Konzert.

Folies Caprice
 Anfang 8 1/2 Uhr. Ende 10 1/2 Uhr.
Die böse 13.
Die keusche Toinette.
Der Athlet.
Pariser Ehen.

Berliner Prater-Theater
 Kastanienallee 7-9.
Täglich:
Schützenlied.
 Spezialitäten, Konzert und Ball.
 Anfang 4 1/2 Uhr. Entree 30 Pf.

Schiller-Theater.
 Schiller-Theater O. (Wallner-Theat.)
Gottscheid-Oper.
 Sonntag, nachm. 3 Uhr
 bei ermäßigten Preisen:
 Martha oder: Der Markt zu Richmond.
 Sonntag, abends 8 Uhr:
 Das Milchmädchen aus Schöneberg.
 Montag, abends 8 Uhr:
 Volkstümli. Borst. bei ermäßig. Preisen:
 Zum letzten Male: **La Traviata.**

Sung-Park
**TERRASSEN
 HALENSEE**
 Größter Vergnügungspark
 des Kontinents.
 Originelle Attraktionen. Die gr. Sehenswürdigkeit Berlins.
Täglich Translatour- und Militärkapellen.
 Demnächst: **Tanagra**, das achte Weltwunder.
 Eintrittspreis 50 Pf.

Schloß Weißensee.
 Jeden Sonntag
Gr. Militär-Konzert.
 Parade-, Wasser- und Höhen-Feuwerk.
 Letztes Aufsteigen des Passagierhallons Deutschland.
Gr. Theater- u. Spezialitäten-Vorstellung.
 Im Bal champêtre: **Grand-Elite-Ball.**
 Anfang 8 1/2 Uhr.
 Entree 30 Pf. incl. Spezialitäten-Vorstellung.

Victoria Theater
**Schönste
 Lichtbild-
 Bühne
 Berlins**
 im künstlerisch ausgestatteten Theateraal der
 Prachtsäle des Ostens, Frankfurter Allee 151.
 Jetzt neues erhelltes, unterhalt. und belehrendes Programm.
Theater-Orchester der amerik. hervorrag. Kapelle Revelli Boedecker
 unter persönlicher Leitung des ital. Organisten **Maestro
 Fedele Revelli** vom kgl. Konservatorium in Neapel.
 Das Theater ist ausgestattet mit den neuesten technischen Er-
 zeugnissen der modernen Kinematographie.
Programm frei. Entree 30 Pf. Keine Nachzahlung.
Neu! Eröffnet Neu!
 NB. Schläger dieser Woche:
 „Tapinto“, spanisches amerik. Drama. 2812

Achtung! Diez' nur Achtung!
Seeterrasse Lichtenberg
 Röderstraße 11/13. Zwischen Landsberger Allee und Röderplatz.
 Größtes und schönstes Lokal Berlins.
 Bei ungenügender Bitterung
 Schuß für 8000 Personen. — **Täglich:**
 Ob schön! ob Regen: **Gr. Konzert.** Aufstreten der
besten Turmschiffkünstler der Welt The. Lipolla.
The 3 Blackburns, phänomenaler Luftleiter-Mst. Gr. Vortreffl.:
Gustav Looser Comp. Sensations-Pantomime, ein Spekt in
 einer hochinteressanten Weltausstellung. — **Tutti Krill und Gustav
 Müller**, Original-Humoristen
 mit ihren wunderbaren aktuellen politisch-satirischen Schlagern und das
neue beste Programm Berlins.
Jeden Sonntag: Riesen-Feuerwerk und Ball.
 Jeden Dienstag: **Großes Kinder-Freudenfest.**
 Anfang 3 Uhr. Wochentags 4 Uhr. Gesamteintritt 20 Pf. Kinder frei.
 Um gütigen Zutritt bitten
 Louise und Waldemar Diez.

Ober-Schöneweide, Ernst Höfliches Waldstraße 73/74.
 „Krug zum grünen Kranz“ (Mittelpunkt der Erde).
 Garten, Restaurant und Gesellschaftssaal.
 Station Sabota und Rieder-Schöneweide-Bahnhof.
Jeden Sonntag: Großer Ball. Rache und Keller in
 bekannter Gäte.
Jeden Dienstag: Großes Kinderfest.
 Vereine und Gesellschaften bestens empfohlen. **H. Höflich.**

Spree-Garten Treptow.
 Gegenüber der Sternwarte.
 Erstklassiges, größtes Konzert-Etablissement Treptows.
 Heute Sonntag, den 31. Juli 1910:
Großes Militär-Konzert.
 Kapelle des Inf.-Regts. v. Stülpnagel. Kgl. Obermusikmeister
 Anfang 4 Uhr. **Eberl.** Entree 20 Pf.
 Im Riesen-Festsaal:
Großer Ball.
 3 Tanzmaitre. Ballmusik der Hauskapelle. 3 Tanzmaitre.
Voranzeige! Nächste Woche: Elltewoche im Spree-Garten.

Castans Panoptikum
 Friedrichstr. 165 (Pachorpal).
Größtes Schautabslissem. Berlins.
 Im neu renovierten Konzertsaal
 nachmittags und abends
Gr. Konzert erster Künstler.
 Täglich geöffnet von 9 Uhr
 vorm. bis 10 Uhr abds.
 Eintritt 50 Pf., Militär ohne
 Charge und Kinder 25 Pf.

**CIRCUS
 CYRILL HALE**
 Berlin, Potsdamer Straße
 früherer Alt.r Botan. Garten.
 Fernruf:
 Amt 6. 129.

Sonntag, den 31. Juli:
2 Vorstellungen 2
 nachmittags 4 Uhr
 und abends 8 1/4 Uhr.

Passage-Panoptikum.
Unwiderruflich!
**Heute
 Abschieds-
 Vorstellung!**
 Die zusammengewachsenen
**Schwestern Blazek
 und ihr Kind.**
 Von 11-1 Uhr mittags
 u. von 3-10 Uhr abends zu sehen.
Kein Extra-Entree!
 Eintritt 50 Pf., Kinder und
 Soldaten 25 Pf.

BBB
 Brunnenstraße 10.
**Das größte Kino-
 Theater Berlins.**
Neues Programm.
 Eintritt 30 Pf.

Puhmanns Theater
 Schönb. A. 148 — Kastanien-A. 97/99.
 Wenn schön — im Garten!
 Wenn Regen — im Saal!
Die Tochter der Hölle
 Dazu die brillanten Spezialitäten.
 Anfang wochent. 1/2 5, Sonnt. 1/2 4 Uhr.
 Entree wochent. 20 Pf., Sonnt. 30 Pf.
 Mittwoch zum ersten Male: **Ver-
 liebt die Mädchen.** Sonnabend, den
 6. Aug.: Benefiz für Frau Alice Reich:
Die Blumenfeste.

**Victoria-
 Brauerei, Lützowstr. 111/112**
 Im Garten oder Saal: **Täglich
 Gr. humorist. Solree.**
 (Gesangs-Vortr. Theater und
 Varietés-Vorstellungen.)
 Sonntags, Dienstags, Donnerst.
 und Sonnabends: **Tanzkränzen.**
 Anf.: Wochentags 8, Sonntags
 7 Uhr. — Alle Vons gültig.
 Im Restaur.: Mittagslich 75 Pf.
 Gr. u. N. Säle zu Festlichkeiten
 aller Art. **Max Sanger.**

Königstadt-Kasino.
 Holzmarktstr. 72. Ude Heranderstraße.
 (Inhaber: Max Schindelhauer).
 Im herrlichen Naturgarten (bei un-
 genügender Bitterung im Theateraal).
**Täglich: Gund Konjul' und Foto-
 drama ???** Wajini, d. d. Ent-
 fesselungskampf, um Goldschieß
 Tochterlein, Volkst. u. Sonnt. 5 Uhr.
 Anfang wochent. 7 1/2, Sonnt. 5 Uhr.

Volksgarten-Theater
 früher Weimann.
 Abdr. 8, Behm u. Belferstraße.
**Täglich: Konzert, Theater- und
 Spezialitäten-Vorstellung.** Das neue
 Spezialitäten-Programm. Zur Aufführ. gel.:
Der Goldentel. Lebensbild mit
 Gesang u. Tanz in 3 Akten v. R. Eimar.
 Jed. Donnerst.: **Gr. Brillant-Feuwerk.**

Reichshallen-Theater.
 Heute: **Letztes
 Gastspiel
 Winter
 Tynian**
 mit seiner berühmten
 Herren-Gesellschaft
 Anfang 7 Uhr.
 Morgen, d. 1./8.:
**Wiederbeginn der
 Solree** der
Stettiner Sänger.

Burgtheater-Kinematograph
 vorm. Graterjas, Inhab.: Rud. Merz,
 Schönhauser Allee 129, Tel. 3. 9353.
Lebende Photographien.
 Während der Sommermonate nur
 Sonnabend, Sonntag u. Montag.
 Eintritt 50 u. 40 Pf., Kinder die Hälfte.
 Anf. 7 U., Sonnt. 4 U. Vorzugskarten,
 nur wochent. gültig. 25 Pf. auf allen
 Plätzen. **Steid wech. Progr. Jed.
 Sonnt. i. Oberaal: Kunstkonzert.**
 Entree 15 Pf. Garderobe 10 Pf.
 N. d. Konzert: Familien-Kränzen.
 Täglich: **Freiungert.**

Schweizer Garten
 Am Königstor — Am Friedrichshain.
 Täglich um 9 1/2 Uhr:
Berliner Herzen.
 Volkstück mit Ges. in 2 Akt.
Neue Spezialitäten.
 Volksbelustigungen, Tanz.
 Anfang 5 Uhr. Entree 30 Pf.

Konzertpark
 des
 Friedrich-Wilhelmstädtischen
 Schauspielhauses.
Täglich
Gr. Militär-Konzert.
 Anfang: Sonntags 5 Uhr.
 Wochentags 7 Uhr.

Vereins-Brauerei
 Rixdorf, Hermannstr. 214/219.
 Oekonom: Max Wendt.
Täglich:
Gr. Militär-Konzert.
 Anfang wochentags 7 Uhr.
 Sonntags 4 Uhr.

Kreuzberg-Festsäle und Garten
 Def. Otto Ernst, SW. Kreuzbergstr. 48
 Jeden Sonntag: **Große
 Spezialitäten-
 Vorstellung** (Paul Joscheks
 Ensemble). Entree frei Prog.
 pro Person 10 Pf. — Jeden
 Montag: **Hoffmanns
 Nordd. Sänger.** —
 Jeden Freitag: **Die lustigen
 Kalauer.** Daffel u. Vorzugsl.
 gültig. Günstige Sommerabende
 unt. auf. Deb. an Vereine zu vergeben.

Ra Ja.
 kaum hat man den Rücken gemandt,
 dann geht es los — in
Nible's Festsäle
Dennewitzstraße 13.
 Jeden Donnerstag, Sonnabend
 und Sonntag: 1925*
Großer Saal.

Alhambra
 Wallner-Theaterstraße 15.
Jeden Großer Ball
 Sonntag:
 Großes Orchester. Anfang Sonntags
 5 Uhr. **A. Zamelat.**

Markgrafen-Säle
34, Markgrafen-Damm 34.
 An der Stralauer Allee.
 Jeden Sonntag: **Großer Ball.**
 Im Restaurant täglich musikalische
 Unterhaltung. Vorzügliche Küche,
 8 Tiere u. Weine, Billard u. Regeldahn

Phönix Brauerei
 Berlin N. 20,
 Hochstraße 21/24.
 Für den Inhalt der Inserate
 übernimmt die Redaktion dem
 Publikum gegenüber keinerlei
 Verantwortung.

Man verlange
Rabatt-
Marken!

Jandorf's

Spittelmarkt
Belle-Alliancestr.
Gr. Frankfurterstr.
Brunnenstr.
Kottbuserdamm

SONDER-VERKAUF

In vielen Abteilungen kommen eine grosse Anzahl besonders preiswerter Artikel zum Verkauf!

Damen-Konfektion

Soweit Vorrat

	Serie I	II	III
Kostüme Leinen-imitat.	4.65	8.50	14.50
Kostüme aus Stoffen englischen Charakters	6.50	10.50	19.00
Washblusen farbig	1.10	1.65	2.45
Weisse Blusen	98 Pf.	1.35	2.65

	Serie I	II	III
Paletots Leinen-imitat.	2.50	4.95	6.75
Paletots aus Stoffen englischen Charakters	2.50	5.50	8.50
Weisse Röcke Leinen-imitat.	1.45	2.75	4.95
Sport- od. Faltenröcke	1.25	2.95	4.20

Kurzwaren

Lockennadeln.....	15 Pack 10 Pf.	Tailenverlängerer	Stück 18 Pf.
Blaue Haarnadeln	4 Pack 10 Pf.	Wäschebesatz	10 Meter 40 Pf.
Druckknöpfe mit Feder...	6 Dutzend 45 Pf.	Halbleinenband weiss.....	3 Stück 10 Pf.
Kragenstäbe glashell oder schwarz	Dutzend 8, 12 Pf.	Armlätter.....	Paar 20, 27, 35 Pf.
Kragensützen mit Perlen oder Similitsteinen	Paar 15 Pf.	Schuhsenkel schwarz	6 Paar 15 Pf.

Wirtschaftsartikel

Waschtöpfe verinkt, mit Hinge und Deckel...	2.75, 2.95	Plätteisen poliert.....	1.85, 2.10, 2.25
Kaffeemühlen Blech lackiert, mit vernickelt. Trichter	95, 1.15	Gasplatten 2 Röhren, 1 Erhitzer, Garnitur	4.25
Reibemaschinen	1.25, 1.75	Gaskocher 1 Loch 65, 95, 1.35, 2 Loch 5.50	
Wirtschaftswagen	1.10, 1.45, 1.75	Bestecke Stahl, m. vernick. Heften, Paar	38 Pf.

Ein Posten **Damen-Lederstiefel** mit oder ohne Lackkappe, in den neuesten Fassons..... **5.75**

Grosse Posten Strümpfe

Damenstrümpfe schwarz oder lederfarbig	Paar 35 Pfennig	Damenstrümpfe englisch lang, schwarz, lederfarbig oder buntfarbig geringelt	Paar 45 Pfennig	Kinderstrümpfe schwarz oder lederfarbig, Grösse 1 bis 9.....	Paar 35 Pfennig
Herrensocken schwarz, lederfarbig oder grau meliert		Herrensocken schwarz, lederfarbig oder buntfarbig Jacquard-Muster		Kindersöckchen buntfarbig, alle Gröszen	

Verkaufsstelle für Abonnementsmarken der Grossen Berliner Strassenbahn und der Allgemeinen Berliner Omnibus-Aktien-Gesellschaft

Weit über

1000 Grundstücke
in kurzer Zeit
nachweislich verkauft

weil unsere Preise so
aussergewöhnlich billig
sind in den

Gartenstädten:

Neu-Sadowa Stat. Sadowa an der Strasse nach Biesdorf
□ R. 15 M. an

Kaulsdorf am Bahnhof
□ R. 12 M. an

Biesdorf
□ R. 20 M. an

Stienitzburg Station Bredstedt
□ R. 4 M. an

Kapital von 50 Mark an.
Nach 10 jähriger Amortisation - Hypothek.
Verkaufstellen auf den Gärten und Wäldern.
Nieschalke & Nitsche
Berlin NO. 43
Nene Königstrasse 16
amt VII, 6376.

Falls Sie es noch nicht wissen sollten:



Spezialität:
Kau-Tabak.

Jeder Rolle des echten Grimm & Triepel ist ein Zettel in Rotdruck beigelegt:

Fabrik von
Grimm & Triepel
in Nordhausen

Nordhäuser
Kau-Tabak.

Pianino, vorzüglich, tadellos erbalt.
ist fast ganz billig zu verk.
Französischstrasse 15, 1. getadelt.

ADAM'S

Präzisions-
Uhren, die beste
Welt über
Kauf u. Verkauf
Sibergold- und
Kopfer-waren
Brillanten etc.
Gratis
Senden Personen
überall hin gegen
bequemere
**Monats
Raten**
ohne Preis-
schlag!

Ono Jacob, senior.
Friedenstr.
Berlin 505

Meizner

Grösstes Special-Haus
Kinderwagen
Metall-Bettstellen
Gartenmöbel etc.

Katalog gratis.

Berlin, O. Andreasstr. 23.
Brunnenstr. 95, Leipzigerstr. 54,
Beusselstr. 67, Rixdorf, Bergstr. 133.

Zepernick-Bernau.
Bargelle von 300 M. an (ca 90 "R.")
kleine Anzahlung u. langjährige
Hypotheken. Miete gratis. Ver-
käufer ständig am Bf. Zepernick.
J. Rieger, Gontardstr. 5.

Eine Mark
wöchentliche Teilzahlung
elegant. Herren- und
Knaben - Garderobe
fertig und nach Mass,
feinste Verarbeitung.
S. Boltuch,
Frankfurter Allee 75, 1
Eingang Thierstrasse.

Hygienische
Bedarfsartikel. Neuest. Katalog
u. Empfehlung viel Aerzte u. Prof. grat. u. f.
H. Unger, Gummiwarenfabrik
Gertelstr. 11. Friedrichstrasse 91/9

Große Einkaufsvorteile bietet
**mein Sommer-
Räumungsverkauf**

Teppich - Spezialhaus
**Emil
Lefèvre**
Berlin S. Seit 1882 nur
Oranienstr. 158.

Riesen-
Teppich-Lager
aller Größen und Qualitäten
Sofa-Größe a 5, 10, 15 - 40 M.
Salon-Größe a 15, 20, 30 - 150 M.
Saal-Größe a 45, 60, 75 - 800 M.
Portieren, Möbelstoffe, Tischdecken,
Gardinen, Stepp- u. Tüllbettsdecken.
Spezial-Katalog
650 Abbildungen gratis u. franko.

Phänomen



Cigaretten
Qualitätsmarke

mit und ohne, auch mit
Goldmundstück, St.
2, 3, 4 und 5 Pf.

Cigarettenfabrik
NAMKORI

Partei-Angelegenheiten.

Niddorf. Den Parteigenossen zur Kenntnis, daß vom Montag, den 1. August, abends 7 Uhr, die Bibliothek wieder geöffnet ist. Am Dienstag, den 2. August, bleibt dieselbe der Generalversammlung wegen geschlossen. Erster Ausgabebogen von Jugendschriften: Mittwoch, den 3. August, nachmittags von 4-7 Uhr.

Die Bibliothekskommission.

Schöneberg. Die Fortsetzung der Generalversammlung des Wahlvereins findet am Dienstag, den 2. August, abends 8 Uhr, in den Rathauskellern, Weininger Str. 8, statt. Tagesordnung: 1. Diskussion über den Bericht der Funktionäre. 2. Anträge: Einführung der Wochenbeiträge. 3. Vereinsangelegenheiten. 4. Verschiedenes.

Wilhelmsruh-Niederschönhagen-West. Am Dienstag, den 2. August, abends pünktlich 8 Uhr, findet im Lokal von Kollmann, Kronprinzen-Strasse 2, unsere Mitgliederversammlung statt. Vortrag des Genossen Max Schütte über: Weltanschauung und Weltuntergang.

Wilmersdorf. Die Fortsetzung der Debatte über die Budgetbewilligung findet am Dienstagabend im Lokal „Gesellschaftshaus“, Wilhelmstraße 112, statt.

Tempelhof. Montag, den 1. August, Flugblattverbreitung von den bekannten Lokalen aus.

Am Mittwoch, den 3. August, findet eine öffentliche Versammlung im „Wilhelmsgarten“ statt, in welcher Stellung zur Reichsversicherungsgesetzgebung genommen werden soll. Die Partei- und Gewerkschaftsmitglieder werden ersucht, für diese Versammlung recht rege zu agitieren.

Mariendorf. Am Montag abend 8 Uhr findet eine Flugblattverbreitung von den bekannten Bezirkslokalen aus statt.

Der Vorstand.

Mariensfeld. Am Montag, den 1. August, abends 7 Uhr, findet vom Lokal Berger aus eine Flugblattverbreitung statt. Die Genossen sind ersucht, zahlreich zu erscheinen.

Niederschöneweide. Am Dienstag, den 2. August, abends 8 1/2 Uhr, findet im Lokal des Genossen Kienast, Grünauer Straße 8, eine Frauenversammlung statt. Tagesordnung: Referat der Genossin Frieda Wulff über: „Die Wirkung der neuen Steuern und Zölle.“

Groß-Lichterfelde. Die Fortsetzung der verlagten Generalversammlung findet am Dienstag, den 2. August, bei Wahrensdorf statt. Tagesordnung: Stellungnahme zur Tagesordnung der Kreis-Generalversammlung. Vereinsangelegenheiten. Verschiedenes. Die Versammlung wird pünktlich um 8 1/2 Uhr eröffnet.

Steglitz-Friedenau. Das Volksfest der Wahlvereine und Gewerkschaften von Steglitz und Friedenau findet am Sonntag, den 7. August, im Lokal „Birkenwäldchen“ statt. Willkür ist in den mit Plakaten belegten Geschäften sowie bei den Bezirksführern zu haben. Gleich zeitig ersuchen wir, die Mädchen erst am Montag, den 1. August, abends präzise 1/27 Uhr, zu Schellhose zur Probe des Festreigens zu schicken, da der Saal heute Sonntag, den 31. Juli, anderweitig besetzt ist.

Oranienburg. Eine öffentliche Versammlung findet heute nachmittags 4 Uhr im Lokal von Neubert in Ralitz statt, da der Amtsvorsteher eine für Friedrichthal angezeigte Versammlung verboten hat. Die Genossen werden ersucht, für diese Versammlung noch in letzter Stunde rege zu agitieren.

Berliner Nachrichten.

Erntefest in den Laubenkolonien.

Für die „Mittergüter“ des Berliner Proletariats bei den Toren der Stadt ist wieder mal die schönste Zeit angebrochen. Auf der winzigen, mit soviel Liebe und Geduld gepflegten Scholle soll geerntet werden, was man so hoffnungsvoll gesät hat. Und zu jeder richtigen Ernte gehört nach alter guter Sitte auch ein Erntefest. In der näheren dörflichen Umgebung Berlins, wo die wirklichen Rittergutsbesitzer ihr Land meist schon in klingende Münze umgewechselt und selbst die Bauern vielfach moderne Allüren angenommen haben, ist das Erntedankfest mit wenigen Ausnahmen nur noch ein Schemen gegen früher. Wohl fährt der obligate Erntewagen, mit goldigen Lehren und lichtblauen Kornblumen geschmückt, durch die Dorfstraße, edle Schnitter und Schnitterinnen gehen in festlicher Gewandung hinterdrein, und auch die schwülstige Ansprache des „Herrn Amtmanns“, von dem „Vater der Gemeinde“ oder irgend einem anderen Dorfhonoratioren mit lombischer Grandezza gemint, wird verzapft. Aber die alte Seele fehlt, der seit Jahrhunderten genährte Köhlerglaube ist wandelnd geworden, daß man sein Dasein und sein Brot, das uns die Aehre gibt, dem reichen Grundherrn zu danken hat. Auch in die Dörfer bei der großen Stadt und fern von ihr zieht die Erkenntnis ein, daß die überwiegende Mehrheit der ländlichen Bewohner nur ein bis auf die Knochen ausgeplündertes Werkzeug in der Hand des agrarischen Raubritterklüngels ist. Langsam, doch sicher erwacht der Dorfspross aus schwerem Traum, und hell fällt in seine eingelullte Ideenwelt ein Strahl von den modernen Erntefesten . . . vor den Toren der Stadt.

Sei, das ist ein anderes Leben. Zwar . . . Proletarier finds auch nur, rastlose Kämpfer um Brot und Dasein. Doch in den Köpfen dieser kernigen Massen siehts schon anders aus als ehedem. Stark hat der Glaube an ein Losreißen von der „gottgewollten Abhängigkeit“, wie so bombastisch der deutsche Reichs-Oberamtmann sagt, Wurzel geschlagen. Das sind nicht mehr die armseligen Büdner und Käthner von Feudaladels Gnaden. Und heute, am Erntefest der Laubenkolonie, das aus hunderten, gleichgestimmter Seelen eine einzige große Proletarierfamilie macht, kommt dieser Gedanke zum Ausdruck. Freuen sich, daß sie dem undankbaren märkischen Sandboden für den eigenen Lebensunterhalt ihr Teilchen abgerungen haben, und Preisen im stillen die große Zauberin „Allmeister Natur“.

In der Laubenkolonie ist für das wogende Korn kein Platz. Man muß sich einrichten, kann nur Gemüse bauen und Blumen pflanzen. Und im engen Kreise schwellender Naturpracht feiert das Stadtproletariat sein gedankenbelebtes Erntefest. Die Lauben prangen im Feitschmuck, in einem Wald frisch aufgesteuerter Zäunen. Zu Hunderttausenden schlingen sich von Laube zu Laube girlandenartige bunte Papierschnitzel und Wimpel. Auf den primitiven Festtafeln machen sich mächtige Kaffeekannen und ausnahmsweise zur Feier des Tages kleine Kuchenberge breit. Die Gesichter glühen vor Erwartung, die Brust hebt sich in freudigem Stolz. Jeder zeigt dem andern, den in Scharen herbeiströmenden Gästen, was der Boden hergab und der Fleiß der Abendstunden eintrug. Und wenn die Musik die erste lustige Weise

ertönen läßt, die gepulsten Scharen sich zum Festzuge durch die Hauptwege der Kolonie ordnen und heller Jubel aus frischen Kinderchören erschallt, laßt einem das Herz im Leibe. So gehts in schönster Harmonie bis in die sinkende Nacht. Man trinkt sich ja hier so selten satt aus dem schmalen Becher der Freude. Wie ein kleines Feenreich sieht nach Einbruch der Dunkelheit die Laubenkolonie aus im schillernden Licht Hundertler von Lampen. Zischend steigen Raketen zum Sternennmeer, sprühen in weitem Bogen ihre leuchtenden Kugeln umher. Krachend dröhnt ab und zu ein harmloser Kanonenschlag. Auf einem freien, dichtumlagerten Plätzchen dreht sich die Jugend und das Alter unermüdet im Tange.

Da drüben in einer verlorenen Ecke dudelt reichbeschenkt ein armer Leiermann. Das rechte Bein hat er drüben hinter den Vogelchen gelassen. Für die Denkmünzen auf der Brust kann er sich keinen Laib Brot kaufen. Volltönend fallen hundert Stimmen ein in die Melodie: Ein Sohn des Volkes will ich sein . . . und bleiben.

Vom Schillerpark

Ist jetzt etwa der vierte Teil für den Verkehr freigegeben worden. Es ist das nordwestlich gelegene Viertel des ausgedehnten Gebietes der „Rehberge“, das an die Hintergrundstücke der nördlichen Müllerstraße stößt und sich von der Varnusstraße bis zur ehemaligen Abdeckerei hinzieht. Auch von der dazwischen neuangelegten Schöningstraße hat man bequemen Zutritt. An allen Hauptzugängen befinden sich schmucklose Holztafeln mit der Aufschrift: „Geöffnet bis 11 Uhr abends. Bürger, schüßt eure Anlagen!“ Der hügelige Charakter des Geländes ist fast durchweg erhalten geblieben und kommt der Gesamtwirkung vortrefflich zustatten. Besonders schön nimmt sich in dem neueröffneten Teil die der Müllerstraße zunächst belegene, auffallend breite Küsternallee aus mit der angrenzenden, weitgedehnten Rasenfläche nach englischem Geschmack. Sehr hübsch und neuartig sind die starkgebauten, durchweg hölzernen Ruhebänke. Die graue, streifen doppelseitigen Bänke haben keine Rückenlehne, nur Seitenstützen, die einseitigen sind mit hoher durchbrochener Stahlehrne und weiß gestrichen. Selber Anstrich, wie in den übrigen städtischen Parkanlagen, ist gänzlich vermieden. Auch mehrere Rundbänke auf erhöhten Punkten sind schon aufgestellt. In anderen wirkungsvollen Stellen lagern zahlreiche mächtige Feldsteine zu monumentaler Zusammenstellung. Dicht neben der Küsternallee ist ein halbkreisförmiger bereits vielbenutzter Sandplatz angelegt. Ringsherum sind Granit-schwellen eingegraben, um übermäßiges Bestreuen des Sandes zu verhindern. Die große Schüler-Spielwiese ist in der Hauptfläche fertig, aber in der Rasendecke für dieses Jahr noch nicht fest genug. Auch in den unfertigen Teilen des Schillerparkes kann man schon einigermaßen die künftige Gestaltung unterscheiden. Hier und da werden an den Sanddünen Terrassen abgebaut. Mehrfach stehen auf dem Gelände, soweit es bisher nicht in Angriff genommen werden konnte, noch kleine Laubenkolonien. In der allernächsten Umgebung des Schillerparkes regt sich die Bautätigkeit bereits mächtig, namentlich in den Zugangsstraßen von Westen her, in der Ungarn-, Türken-, Varnus- und Schöningstraße. Scharf heben sich hinter den Parkgrenzen mehrere öffentliche neue Großbauten ab, so die Nordpark-Feuerwache, das massive Reinickendorfer Armenhaus und der umfangreiche Komplex des noch nicht eröffneten Krankenhauses derselben Gemeinde. Ohne Frage hat mit der Anlage des Schillerparkes für die nördliche Müllerstraßengegend, die lange Jahre sehr in der Entwicklung nachhinkte, eine ganz neue, vielversprechende Zeit begonnen.

Ein gerichtliches Aufgebot wegen 7 Pfennig. Ein öffentliches Aufgebot wegen 7 Pfennig erläßt das königliche Amtsgericht Berlin-Mitte. Gerichtlich niederzuliegende Gelder müssen bekanntlich in Berlin bei der königlichen Ministerial-, Militär- und Vankommission verwahrt werden. Auch jene 7 Pfennig werden dort seit dem 29. September 1879, also seit nahezu 31 Jahren, in Verwahrung gehalten. Sie bilden den Rest eines Versteigerungserlöses und sind damals vom Auktionskommissar Krieger in Sachen Otto Mado Buchholz ca. Vieftig hinterlegt worden, weil Frau Plauter Interventionensprüche angemeldet hatte. Der Betrag von sieben Pfennig bildet eine Forderung der Frau Plauter, da er an sie zur Zahlung angewiesen, aber nicht abgehoben worden ist. Das königliche Amtsgericht fordert alle Beteiligten auf, ihre Ansprüche und Rechte auf den aufgebotenen Betrag von sieben Pfennig spätestens in dem auf den 29. Oktober 1910 vormittags 11 Uhr anberaumten Aufgebotsstermine vor dem Gerichte Neue Friedrichstraße 12/15, III. Stod, Zimmer 113/115 anzumelden. Im Falle nicht erfolgender Anmeldung wird die Ausschließung der Beteiligten mit ihren Ansprüchen auf die 7 Pfennig gegen die Staatskasse erfolgen. Diebstahlkosten mag diese Maßnahme des Amtsgerichts verursachen.

Die Entlassung aus der Fürsorgeerziehung

muß nach dem jetzigen Gesetz nach Beendigung des 21. Lebensjahres endgültig erfolgen. Für diese Fälle hat der Minister des Innern am 24. März 1909 einen Erlass herausgegeben, in dem auf den § 14 des Fürsorgegesetzes verwiesen wird, nach dem es Kommunalbehörden obliegt, soweit wie nötig für ein angemessenes Unterkommen der Zöglinge bei der Beendigung der Fürsorgeerziehung zu sorgen; insbesondere für eine ordentliche Unterkunft und für Beschäftigung. Wie wenig diese ministeriellen Bestimmungen beachtet werden, zeigt folgender Fall: Ein junger Mensch namens M. vollendete am 29. Juli das 21. Lebensjahr und wurde an diesem Tage aus der Anstalt Jüßisdorf, in der er untergebracht war, entlassen. Er ging zu seinen in Niddorf wohnenden Eltern. Der Vater des jungen Mannes hatte gerade Gelegenheit, den Sohn in dem Betriebe unterzubringen, in welchem er selbst beschäftigt war. Der junge Mann konnte aber die Arbeit nicht antreten, weil die Anstaltsleitung von Jüßisdorf ihm seine Papiere, wie Invalidenkarte, Geburtsurkunde usw., nicht ausgehändigt hatte. Nun wendeten sich Vater und Sohn gestern an die Landesdirektion der Provinz Brandenburg, unter deren Aufsicht die Fürsorgeerziehung der Provinz Brandenburg steht, und beschwerten sich über dieses Verfahren. Dort ist geantwortet worden, der junge Mann werde wohl bei seinem Abgang nicht gut genug gebildet haben. Versprochen worden soll aber sein, daß in den nächsten Tagen das Verlangte beschafft werden soll; die Geburtsurkunde aber müsse bei den Akten bleiben.

Diese Antwort zeigt deutlich, in welcher Weise die Landesdirektion der Provinz Brandenburg das Fürsorgewesen aufstellt.

Es scheint dort der oben von uns zitierte Erlass des Ministers des Innern gänzlich unbekannt zu sein. Dasselbe scheint auch für die Fürsorgeanstalt Jüßisdorf zuzutreffen. Von ihr kann man glücklicherweise nicht mehr verlangen, wenn in der Landesdirektion solche Auffassungen herrschen. Der junge Mann hätte gestern bereits arbeiten können. Durch das Fehlen der Papiere erwächst ihm ein großer Schaden, für den lediglich die Jüßisdorfer Anstalt verantwortlich zu machen ist. Es ist nur ein Glück, daß der junge Mann noch Angehörige hat, die sich seiner einstweilen annehmen, wenn es ihnen auch schwer fällt. Im anderen Falle aber hätte der junge Mann mittellos und ohne Papiere auf der Straße gestanden. Was hätte der so Entlassene tun sollen? Leben will er! Bleibt ihm schließlich etwas anderes übrig, als zu sterben? Und wer trägt dann die Schuld?

Wemerkten wollen wir, daß der Landesdirektor der Provinz Brandenburg, Freiherr v. Manteuffel, Präsident des Herrenhauses ist.

Der flüchtige Briefträger Bergmann verhaftet.

Die Festnahme Bergmanns erfolge in der Nacht vom Freitag zu Sonnabend um 1/2 12 Uhr in einem Hotel in der Eichendorffstraße, wo Bergmann als Ingenieur Steinert sich in das Fremdenbuch eingetragen hatte.

Ueber die Schritte, die zur Verhaftung führten, meldet eine von der Kriminalpolizei inspirierte Korrespondenz:

Nachdem der Kriminalkommissar Schnellrath eine Drohschle ermittelte hatte, die an dem fraglichen Morgen um 8 Uhr in der Nähe des Schlesienschen Bahnhofs einen von uns beschriebenen Fahrgast aufgenommen hatte, war die richtige Spur gefunden. Der Fahrgast hatte sich vom Schlesienschen Bahnhof nach der Friedrich-, Ecke Karlstraße fahren lassen. Durch die eingehenden Nachforschungen wurde der Aufenthalt des flüchtigen Briefträgers ermittelt. Der Drohschleutscher H. Maffe, der dort auf eine Fuhrre am Schlesienschen Bahnhof gewartet hatte, wurde eingehend vernommen. Dabei stellte es sich heraus, daß dieser nach der Marienstraße gefahren war. Hier hatte der Mann den Kutscher abgelohnt. Er begab sich dann in einen in der Marienstraße Nr. 31 belegenen Friseurladen und ließ sich hier den Schnurrbart kurzschneiden. Bei dieser Gelegenheit erkundigte er sich nach einem möblierten Zimmer. Er ging dann mit seinem Koffer nach der Marienstraße Nr. 6, bei der von dem Friseur angegebenen Adresse, nachfrage nach einem möblierten Zimmer zu halten. Im zweiten Stock des Seitensüßels fragte er bei der Frau an, wurde aber abgewiesen, da alles besetzt war. Wie nun der gestern noch verhaftete Desraudant weiter sagt, begab er sich mit dem schweren, braunen Koffer auf der Schulter, durch die Albrechtstraße nach der Karlstraße, nahm hier einen Taxameter und fuhr durch die Friedrich- und Schlegelstraße, hielt vor einem Hotel in der Eichendorffstraße und nahm sich ein Zimmer. Hier nahm er selbst den Rest seines Schnurrbartes mit dem Rasierzeug, welches er sich aus seiner Wohnung mitgebracht hatte, ab, und ging dann weg. Seinen Koffer ließ er im Hotel zurück. Er ging nach der Friedrichstraße und Johannistrafen-Ecke, kaufte sich dort einen neuen Anzug, sowie einen langen, grauen Paletot. Dann ging er nach dem Hotel zurück, um zu frühstücken. Mehrere Stunden blieb er im Hotel, öffnete nun den Saal in dem Koffer, nahm drei bis vier Pakete mit Hundertmarkscheinen heraus, legte sie in seine Rocktasche und verließ wieder das Hotel. Bei einem Juwelier in der Friedrichstraße in der Nähe des Oranienburger Tores kaufte er sich Goldfahnen, eine doppelseitige Uhr, einen Ring mit Rubinen und Brillanten, eine Schiffsnadel in Hufeisenform mit Rubinen und Brillanten und eine Kavalierkette. Während dieses Einkaufs waren wieder einige Stunden vergangen. Die Sorge nach dem Gelde trieb ihn wieder nach dem Hotel zurück. Nachdem er sich dort überzeugt hatte, daß das Geld noch alles vorhanden sei, ging er aus dem Hotel weg, nahm sich ein Automobil und fuhr planlos im Tiergarten umher. Er landete in der Bülowstraße, hatte dort in einem besseren Lokale gegessen und kam erst spät gegen 1 Uhr zurück. Er verbrachte eine schlaflose Nacht, da er sich noch immer nicht klar war, was er überhaupt anfangen sollte. Als er am nächsten Morgen aufstand, kaufte er sich eine Zeitung. In dieser fand er, daß er bereits verfolgt werde. Er nahm sich ein Automobil und fuhr nach dem Grunewald. Er schlug den Weg nach Wannsee ein, frühstückte dort und kam um 3 Uhr wieder nach Berlin zurück. Jetzt war er sich klar, daß er demnächst Anstalten zur Ausreise treffen müßte. Er begab sich nach einem Warenhaus in der Leipziger Straße und staltete sich hier zur Reise aus. Er kaufte sich einen Rohrplattenkoffer, Wäsche, Strawatten, einen Spazierstock, einen Regenmantel und einen Panamahut und hatte mehrere Hundert Mark dafür ausgegeben. Dann besetzte er sich in einer Automobilgarage am Schiffbauerdamm für den gestrigen Tag ein Automobil, nachdem er dort abfordert hatte, pro Kilometer eine Mark, um mit diesem gestern morgen nach Hamburg abzufahren. Planlos irrte er noch bis abends in Berlin umher und lehrte schließlich gegen 1 1/2 Uhr in sein Hotel zurück. Dieses hatte die Kriminalpolizei bereits aufgefunden und den Koffer in seinem Zimmer vorgefunden. In demselben befand sich ein Knopf von einer Postuniform. Auch die Beschreibung paßte auf Bergmann. Beamte hielten das Hotel besetzt und der Kriminalkommissar Schnellrath verhaftete ihn. „Na, Fritz Bergmann, folgen Sie mir zum Polizeipräsidium“. Bergmann hatte mit Vorliebe den Namen Fritz für sich verwendet. Das Zimmer wurde durchsucht. Bei Bergmann wurden noch 48 883,06 M. vorgefunden. Er wurde sofort nach dem Polizeipräsidium gebracht. Noch in der Nacht wurde Bergmann ab seines Tuns eingehend vernommen. Er war der Tat gefähndig und gibt an, daß er die Tat nicht von langer Hand vorbereitet habe. Nachdem ihm der Postassistent den Auftrag gegeben hatte, das Geld von der Aufbewahrungsstelle abzuholen, sei ihm der Gedanke gekommen, das Geld zu unterschlagen. Er habe den Beutel in Empfang genommen, darüber quitiert, sei dann schleunigst nach seiner Wohnung gelaufen, sich hier umgezogen und sein Rasiermesser sowie Legitimationspapiere eingesteckt. Das Geld habe er in einen alten, verstaubten, braunen Koffer geworfen, sei planlos aus dem Hause gestürzt, bis er die Drohschle erfaßt hatte. Sein einziger Gedanke war gewesen, ein Zimmer zu mieten, um dadurch unterzutauhen, und bei einer Gelegenheit die Flucht zu ergreifen. Das Geld sowie die Wertfächer wurden gestern morgen sofort der kaiserlichen Oberpostdirektion ausgehändigt. Wertwürdig ist es, daß trotz der guten Beschreibung, die von dem Manne gegeben wurde, dieser Mann offenkundig auf der Straße gehen konnte, ohne von dem Publikum oder den Geschäftsleuten erkannt zu werden.

Nach anderen Mitteilungen ist mehreren Anwohnern der Eichendorffstraße die große Ähnlichkeit des angeblichen Ingenieurs mit dem Briefträger aufgefallen und diese Privatpersonen hatten dem Polizeirevier Mitteilung gemacht. Daraufhin habe sich der Wachtmeister des Reviers nach dem Hotel begeben und dort Verdacht geschöpft, daß Steinert mit Bergmann identisch ist. Erst daraufhin erfolgte Benachrichtigung der Kriminalpolizei, die dann den Desraudanten festnahm.

Einen erbitterten Kampf führen die Magistrate von verschiedenen Vorortgemeinden, so Lichtenberg und Rixdorf, gegen Berlin. Dieser kommunale Streit zeigt, welche Folgen die Herrschaft der wirtschaftlichen Einheit Groß-Berlins in viele Einzelgemeinden zeitigt.

Das Kommunalabgabengesetz sieht vor, daß die Betriebsgemeinden den Wohngemeinden unter bestimmten Voraussetzungen Beiträge zu den Schullasten zu leisten haben. Hierauf begründet der Magistrat von Rixdorf seinen Anspruch gegen Berlin und verlangt, daß ihr für jedes schulpflichtige Kind, dessen Eltern in Rixdorf wohnen und der Vater in Berlin beschäftigt ist, einen Beitrag für das Jahr 1909/10 in Höhe von 22,25 M. geleistet werden soll. Verschiedene andere Vorortgemeinden, die ebenfalls als Wohngemeinden in Betracht kommen, stellten schon wiederholt ähnliche Ansprüche an Berlin, die aber zum Teil abgewiesen wurden, auch für Rixdorf ist die Frage noch nicht endgültig entschieden, ist vielmehr noch in der Schwebe. Berlin versucht, den Ansturm der Vorortgemeinden gegen sich abzuwehren. Der Magistrat verfaßt an alle in Frage kommenden Rixdorfer Väter folgendes Schreiben:

Die Stadt Rixdorf fordert von der Stadt Berlin für jedes ihrer Kinder, das in dem Zeitraum vom 1. April 1909 bis 31. März 1910 die Rixdorfer Gemeindeschule besucht hat, ein Schulgeld von 22,25 M. Als Grund ist angegeben, daß Sie während dieses Zeitraums in einem Berliner Fabrik- oder Eisenbahnbetriebe gearbeitet haben und dieser Beschäftigung wegen in Rixdorf wohnen.

Um den Anspruch prüfen zu können, bitten wir, die beiliegende Fragekarte genau auszufüllen und an uns zurücksenden zu wollen.

Reise.

Auf der Fragekarte wird dann nochmals um Beantwortung der Frage ersucht, es wird gebeten, mitzuteilen, ob die Behauptung des Rixdorfer Magistrats richtig ist und der Befragte lediglich zu dem Zweck in Rixdorf wohnt, um in Berlin in einem Fabrikbetrieb oder Eisenbahnunternehmen arbeiten zu können. Die Frage ist sehr eigenartig. Viele Leute, die in Berlin arbeiten, wohnen in Vororten, weil ihnen das wirtschaftlich günstiger erscheint, insbesondere in Hinsicht auf die Mietverhältnisse, aber nicht zu dem Zweck, um in Berlin zu arbeiten. Da der größte Teil der Befragten die Ursache und den Zweck der Umfrage nicht kennt, wird wohl dementsprechend auch die Antwort ausfallen. In den Lokaltablättern macht allem Anschein nach der Rixdorfer Magistrat wieder bekannt, daß die Fragekarten nicht beantwortet zu werden brauchen. Durch das Gegeneinanderarbeiten wird nur die Bestätigung unter der Beobachtung der Wahrheit, anstatt daß eine genügende und zweckdienliche Aufklärung gegeben wird.

Tatsache ist ja, daß es den armen Gemeinden nicht ganz leicht fällt, ihre Verpflichtungen den Gemeindeschulen gegenüber zu erfüllen, zumal der preussische Staat wie bei allen anderen Kulturstaaten völlig versagt und er den Gemeinden überläßt zu sehen, wie sie mit ihren Aufgaben fertig werden und wie sie dieselben lösen können.

Schuld an solchen Zuständen hat aber in erster Linie das Bürgerium. Engherziger Lokalpatriotismus, der jede großzügige Kommunalpolitik ersticken muß, hindert den Fortschritt; vor allem aber die Rückgratlosigkeit des Bürgeriums den volkswirtschaftlichen Bestrebungen der preussischen Regierung gegenüber. Allerdings sind Bestrebungen im Gange, die einen Schulweckverband zum Ziele haben, ob und inwieweit dieses Ziel erreicht wird, ist allerdings eine andere Frage. Die Arbeiterschaft hat das allergrößte Interesse daran, daß die Volksschule so ausgebaut und gefördert wird, wie es nur denkbar ist. Jeder Schritt, der zu diesem Ziel führt, wird unsere wärmste Unterstützung finden.

Für Anfertigung von Berufsbescheiden in Unfallsachen, Alters- und Invalidenrentenangelegenheiten werden vielfach Privatpersonen in Anspruch genommen, die sich gut bezahlen lassen. Ein Arbeiterbesitzer des Schiedsgerichts teilt uns mit, daß in einem Termin, den er kürzlich wahrnahm, der Vorsitzende einen Klager feug, wieviel er für die Berufsbescheide gezahlt habe, worauf die Antwort erfolgte: 6 Mark. Und das für acht Zeilen Maschinenbescheid. Selbst der Vorsitzende schätzte ob der hohen Summe den Kopf. Wir werden deshalb gebeten, darauf aufmerksam zu machen, daß solche Berufsbescheide im Protokollzimmer des Schiedsgerichts für Arbeiterversicherung, Lützowstraße 111, völlig unentgeltlich angefertigt werden.

Mißstände in der Irrenanstalt Buch.

Wie haben kürzlich eine Reihe Mißstände in der Irrenanstalt Buch veröffentlicht; auch eine Versammlung des Vudor-Pflegepersonals hat sich damit beschäftigt. Heute verbreitet nun der Magistrat durch das Nachrichtenamt folgende Mitteilungen:

Die auf einer Versammlung Vudor-Pflegepersonen vorgebrachten Beschwerden wegen schlechter Verwaltung und sanitärer Mängel in der Irrenanstalt Buch haben der Deputation Anlaß zu einer eingehenden Untersuchung gegeben, soweit die Fälle in den Zeitungsartikeln hierzu genau genug umschrieben waren. Wenn die Untersuchung auch noch nicht abgeschlossen ist, kann doch mit Bestimmtheit behauptet werden, daß es sich in der Hauptsache um Uebertreibungen handelt. Was zunächst die behaupteten Verletzungen in sanitärer Hinsicht angeht, so war es möglich, mit den Angaben der Zeitungen drei Fälle zu identifizieren. In zweien (Krätze, Geschwür) sind die Kranken, sowie Verdacht auf die Krankheit bestand, ins Hospital bezw. die Infektionskavazade verlegt worden; ihre familiären Sachen sind nach der Befundung des Oberpflegers am gleichen Tage desinfiziert worden. Der Kranke, dem eine Schmierkur verordnet war, war nicht an Sepsis, sondern an einer Hornhautentzündung der Augen (Keratitis interstitialis) erkrankt, die nicht zu den Infektionskrankheiten zählt. Es ist ferner vorschritt, daß beim Rasieren der Scham mit einem Pinzel geschlagen und dann mit der Hand in das Gesicht des Patienten gebracht wird. Darüber, daß dies Gebot übertreten worden sei, liegen keine Anzeigen von Pflegern vor.

Bezüglich der Beschwerden gegen die Oekonomieverwaltung konnte von dem Fortwerfen einer erheblichen Menge Sätze nichts festgestellt werden. Richtig ist, daß durch ungeeignete Behandlung eine größere Quantität Rindfleisch zur Verwendung in der Anstalt nicht zugelassen werden konnte und daß einige 100 Liter Kaffee auslaufen gelassen wurden. Doch ist in beiden Fällen, in denen über die Schuldigen zur Rechenschaft gezogen worden sind, sofort Ersatz geschaffert worden. Die Angabe, daß eines Tages zwei Handtücher und eine Hand voll Eisenpulver im Kaffee gefunden wurden, muß zugegeben werden. Daß dies auf einem Nachlaß beruht, wie angenommen wurde, hat sich nicht nachweisen lassen. Die Behauptung, im Jahre 1909 seien 746 Pflegepersonen entlassen worden, trifft nicht zu. Es haben — einschließlich Dienstpersonal — nur 224 Personen den Dienst verlassen. Diese verhältnismäßig große Zahl erklärt sich aus dem kurzen Bestehen der Anstalt. Es dauert erfahrungsgemäß immer einige Jahre, bis aus der Menge von ungeeigneten Kräften, die sich anbieten, die Anstalt sich einen Stamm von Pflegern ausgesucht hat.

Zum Schluß macht die Deputation für die städtische Irrenpflege darauf aufmerksam, daß sie jederzeit bereit ist, auf Beschwerden, die bei ihr unter Nennung des Beweismaterials angebracht werden, Abhilfe zu schaffen.

Hierzu möchten wir bemerken: Soweit sich die Untersuchung auf die in unserem Blatte erhobenen Klagen bezieht, so müssen wir ausdrücklich bemerken, daß uns das Ergebnis der Untersuchung nicht überzeugen kann. Das bringt schon die ganze Art und Weise mit sich, wie solche Untersuchungen vorgenommen werden. Die Anstaltsleitung hat alles Interesse daran, Leute, die wesentlicheres beklagen können und auch den Mut hierzu finden, bald aus der Anstalt zu entfernen. Das ist auch im vorliegenden Falle geschehen. Und daß die Beschuldigten alle Ursache haben, die Mißstände, für die sie verantwortlich sind, zu bestreiten, wundert uns in keiner

Weise. Immerhin muß zugegeben werden, daß in der Oekonomieverwaltung eine schöne Rixdorfwirtschaft herrscht.

Es ist doch eine Sauerlei sondergleichen, wenn Handtücher und Eisenpulver im Kaffee gefunden werden und wenn man weiß, daß der so zubereitete Kaffee Pflegern und Patienten gegeben worden ist. Was den Wechsel des Pflegepersonals anbelangt, so ist die von der Verwaltung angegebene Zahl auch noch groß genug. Die Entscheidung der Verwaltung ist keine; in Wirklichkeit ist an dem starken Wechsel des Pflegepersonals die miserable schlechte Entlohnung und noch schlechtere Behandlung schuld. Wie Sklaven werden die Angestellten behandelt, nicht aber wie freie Menschen.

Das Verständnis Louis Mademeier. Es bestätigt sich, daß Louis Mademeier in der Lichtentader Erpressersache ein teilweises Verständnis abgelegt hat. Landgerichtsrat Rahner, der die weitere Untersuchung in der Lichtentader Sache führt, ließ sich gestern mittag noch einmal Louis Mademeier vorführen und stellte mit ihm ein eingehendes Verhör an. Der Untersuchungsrichter hielt Louis Mademeier die vorgelegten ermittelten neuen Tatsachen über die Herkunft des zur Hüllentmaschine verwendeten Gaskochers vor. Louis Mademeier zögerte zunächst; aber nach zweistündigem Verhör gestand er ein, seinem Brudern Albert bei der Herstellung der Hüllentmaschine behilflich gewesen zu sein. Er will nicht gewußt haben, zu welchem Zweck diese verwendet werden sollte. Auch von den Bettele- und Erpresserbrieffen an Otto Strauß habe er nichts gewußt. Louis Mademeier, der anscheinend auch jetzt noch mit einem Teil der Wahrheit zurückhält, wurde darauf in seine Zelle zurückgeführt. Im Gegensatz zu ihm leugnet Albert Mademeier nach wie vor.

Ein entsetzlicher Automobilunfall hat sich gestern vormittag gegen 12 Uhr in der Großbeerenstraße ereignet. An der Großbeerenstraße war eine unbekante etwa 40 Jahre alte Frau im Begriff gewesen, den Fahrdamm zu überschreiten, als von der Zeltower Straße her ein Privatautomobil gefahren kam. Die Passantin wurde beim Herannahen des Kraftwagens so vertört, daß sie die Warnungssignale überhörte und gegen das Vorderrad rannte. Ehe der Chauffeur den Wagen zum Stehen bringen konnte, war die Unbekante niedergelassen und überfahren worden. Die Unglückliche wurde schrecklich zugerichtet. Die rechte Kopfseite wurde ihr fast völlig zerquetscht, die Nase und das rechte Ohr abgerissen und der Mund bis zur Unkenntlichkeit entstellte. In demselben Auto wurde sie sofort nach der nahen Unfallstation am Tempelhofer Ufer gebracht, wo der Arzt aber nur noch den bereits eingetretenen Tod konstatieren konnte. Die Leiche wurde nach dem Schauhaus gebracht.

Schülerkrawalle sind seit einiger Zeit in Potsdam in den sogenannten Steeger Wiesen im Gange und haben recht bedrohlichen Charakter angenommen. Einige Jungen sollen dabei das Wasser benutz haben und es sollen Jungen nicht unerhebliche Verletzungen beigebracht worden sein. Auch halbtägige Wurschen hatten sich eingefunden. Von der Polizei sind einige Festnahmen erfolgt. Eltern tun gut, ihre Kinder von der Teilnahme an solchen Exzessen fernzuhalten.

Vergiftung durch Pfefferlinge. Eine Blzberggiftung, die wahrscheinlich noch ein Menschenleben fordern wird, wird uns aus dem Osten der Stadt berichtet. Die in der Triftstraße 54 wohnhafte 67-jährige Karoline Rabos hatte sich eine Maßigkeit Pfefferlinge zubereitet. Nach dem Genuss der Pilze erkrankte die alte Frau und der hinzugezogene Arzt stellte Blzberggiftung fest. In recht bedenklichem Zustand wurde die Erkrankte nach dem Virchow-Krankenhaus gebracht.

Ein schwerer Straßenbahnunfall wird vom gestrigen Sonnabend gemeldet. Der Kaufmann Otto Ribes aus Köpenick, der zum Besuch von Verwandten in Berlin weilte, versuchte an der Ecke der Französischen und Friedrichstraße unmittelbar vor einem heran nahenden Straßenbahnwagen der Linie 80 die Gleise zu überschreiten. Er hatte aber die Entfernung unterschätzt und wurde von dem Bahnwagen umgestoßen. Der Verunglückte erlitt eine flaffende Wunde an der linken Wange, eine Quetschung des linken Armes und eine schwere Gehirnerschütterung. In bewußtlosem Zustande wurde der Schwerverletzte nach dem Krankenhaus am Urban übergeführt.

Ershoben hat sich gestern mittag in dem Hotel „Stettiner Hof“ in der Invalidenstrasse der 26 Jahre alte Sergeant der Schutztruppe Karl Berg. Der Grund dürfte in Urlaubüberschreitung zu suchen sein. Die Leiche wurde nach dem Garnisonlazarett in der Schornhorststraße gebracht.

Mit einem Denkstein geschmückt worden ist von befreundeten Genossinnen und Genossen das Grab der im Vorjahre verstorbenen Genossin Adelit.

Am Dienstag, den 2. August, dem Todestage der Genossin Adelit, wollen diejenigen, die sich ihrer gern erinnern, auf dem Begräbnisplatz der Freireligiösen Gemeinde nachmittags 4 Uhr sich zu einer schlichten Feier versammeln.

Den Mitgliedern der Kinderchulkommission zur Kenntnis, daß am Mittwoch, den 3. August, abends 8^{1/2} Uhr, im Gewerkschaftsbaus (großer Saal) eine Versammlung für alle Funktionärinnen der Kommission stattfindet. Tagesordnung: 1. Tätigkeitsbericht der Kommission. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes.

Arbeiter-Samariter-Bund, Kolonne Berlin. Mittwoch abend 9 Uhr, 5. Abteilung, in Rixdorf bei Kaufhold, Erststraße 8, Lehnungsstraße. — Am Sonntag, den 7. August, morgens 8 Uhr, findet auf dem Turnplatz des Turnvereins „Fichte“ in Treptow eine Verband- und Transportübung statt. Dazu wird das Erscheinen aller Mitglieder erwartet.

Deutscher Arbeiter-Sängerbund, Gau Berlin und Umgegend. Am 6., 7. und 8. August kommen die Emil Solger-Chöre, Leipzig (M. d. A. S. B.) nach der Reichshauptstadt und werden bei dieser Gelegenheit im Kongergarten der Brauerei Friedrichshorn ein Konzert veranstalten. Die Parteigenossen und Sangesfreunde werden hierauf hingewiesen, da die Leistungen der Leipziger Sänger gelegentlich der Entwicklung beim letzten Leipziger Partietage alle Anerkennung gefunden haben.

Größter Feuer kam in der letzten Nacht aus noch unbekannter Ursache in Reinickendorf-Ost gegenüber dem Bahnhof Schönholz in der bekannten Ostgleiserei von Kösemann u. Kühnemann, Koloniestraße, zum Ausbruch. Als die Gefahr in der neunten Abendstunde bemerkt wurde, schlugen die Flammen schon lichterloh aus dem Dache der Gleiserei empor. Ausgelommen war der Brand in einem Nadelraum der Tischlerei. Die Flammen waren weithin sichtbar, auch die Berliner Feuerwehr am Schillerheim bemerkte den Feuerchein und rückte mit dem Automobilzug Nr. 23 nach der Brandstelle aus. Als der Zug dort ankam, waren die Wehren aus Ost- und West-Reinickendorf schon zur Stelle. Diese gaben mit 8 O-Rohren Wasser. Die Berliner Wehr griff mit 2 B-Rohren an. Der vereinten Anstrengungen gelang es, eine weitere Ausdehnung des Brandes zu verhindern und die großen in der Nähe liegenden Holzstapel zu schützen. Das Schaden ist natürlich erheblich.

Vorort-Nachrichten.

Rixdorf.

Die Protestbewegung gegen die beabsichtigte neuerliche Entziehung der großen Masse Rixdorfer Kommunalwähler, die durch die Aufstellung neuer, auf den 1 1/2 Steuerdurchschnitt beruhenden Wählerlisten herbeigeführt werden soll, hat einen großen Umfang angenommen. Bekanntlich hatte der Vorstand des Wahlvereins im Einverständnis mit den Funktionären beschlossen, eine Petition in Umlauf zu setzen, in der der Rixdorfer Magistrat aufgefordert wird, die Aufstellung

der Wählerlisten nach dem System der einfachen Dreiteilung vorzunehmen.

Welches Interesse die Rixdorfer Kommunalwähler den nächsten Wahlen entgegenbringen, bewies die geradezu ungeheure Beteiligung an dieser Petition. Raum ausgegeben, lehrten die Wagen auch schon mit zahlreichen Unterschriften versehen zurück. Im Laufe einiger Tage waren 2600 Listen mit 26000 Unterschriften gefüllt. Rixdorf hat ungefähr 40000 Kommunalwähler. Zwei Drittel aller Wähler haben also durch Namensunterschrift dem Magistrat ihre Meinung bekannt gegeben. Gätten die Listen auch nur noch eine Woche zirkulieren können, so wären zu diesen 26000 noch viele Tausend weitere Unterschriften gekommen. Aber die Zeit drängte. Schon Mitte August liegen die Wählerlisten aus. Die Petition mußte vorzeitig geschlossen werden und fand am 29. Juli die Petitionsbogen dem Magistrat übergeben worden.

Man darf darauf gespannt sein, wie der Magistrat entscheidet. Wird er der gehorsame Diener jener kleinen Gruppe um Rahmig sein, oder wird seine Selbstständigkeit und sein Gerechtigkeitsgefühl ihn veranlassen, die Wählerlisten nach dem System der einfachen Dreiteilung aufzustellen?

Mag der Magistrat aber entscheiden wie er will. So viel ist sicher: die nächsten Kommunalwahlen dürften ein Ergebnis zeitigen, daß auch dem Liebeskrieger des Rixdorfer Stadtparlaments kein Heim darüber möglich ist.

Der Magistrat hat beschlossen, daß bis zum 15. August d. J. jedem für die Gemeindevahlen in Betracht kommenden Wähler auf gebrachter Postkarte Mitteilung gemacht wird, daß er in den Wählerlisten eingetragen ist. Der Dezent wird ermächtigt, das Lokal für die Auslegung der Wählerlisten selbständig zu bestimmen. Der Magistrat ist damit einverstanden, daß Abschriften der Wählerlisten gegen Erstattung der Kopialien auf Antrag ausgestellt werden.

Köpenick.

In der gut besuchten Generalversammlung des Wahlvereins erstatteten die Funktionäre den Tätigkeitsbericht des letzten Geschäftsjahres, welches sich auf 1 1/2 Jahre erstreckt. Vor Eintritt in die Tagesordnung wurde das Ableben des Genossen Schriftstellers Otto Rudolf in üblicher Weise geehrt. Der 1. Vorsitzende gab dann eine Uebersicht über die Gesamttätigkeit der Partei am Ort. Hierauf folgten die Einzelberichte. Der Wirklicherstand war zu Anfang des Geschäftsjahres 1146, darunter 99 Frauen, am Schluß 1139, darunter 102 Frauen, also ein Rückgang trotz der 294 Aufnahmen. Die Gesamteinnahme betrug 5567,07 M., die Ausgabe 5406,12 M., so daß ein Bestand von 161,95 M. vorhanden ist. Im Berichtsjahre fanden statt: 15 Vereinsversammlungen, 10 öffentliche Versammlungen, 24 Vorstandssitzungen, 4 Schiedsgerichts-sitzungen, 10 Flugblattverbreitungen, eine Versammlung im Agitationsbezirk, zwei Stadtverordnetenversammlungen der 2. Abteilung. Bei der im Rat stattgefundenen Wahl vermehrte sich unsere Fraktion durch die Genossen Galle und Müller. Der Speibitzer berichtete: Vorwärtsleiter am 1. Januar 1909 900, am 31. Dezember 1909 923, am 1. Juli 1910 1032; „Wahner Jakob“ 235. In freien Stunden“ 42. Die Einnahmen betragen 20 820,94 M., die Ausgaben 20 327,08 M., so daß sich ein Ueberschuß von 493,86 M. ergibt. Der Berichtsjahrer montierte, daß so wenig „freie Stunden“ gelesen werden. Die Lokalkommission hob hervor, daß bei Ausflügen der Lokalliste unbedingte Beachtung geschenkt werden müsse, da nach unserem Bezirk viel Parteien stattfinden. Die Verteilung der Frauen meinte, daß wenn auf einen höheren Zuwachs gerechnet werden soll, der Frauenbewegung unbedingt mehr Vertrauen und Unterstützung entgegengebracht werden muß.

Der Bildungsausschuß veranstaltete im letzten Jahre zwei Vortragskurse und zwar über: „Theorien und Programme der bürgerlichen Parteien“ und über: „Historischer Materialismus“ (sieben Abende), zwei Theaterabende: „Kata“ von Ibsen und „Jugendfreude“ von Hulda, eine Schillerfeier, einen Lichtbildervortrag über: „Entstehung des Menschengeschlechts“ von M. S. Waage, einen Märchenabend und eine Jugendchristenausstellung. Die Gesamtausgabe betrug 1062, M., die Einnahme 829,60 M., die Aufstellung erzielte einen Umsatz von 190 M. Die Besucherzahl der Theater- und Kunstabende ging ständig zurück, was auf das Konto der wirtschaftlichen Verhältnisse zurückzuführen ist. Die Besucherzahl betrug in 1905/06: 1556, 1906/07: 1443, 1907/08: 1189, 1908/09: 1100, 1909/10: 707. Der Besuch der Vortragskurse betrug im ersten Kursus 117, im zweiten 66 Teilnehmer. Erfreulich ist die Benutzung der Bibliothek, entliehen wurden 5200 Bände an 2800 Leser. Die Entnahme der Bücher erfolgt täglich von vormittags 9 bis abends 8 Uhr in der Speibitzer. — Die Kinderchulkommission fand ein arbeitsreiches Feld. Eine Reihe von Fällen konnte zur Zufriedenheit erledigt werden. — Aus den Wahlen gingen hervor: Woid, 1. Vorsitzender; Böhler, 2. Vorsitzender; Heine, 1. Kassierer; Stegner, 2. Kassierer; Tolkdorf, Schriftführer; Müller, 1. Beisitzer; Frau Schmidt, 2. Beisitzerin; Expediteur: Böhler; Lokalkommission: Regel, Mißke, Galle, Schmeider; Zeitungskommission: Dillau, Jahnke, Taubert; Bildungsausschuß: Schütt, Lebere; Bibliothekskommission: Renner, Kerlow, Heintich; Kinderchulkommission: die Genossinnen Habbarth, Rebe, Ludwig, Kopske, Rämpf; Revisionen: Ehrenberg, Parsche, Reichert; Dekorateur: Keumann; Beschwerdekommission: Parsche, Parsche, Stein, Galle, Gähne, Dittmann, Karl Rosk, Jahnke und Frau Schaubert. — Der Antrag des Kreises auf Einführung der Wochenbeiträge wurde im Prinzip angenommen und den Delegierten zur Kreisgeneralversammlung mit auf den Weg gegeben. — Der Genosse Woid brachte hierauf das Verhalten der Badenener Genossen zur Sprache und meinte, daß es sich um einen schweren Disziplinbruch handele. Dem schloß sich Genosse Lehmann an. Die Genossen wären durch die Schule Laurentbrechers gegangen. Anderer Ansicht waren die Genossen Weitenborn, Ridel und Scholz, diese meinten, es sei auch praktische Arbeit zu leisten. Die Versammlung stellte sich nicht auf den letzteren Standpunkt, sondern gab den Delegierten zur Kreisgeneralversammlung mit auf den Weg, unbedingt dafür einzutreten, daß der Parteitag der Wiederholung solcher Fälle vorbeugen müsse.

Tempelhofer.

Vom Blitz erschlagen wurde während des gestrigen Gewitters der Kaiserin-Augusta-Straße wohnhafte Gastwirt Kobel. Er war auf dem Felde beschäftigt, als ein Blitzstrahl herniederfuhr und ihn traf; er war sofort tot.

Adlershof.

Aus der Gemeindevertreterversammlung ist zu berichten, daß dem neugewählten Schöffen Kaufmann Mendelssohn die Vertretung erteilt ist und derselbe in sein Amt eingeführt wurde. Der Zuschlag für die Pflasterung der Adlershofer Straße zwischen dem Adlershof und der Oppenstrasse wurde dem Steinseher Paul Arndt, Adlershof, als dem zweitrangigsten Submittenten erteilt. Dergleichen die Pflasterung des Marktplatzes. Die Kosten hierfür betragen 21 000 M. Die Pflasterung des Glienicker Weges, welche schon des öfteren die Gemeindevetretung beschäftigt, wird nunmehr durch Verfügung des Amtsvorstehers verlangt. Im Falle der Unterlassung wird angebroht, daß der Amtsvorstehrer die Straße auf Kosten der Gemeinde selbst wieder herstellen lassen. In der Diskussion wurde das Verhalten der Anlieger, und zwar der beiden schweizerischen Firmen F. A. Kahlbaum und Wolf Reiter u. Jakob, einer scharfen Kritik unterzogen, da nur deren Weigerung, ihren Anliegerbeitrag für die Pflasterung der Straße zu leisten, bis heute jede Verhandlung ergebnislos gemacht habe. Die Gemeinde wäre sehr gern bereit, die Straße pflastern zu lassen, aber unmöglich kann sie für diesen Zweck 100 000 M. als Anleihe aufnehmen und den Etat mit zickel 5000 M. Zinsen und Amortisation belasten, wenn nicht die Anlieger bestreite, daß die Anlieger ihren Beitrag leisten werden und dadurch die Ent-

Kastung der Gemeinde wieder herbeiführen. Man sieht auch hier, wie das große Kapital an die Gemeinwesen wohl Ansprüche stellt, aber von Verpfändungen nichts wissen will. Beschlossen wurde, die Pfändung zu belegen und dem Amtsvorsteher von diesem Beschlusse Kenntnis zu geben. Im Falle einer neuerlichen Verfügung soll gegen diese Einspruch erhoben werden. Auf Antrag der Herren Dr. Baurath und Dr. Soling wurde durch die bürgerlichen Vertreter beschlossen, dem Gemeindevorsteher den Titel „Bürgermeister“ zu verliehen und die hierfür notwendige Genehmigung bei dem Landrats nachzusuchen. Unsere Vertreter enthielten sich der Abstimmung. Da der Gemeindevorsteher sich nur sehr schwer bezeugen läßt, die Finanzen der Gemeinde aber durch einen bevorstehenden Vergleich mit dem Hofstaat immer schlechter werden, wurden vom Gemeindevorsteher mehrere Entwürfe vorgelegt, welche dem Etat eine gesündere Unterlage geben sollen. Für die bevorstehende Luftbarkeits- und Hundesteuer waren bedeutende Aufschläge in Vorschlag gebracht, während als neue Einnahmequellen die Einrichtung eines Mietzinses für vorübergehende Inanspruchnahme des Bürgersteiges oder des Straßendamms durch Privatpersonen und Verpachtung des Bodenmarktes ausgerufen wird. Bei Beratung der Luftbarkeitssteuer wählten unsere Genossen in erster Linie den prinzipiellen Standpunkt unserer Partei und außerdem zeigten sie an den verschiedenen Sägen, wie die Festsetzung der Steuer vollständig in das Belieben des Gemeindevorstehers gestellt werden soll. Letzteres dürfte aber der Gemeindevertretung bald genug den Vorwurf der Ungerechtigkeit einbringen, da das Steuerzahlen an und für sich schon als Ungerechtigkeit von den Steuerzahlern empfunden wird, dieses aber um so viel stärker bei den Bauernbestimmungen in Erscheinung treten muß. Beschlossen wurde schließlich, den Entwurf einer Kommission zu überweisen, die versuchen soll, in denselben positive Sägen hineinzubringen. Bei der Wahl dieser Kommission wurde entgegen der Forderung des Schöffen Dr. Ehrmann, neben dem Gemeindevorsteher auch einen Schöffen in die Kommission zu wählen, beschlossen, daß bei Wahlen zu Kommissionen, welche aus 4 Personen bestehen, den Vertretern jeder Abteilung ein Sitz und bei achtgliedrigen Kommissionen 2 Sitze zugestanden werden, im ersten Falle ist die 4. Person der Gemeindevorsteher und im zweiten Falle ist außer diesem noch ein Schöffe hinzuzuziehen. Damit dürfte in Zukunft der ungeduldeten Behandlung der Minoritäten bei Kommissionsbildungen ein Riegel vorgeschoben sein. In die Kommission wurde von unserer Seite Genosse Horlich delegiert. Die Hundesteuer wurde von 15 auf 25 M. für einen Hund und für jeden weiteren im Haushalte befindlichen Hund auf 30 M. erhöht. Bei der Beschlußfassung betr. des zu entrichtenden Mietzinses für Benutzung der Bürgersteige usw. wurde nach dem Antrag unserer Genossen beschlossen, bei dem Handel mit Weihnachtsbäumen keinen Mietzins zu erheben. Die Verpachtung des Marktplatzes wurde in nichtöffentlicher Sitzung beraten. Durch Beschluß des Kreis Ausschusses ist die im April als ungültig erklärte Wahl des Fabrikbesizers Ruhe als gültig erklärt worden. Aus dem Urteile geht besonders hervor, daß die Handlungsweise des früheren Gemeindevorstehers Reinsch, welcher bei der im April stattgefundenen Abstimmung über die Gültigkeit der Wahl die Abgabe der Stimme des Herrn Ruhe nicht zuließ, als nicht rechtmäßig erklärt wurde. Auf die Einlegung von Rechtsmitteln wurde verzichtet. Unter Geschäftlichem erklärte der Gemeindevorsteher, daß er den Einspruch des früheren Gemeindevorstehers gegen die beschlossene Arbeitsordnung für die Gemeindearbeiter zurückgezogen habe, da er in dem Beschluß keinen Verstoß gegen die Interessen der Gemeinde erblickt.

Wilmerdorf.

Her mit der Sonntagsruhe!

Am Montag, den 1. August, abends 8 1/2 Uhr, findet im „Victoria-Garten“, Wilhelmstraße 114/15, eine öffentliche Versammlung statt, in der Genosse Publig über das Thema: „Her mit der vollständigen Sonntagsruhe!“ referieren wird. Arbeiter und Handelsangestellte, erscheint zahlreich in dieser Versammlung, damit eine eindrucksvolle Kundgebung zustande kommt.

Nikolassee.

Aus der Gemeindevertretung. Nach den gemachten Mitteilungen sind die Ordnungen über die Erhebung von direkten Gemeindesteuern und einer Biersteuer von der Aufsichtsbekörde genehmigt. Sie sind bereits durch Aushang zur Kenntnis gebracht. Die direkten Gemeindesteuern sind bei dieser hochfeudalen Gemeinde nicht sehr hoch, sie betragen nur 50 Prozent Zuschlag. Der Geschäftsgang der Gemeindevertretung soll sich so abwickeln, daß allmonatlich einmal, an einem noch zu bestimmenden Wochentage die regelmäßigen Sitzungen stattfinden. Es sollen drei Tage vor ihrem Stattfinden durch Aushang bekannt gemacht, die Gemeindevorsteher sollen in derselben Frist eingeladen werden. Grundstücke, die dauernd dem öffentlichen Interesse dienen sollen, sollen bei ihrem Erwerb von der Veranlagung zur Gemeinde- sowie Kreisumsatzsteuer ausgenommen sein. Dem Landratsamt soll ein Antrag unterbreitet werden, die Grundstücksbesitzer von der Pflicht zur Haltung von Feuerlöschgeräten zu entbinden, da am Ort eine freiwillige Feuerwehr besteht. Die Wehr setzt sich natürlich hauptsächlich aus den paar hier wohnenden Arbeitern zusammen, die, weil sie gelegentlich für die reichen Bewohner Nikolassees sich großer Gefahr aussetzen dürfen, bisher der Organisation nicht zugänglich waren. Zur Prüfung eines Antrages der Wewischen Privatschule auf Gewährung von 3000 M. Zuschuß jährlich, wird eine Kommission eingesetzt, die sich auch mit der Unterbringung der sechzehn Volksschulkinder beschäftigen soll, die jetzt die Schulen von Nachbarn besuchen. Die Festsetzung eines neuen Bauungsplanes wird nicht öffentlich beraten. In einer früheren Sitzung war eine Hundesteuer beraten worden, die nach Hamburger Muster zwischen großen und kleinen Hunden einen Unterschied machte. Diese Steuer ist nicht genehmigt worden. Nun wird festgelegt, daß in Zukunft für Hunde bis zur Größe von 60 Zentimeter nach dem Stocmhof 15 M., über 60 Zentimeter 30 M. Steuer zu entrichten sind. Bei zwei Hundstücken ohne jeden Unterschied 60 M. zu zahlen. Ist ein steuerfreier Hund im Hause, so sollen für den steuerpflichtigen 30 M. gezahlt werden.

Nieder-Schönhäusen.

Der Arbeiter-Gesangsverein „Zukunft“ feiert heute sein neunzigstes Stiftungsfest im Restaurant „Liedemil“ unter Mitwirkung mehrerer Gesangsvereine (300 Sänger). Eintritt 20 Pf., Anfang 4 Uhr. Da sich genannter Verein bei Arbeiterfesten jederzeit zur Verfügung stellt, wäre eine rege Beteiligung der Arbeiterschaft erwünscht.

Friedrichshagen.

Einen interessanten Vortrag über „Geschichtliches vom preussischen Wahlrecht“ hielt Genosse Georg Schmidt in unserer am Mittwoch abgehaltenen Mitglieder-Versammlung. Unter Vereinsangelegenheiten wurden die beiden Anträge des Vorstandes: 1. das Botengeld für die Zeitungen, und Zeitungsdruckausgaben zu erhöhen; 2. dem Kassierer ein laufendes Manageld von 1 Proz. der Einnahmen zu bewilligen, angenommen. Alsbald gab Vorsitzender viele den Bericht von der Kreisgeneralversammlung und wies auf einige willkommene Neuerungen hin, welche dort angenommen worden sind. Kritisiert wurde das Verhalten eines bürgerlichen Gemeindevorstehers gegen einen Gemeindearbeiter, indem sich dieser Herr als Vorgesetzter gerierte. Er wurde aber von seinen des Arbeiters eines anderen belehrt. In einem anderen Falle suchte ein Vorgesetzter einen Arbeiter auf recht unschöne Art aus der Arbeit zu bringen. Unsere Gemeindevorsteher wurden beauftragt, den Herrn Gemeindevorsteher hierüber zu interpellieren. — Zum Schluß machte der Vorsitzende bekannt, daß der hiesige Turnverein beabsichtigt, eine Lehrlingsabteilung zu gründen und ersuchte die Eltern, ihre Söhne im Alter von 14—18 Jahren zu diesem Unternehmen zu schicken.

Bossen.

Mit der Auswahl der Funktionäre beschäftigte sich die letzte Generalversammlung. Gewählt wurde zum 1. Vorsitzenden Gaupe,

zum Schriftführer Sandmann, Kassierer Kalmring, 2. Vorsitzenden Dieß. Als Beisitzer soll eine Genossin gewählt werden und wurde die Wahl den Genossinnen selbst überlassen. Als Parteisekretär fungiert Natufsch, Bibliothekar Budeus, Lokalkommission Wischmann und Wendorf, Stadtordnungs-Kommission Gaupe, Fischer und Ralom, Leiter der Landtagabteilung Budeus, Revisoren Ralom, Scholz und Binder. Zu der am 7. August stattfindenden Kreisgeneralversammlung wurden die Genossen Waiker und Wendorf gewählt. Angenommen wurde eine Resolution, die badische Landtagsfraktion betreffend, in der die Haltung derselben ganz entschieden beurteilt wird. Die Delegierten wurden beauftragt, Protest in der Generalversammlung Groy-Berlins zu erheben. Der Verein zählt 160 Mitglieder. 4 Genossen traten über, einer wurde neu aufgenommen.

Spandau.

Arbeiter-Samariterbund. Kolonne Spandau: Am Montag, den 1. August, abends 8 1/2 Uhr, im Restaurant „Gutenberg“, Finkelsdorfer Straße 5, außerordentliche Generalversammlung. — Am Mittwoch, den 3. August, findet der Übungsabend bei Wölfe, Gabelstr. 20, statt. Auch werden die Mitglieder gebeten, sich recht zahlreich an der Übung in Treptow am 7. August zu beteiligen.

Jugendveranstaltungen.

Lichtenberg-Friedrichsfelde. Heute 4 Uhr nachmittags veranstaltet der Jugendklub im Schlosspark zu Friedrichsfelde auf dem großen Spielplatz gemeinsame Spiele für Jung und Alt. Die Erwachsenen werden besonders ermahnt, sich daran zu beteiligen. Lieberbürger mitbringen. **Schöneberg.** Am Sonntag, den 31. Juli, findet ein Ausflug zum Jugendklub statt. Abfahrt nachmittags 2 1/2 Uhr Bahnhof Eberstraße nach Scharf. Erwachsene können ebenfalls teilnehmen, alle Jugendlichen müssen unbedingt erscheinen.

Aus der Frauenbewegung.

Versammlungen — Veranstaltungen.

Charlottenburg. Montag, den 1. August 1910, abends 8 1/2 Uhr, bei Müller, Windscheidstr. 10: Frauenversammlung. Die Parteigenossen, besonders der 4. Gruppe, werden ersucht, ihre Frauen auf diese Veranstaltung hinzuweisen. Der Vorstand.

Versammlungen.

Die Gips- und Zementarbeiter nahmen in der am Mittwoch abgehaltenen Generalversammlung ihrer Sektion den Geschäftsbericht vom zweiten Quartal entgegen, den der Sektionsleiter Haase erstattete. Die Einnahmen betragen 33 002 M., die Ausgaben 27 100 M. An Streibeiträgern sind 14 861 M. eingegangen. Die Konjunktur ist jetzt ziemlich auf dem Höhepunkt angelangt. Dem Tarifabschluß für die Zementbranche, über den schon früher berichtet wurde, ist nach längeren Verhandlungen auch der Abschluß eines Tarifs für die Gipsbranche gefolgt. Der neue Tarif gewährt vom 1. August ab eine Lohnerhöhung von 3 Pf., beziehungsweise 2 1/2 Pf. für Bupträger. Vom Oktober 1911 ab tritt eine weitere Erhöhung von 2 Pf. ein. Damit ist die Tarifbewegung für beide Branchen beendet. Die Mitgliederzahl der Sektion betrug am Ende des Quartals 1772. Nach einem Bericht Haases über die Tätigkeit der Gewerkschaftskommission wurden Haase und Lemm als Delegierte in dieselbe gewählt.

Vermischtes.

Hirsche und Menschen.

Im Perlaacher und Grünwalder Forst, in nächster Nähe Mönchengladbachs, ist zwar der Boden und Bestand Staatsbesitz, die Jagd aber gehört dem Hofe. Vor einiger Zeit hat nun, wie das „Wager Wochenbl.“ mitteilt, das Forstamt Mönchengladbach bei der königlichen Regierungsförstammer die Anzeige gemacht, daß im Frühjahr innerhalb dreier Monate vier Hirsche, einige Rehe und Hasen von der Eisenbahn in Perlaacher Waldpark überfahren worden sind und dabei ihr Leben verloren haben. Das Forstamt meldete, daß überhaupt sehr viel Wild überfahren werde, seitdem die Bahn zweigleisig ist. (An das eine Gleis scheint sich also das l. h. Wild schon gewöhnt zu haben.) Die Regierungsförstammer leitete den Bericht an die Hofjagdintendanz weiter, und diese schrieb zurück, daß die l. Eisenbahndirektion den Geldwert des Wildes ersetzen müsse und außerdem zu veranlassen sei, längs des Bahndammes — eine Zaun zu errichten. Die Regierungsförstammer leitete diesen Schrieb pflichtgemäß wieder an das Forstamt Mönchengladbach mit dem Auftrage, einen Kostenvoranschlag für den Zaun anzufertigen. Also für Hirsche, Rehe und Hasen wird sofort auf Regimentskosten ein teurer Zaun gemacht, damit sie nicht überfahren werden. Die Gefährdung von Menschenleben scheint der Eisenbahnverwaltung nicht so nahe zu gehen. Erst neulich wurde an der Bahnüberfahrt bei Perlach ein Milchfuhrwerk von der Eisenbahn zusammengeschoben, wobei drei Menschen nebst dem Pferde ihr Leben verloren. Das war bei drei Jahren schon der siebente Unfall an jener Stelle, ohne daß man es bisher für nötig gehalten hat, das Gleise durch Schranken abzusperrten, was doch ganz bedeutend weniger gekostet hätte als der Zaun, den die Hofjagdintendanz verlangt. Aber wenn vier l. Hirsche und einige Rehe und Hasen überfahren werden — ja dann freilich!

Schwere Kesselexplosion.

Nach einem Telegramm aus Reusatz (Slavonien) ereignete sich gestern vormittag aus bisher noch unbekannter Ursache in der Zementfabrik in Dreooin eine schwere Kesselexplosion. Vier Arbeiter wurden getötet, mehrere schwer verletzt. Einige Arbeiter werden noch vermisst.

Wie uns ein Privattelegramm meldet, sind bei der Explosion neun Arbeiter getötet und vier schwer verletzt worden. Ein Arbeiter wird noch vermisst.

Der höchste Patriotismus.

Im Scherischen „Tag“ waren Donnerstag einige alte Männer aus dem Volke abgebildet. Man höre und staune über den Anlaß dieser seltenen Ehrung; also ist das Bild erläutert:

„Zur Erinnerung an die Schlacht bei Jbitedt am 23. Juli versammelten sich die Schleswig-Holsteinischen Veteranen in diesem Jahre zum 60. Male.“

Es würde den alten Kriegern wohl zu viel, alle drei bis vier Tage sich feierlich zu versammeln, doch die Aussicht, endlich in den „Tag“ zu kommen, ermunterte sie stets. Gut, daß ihnen diese Erlösung schon nach einem halben Jahre ward. Oder sollten sie sich jetzt aus Dankbarkeit noch sechzigmal versammeln?

Dänische Geistliche gegen die Gemütsroheit im Offizierskorps.

Der Pfarrer Koch in Odensee hat in einem Freitagartikel erklärt, daß in dänischen Offizierskreisen eine immer größere Verflüchtung des Gemütslebens sich ausbreite, die in zahlreichen Mißbräuchen der Dienstgewalt gegen Untergebene zum Ausdruck komme. Auf die Aufforderung des Kultusministers, seine Angriffe zu begründen, hat Koch erklärt, er werde eine Reihe Offiziere nennen, die ihren Untergebenen roh und brutal gegenübertraten. Er hat von seinem Amtsbruder

das Liebes Unterfütterung erhalten, der erklärte, in nur 15 Monaten in 3 Garnisonen zahlreiche Beläge der von Koch behaupteten Lasten gesammelt zu haben.

Es dürfte noch in Erinnerung sein, daß vor nicht langer Zeit von angesehenen frommen Damen die Schändung zahlreicher ganz junger Mädchen durch die Leibgarde des Königs an die Öffentlichkeit gebracht wurde. Die forumpirierende Wirkung des Verfallsoldatentums äußert sich auch außerhalb der schwarzweißen Grenzpfähle.

Eisenbahnzusammenstoß in Frankreich.

Bei Le Mans stieß ein vollbesetzter Personenzug mit einem anderen zusammen. Der Anprall war so heftig, daß zwei Wagen jedes Zuges völlig zertrümmert wurden. Der Lokomotivführer und Heizer des einen Zuges sowie der Heizer des anderen wurden schwer verletzt unter den Trümmern hervorgezogen. Zwanzig Reisende sind gleichfalls verletzt, doch gibt ihr Zustand zu keiner Besorgnis Anlaß. Der Schaden ist sehr erheblich.

Wenn der Staat „spart“.

Aus München wird uns geschrieben: Wenn der Staat spart, gibt es immer etwas zu lachen, denn er spart immer an der wichtigsten Stelle. Die bayerische Verkehrsverwaltung ist bekanntlich besonders sparsam, sie spart an der Seife, an der Tinte und an den Handtüchern. Jetzt spart sie auch noch an der Beleuchtung. Sie verlangt von ihren Fahrgästen, daß, wenn die Züge allmählich leerer werden, die Passagiere in andere Wagen übersteigen, damit in den so leer werdenden Wagen die Beleuchtung gelöscht werden kann. Wahrscheinlich sollen wieder ein paar Oberregierungen oder Ministerialräte neu eingestellt werden, die diesen Geniestreich zu überwachen haben.

Ein Familiendrama.

Aus Fulda wird uns gemeldet: In dem Orte Marbach hat der Schuhmachermeister Günther, ein dem Trunk ergebenen Mensch, seine Frau ermordet und sich dann selbst entleert. Die Leiche seiner Frau hat er in den Keller geschleppt und dort verscharrt, seinem eigenen Leben hat er in ebenso schauerlicher wie raffinierter Weise ein Ziel gesetzt. Er bezog einen Strohhafen mit Petroleum, legte sich darauf, zündete das Stroh an und ließ sich verbrennen. Die Frau war schon seit einigen Tagen verschunden, doch nahmen die Dorfbewohner an, daß sie infolge häuslicher Zwistigkeiten sich entfernt hätte. Erst nach der Wahnsinnstat des Ehemannes durchsuchte man das Haus und fand im Keller die ermordete Frau.

Die Eismaschine als Gebrauchsgegenstand in der Ehe.

Die strenggläubige katholische „Volks-Zeitung“, Karlsruhe, die sonst die Ehen nur im Himmel schließen läßt, benimmt auch recht fleißig den Insektenteil, um auf dem „heute nicht mehr ungewöhnlichen Wege“ die Eheheiligung nach materiellen Rücksichten zu fördern. Etwas ganz Neues ist dabei die gleichzeitige Bekanntgabe von Gebrauchsgegenständen in der Ehe, die bisher nicht üblich waren und die den Reiz der Frau v. Popelins hervorgerufen werden. Das Insekt der „Volks-Zeitung“ lautet:

Heirat.

Bräutigam mit Eismaschine, elektrischer Lichtanlage, herrschaftlicher Wohnung, 30 Jahre alt, schöne Erscheinung, von alt. Bildung, sucht mit einer vermögenden Dame, junge Witwe nicht ausgeschlossen, bekannt zu werden betreffs recht baldiger Heirat. Es wollen sich nur Damen melden, die auch Lust und Liebe zum Geschäft haben. Die Brauterei liegt zehn Minuten von der Stadt entfernt. West. Offerten unter Nr. 838 an die Expedition.

Frau v. Popelins kann sich begreifen lassen, denn die Eismaschine, mit der dieser Brautereibesitzer ausgestattet ist, ist doch sicher weit wirkungsvoller als die kleine Wasserbütte, die Wirkung wird auch nicht durch die elektrische Lichtanlage aufgehoben. Die „Junkfrügle“ des Bräutigams ist dabei die gleichzeitige Bekanntgabe von Gebrauchsgegenständen in der Ehe, die bisher nicht üblich waren und die den Reiz der Frau v. Popelins hervorgerufen werden. Das Insekt der „Volks-Zeitung“ lautet:

Kleine Notizen.

Liebestragödie im Erzgebirge. Der Kaufmann Otto Bilz aus Berlin, der sich seit einigen Tagen mit der Tochter seines Chefs, einem Fr. Brandenburg, entfernt hatte, erschoss sich und das Mädchen im Walde bei Carlsfeld im Erzgebirge. Er hinterließ einen Brief, in dem er sagt, daß die letzten Nächte die schönsten seines Lebens gewesen seien.

Explosion. Bei Karlsruhe explodierte der Kessel einer Delraffinerie. Elf Arbeiter wurden schwer verletzt, einer getötet.

Die Kindesleiche im Eisenbahnwagen. Aus Eger meldet uns ein Telegramm: Im Schlafwagen des Franzensbader Schnellzuges ist gestern früh ein totes Kind im Alter von sieben Monaten, in russische Zeitungen eingewickelt, gefunden worden.

Berufsleiter Desraudant. Die Wiener Polizei verhaftete den nach Unterschlagung von 1500 M. aus Voigtland im Wogland flüchtig gewordenen 27jährigen Markthelfer Max Desrau Schmidt.

Schüsse auf einen Eisenbahnzug. In der Nähe der ungarischen Station Poprad Szekla wurden auf einen Personenzug mehrere Revolverkugeln abgegeben. Der Lokomotivführer Sighona wurde von einer Kugel in den Kopf getroffen und schwer verletzt. Die Täter konnten bisher noch nicht verhaftet werden.

Eingegangene Druckschriften.

„Kommunale Praxis“, Wochenchrift für Kommunalpolitik und Gemeindefortschritt. Preis pro Quartal 3 M. Einzelnummern 80 Pf. Grobenummern gratis. Verlag Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW. 68. Aus dem Inhalt der vorliegenden Heft 25 und 29 erwähnen wir besonders die Artikel: „Eine preussische Gemeindeverwaltung“, von S.-V. Dr. Oskar-Frankfurt a. M. sowie „Die Reform der badischen Gemeinde- und Städteordnung“ vom Landtagsabgeordneten Wilhelm Kold.

Der Sozialismus und die soziale Revolution. Unter diesem Titel erschien in den Heften der Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW. 68, Heft 4 der Wochenzeitschrift „Der Kampf um die soziale Revolution“. Preis 25 Pf. Zur Charakterisierung des Inhalts geben wir folgende Kapitelüberschriften wieder:

Der kapitalistische Staat. Die Herausbildung des kapitalistischen Großkapitals. Der Staatsbedarf und die Produktion. Der Großkapital und der Kapitalmarkt. Der Staat als Beschäftigungsorgan. Sozialpolitik und Staatspolitik. Die Verstaatlichungen. Der kapitalistische Weltfrieden. — Interessenkämpfe und politische Parteien. Die kapitalistischen Interessengruppen. Die moderne Bourgeoisie. Der politische Einfluss der Börse. Die Konjunkturschwankungen. Die Appropriation des Unternehmens. Der Rentnerhaas. Die Börse und die Agrarier. Die Verelendung des Bauerntums; Die Lebensmittelkrise und die Landwirtschaft. Die Bauerninteressen und das moderne Bauerntum. Lösegeld an die Kapitalistenklasse. — Das Proletariat und die Staatsgewalt. Klassenbedürfnisse und Klassenkultur. Das Proletariat und die Bourgeoisie. Die Verelendung der Produktion in ihrem wirtschaftlichen und politischen Ideengehalt. Die Verstaatlichung der Banken. Die soziale Revolution eine politische Aufgabe. Die Missionen vom letzten Kampfe. Kein Gegenstand zwischen dem Minimum- und dem Maximumprogramm. Der Kampf mit kombinierten Waffen. Die wirtschaftlichen Folgen des Klassenkampfes. Politische Führung und Desorganisation des Staates. Wärsenpanik und ein Chaos politischer Kämpfe. Das Ausland und der Klassenkampf. Die Gewaltenteilung des Staates. Die Armee und die Klassenbewegung. Die Widerstandsfront des Proletariats. Kampfmittel und Kampfmotoren. Nicht revolutionäre Aufspaltung, sondern soziale Erweiterung der Kämpfe. Europa und die kapitalistischen Weltkämpfe. Die proletarische Entwicklung und die soziale Revolution.

Zu beziehen durch alle Buchhandlungen, Expedition und Kolportage. Wanderverkehr — Lebenskunst. Von E. W. Trojan. Preis 1,50 M. Verlag von G. Lammer, München. **Mag. Geths gesammelte Schriften** (6 Bände, geh. 30 M., geb. 38 M. Stuttgart, Teubner Verlaganstalt).



HERMANN TIETZ



LEIPZIGER STRASSE

ALEXANDER-PLATZ

FRANKFURTER ALLEE

Diese Woche — soweit Vorrat

Besonders billiges Angebot Damen-Konfektion

Damen - Blusen

Batist- u. Stickereistoffe,

1⁴⁵ 1⁹⁵ 2⁷⁵

Tüll-Blusen ganz auf Seide

4⁹⁰ 6⁷⁵

Seiden - Blusen

einfarbig u. gemustert

4⁷⁵ 7⁵⁰

Wasch-Kostüm- Röcke

zum Teil mit Einsätzen

2⁸⁵ 3⁹⁰ 6⁷⁵

Sport-Paletots und Jacketts

aus reinwoll. Cheviot, Anales- u. Pertas-Stoffen in weiss u. farbig

4⁹⁰ 6⁷⁵

ca. **5000 Stück Kostüm-Röcke**

hochmod. Ausführung in uni und gemusterten Stoffen, gutes Fabrikat

2⁷⁵ 4⁷⁵ 6⁷⁵ 9⁷⁵ **bedeutend unter Preis**

Kinder-Konfektion

Knaben - Wasch - Anzüge

Blusen-Fassons, moderne Waschstoffe, für 2-8 Jahre

durchweg **75 Pf.** 1⁷⁵ 2⁷⁵

Knaben - Wasch - Blusen

offene und geschlossene Fassons, für 2-8 Jahre

durchweg **45, 85 Pf.** 1²⁵

Knaben - Wasch - Hosen

dunkelblauer Waschstoff, für 2-8 Jahre

durchweg **65, 95 Pf.**

Partei-Expeditionen:

- Zentrum: Albert Dahnisch, Auguststr. 50, Eingang Joachimstraße.
2. Wahlkreis, Westen: Gustav Schmidt, Kirchbachstr. 14, Hofpforte.
Süden und Südwesten: Hermann Berner, Guelternstr. 72, Laden.
3. Wahlkreis: St. Pauli, Brünnstr. 31, Hof rechts dort.
4. Wahlkreis: Osten: Robert Bengel, Gr. Frankfurterstr. 120.
— Wilhelm Rann, Petersburgerplatz 4 (Laden).
4. Wahlkreis, Südosten: Paul Böhm, Laufherplatz 14/15 (Laden).
5. Wahlkreis: Leo Buch, Immanuelstr. 12 (Hof).
6. Wahlkreis (Moabit und Hansaviertel): Carl Wunders, Eintrachtstr. 8, im Laden.
- Wedding: Carl Weige, Nazarethstr. 49.
- Rosenthaler und Oranienburger Vorstadt: Wilhelm Baumann, Bernauerstr. 9, vorn part.
- Gesundbrunn: H. Trapp, Stettinerstr. 10.
- Schönhauser Vorstadt: Carl Rars, Inghenerstr. 128.
- Adlershof: Carl Schwarze, Hoffmannstr. 9.
- Alt-Gliencke: Wilhelm Dürre, Rudowstr. 83 II.
- Baumgartenweg: D. Hornig, Marienbaderstr. 13, I.
- Bernau, Röntgenal, Zepherial, Schönau und Schönbrück: Helmuth Brose, Dohlestr. 74, part.
- Bohnsdorf und Falkenberg: Alois Kauf, Bohnsdorf, Genossenschaftshaus „Paradies“.
- Charlottenburg: Gustav Scharnberg, Eichenheimerstr. 1, Ecke Goethestr. Laden.
- Eichwalde, Zenthen, Miersdorf und Hankels Ablage: Oscar Rabe, Eichwalde, Stubenrauchstr. 99.
- Erkner: Ernst Hoffmann, Friedrichshagener Chaussee.
- Friedersdorf-Petershagen: E. Hölzbarth, Petershagen.
- Friedenau-Steglitz-Südende: D. Bernsee, Schloßstr. 110, Hof I, in Steglitz. Bestellungen nehmen entgegen in Steglitz: D. Wöhr, Döppelstr. 32, und Fr. Schellbake, Körnerstr. 10a.
- Friedrichshagen: Ernst Bertmann, Köpenicker Straße 18.
- Grünau: Franz Klein, Bahnhöfstr. 6 III.
- Johannisthal: Helde, Kaiser-Wilhelm-Platz 4.
- Karlshorst: Richard Käfer, Köhlerstr. 9, II.
- Königs-Wusterhausen: Friedrich Baumann, Bahnhöfstr. 13.
- Köpenick: Emil Wöhler, Rieherstr. 6, Laden.
- Lichtenberg, Friedrichsfelde, Wilhelmsberg: Otto Seidel, Kronprinzenstraße 4, I.
- Mahlsdorf und Kaulsdorf: Hugo Scheibe, Mahlsdorf, Halberstr. 14.
- Mariendorf: August Leib, Chausseestr. 295, Hof.
- Narrenfelde: Emil Weiser, Dorfstr. 14.
- Nieder-Schöneweide: Max Friebe, Weiserstr. 14 II.
- Nowawes: Wilhelm Jappe, Friedr. 7.
- Ober-Schöneweide: August Henjes, Laufenerstr. 2, I.
- Pankow-Niederschönhausen: Otto Rißmann, Mühlentstraße 30.
- Reinickendorf - Ost, Wilhelmsruh und Schönholz: H. Gusch, Ramestr. 12, I.
- Rixdorf: H. Heinrich, Redarstraße 2, im Laden.
- Rummelsburg, Boxhagen: H. Rosenkrantz, Alt-Boxhagen 56.
- Schmargendorf: Gustav Kaminsky, Gurostraße 2.
- Schöneberg: Wilhelm Dümmel, Martin Lutherstr. 51, im Laden.
- Spandau: Röhren, Jagowstr. 9.
- Tegel, Borsigwalde, Wittenau, Waldmannslust, Hermsdorf und Reinickendorf-West: Paul Riegraf, Borgholde, Mühlentstraße 10.
- Teltow: Wilhelm Bonow, Teltow, Zehndorfer Str. 4.
- Tempelhof: Albert Thiel, Friedrich Wilhelmstr. 20.
- Treptow: Rob. Gramenz, Niehölzstraße 412, Laden.
- Weißensee: H. Fuhrmann, Sedanstr. 105, part.terr.
- Wilmerdorf-Halensee: Paul Schubert, Wilhelmstr. 26, Hof part.terr.

Annahme von Inseraten für den „Vorwärts“.
Bitte ausschneiden.

Das seidene Braut-Kleid

und die herrlichsten Seiden kauft man am vorteilhaftesten direkt im Seiden-Engros-Haus Seiden-Herzog. Nach beendeter Saison werden zirka 25000 Meter kostbarer Seiden direkt an jede Dame verkauft. Diese Woche: Reste und Coupons wundervoller Seiden und Samte für Roben, Blusen, Jupons usw., darunter drei Serien à 1,00, 1,50, 2,00 per Meter, welche teilweise das Doppelte und Dreifache gekostet haben. Ferner: Vornehme Seiden für Braut- und Hochzeits-Roben. Aparte Blusen- und Jupons-Seiden, entzückende Sommer-Seiden, Foulards, Baste usw., von 1,50 an. 1 Posten Crêpes de Chine und Eoliennes, doppeltbreit, für elegante Braut-, Gesellschafts- und Strassenroben 3,50, 4,50 usw. Reinseidene schw. Damaste, Merveilleux, Louisines etc. 15,00, 20,00, 30,00 per Robe. Viele hundert schicke Blusen, darunter eine Serie, früher bis ca. 25,00, jetzt durchschnittlich 7,50, Jupons, elegante schwarze Kostüm-robe in Seide, Tuch, Alpaka von M. 9,00 an. Änderungen sofort.

Seiden-Herzog, Berlin, nur Leipzigerstr. 79 — 1 Treppe — am Dönhofsplatz

Beginn des Verkaufs Montag 9 Uhr.

Raucher bevorzugen

TUMA-Cigaretten

Sivri 3 3/4

OGARETTFABRIK
TUMA
GEGR. 1876



Naumann, Adler, Schnellnäher, nähst vor- und rückwärts.



Singer A 75.00
Singer B, versenkbar 105.00

S. Kaliski trühere Baby

In meinen größten Spiegelhaus kaufen Sie gut und billig, meine Schläger sind nicht zu übertreffen.

1. Tauentzienstr. 5.
2. Brunnenstr. 175, Ufe Spandauerstr.
3. Chaussee 60, an der Finkenstr.
4. Braunstr. 99, an der Wägenstr.
5. Frankfurter Str. 115, an der Andreestr.
6. Frankfurter Allee 72, an der Thierstr.
7. Oranienstr. 2a, an der Godebühl.
8. Halle-Allianz-Str. 4.
9. Besselerstr. 18, an der Turmstr.
10. Charlottenburg, Scherrenstr. 2.
11. Rixdorf, Reuterstr. 66.
12. Spandau, Lohstr. 20.

Kinderbettstelle

von 6.50 an.

Garantie auf Nähmaschinen 3 Jahre.

Näh- und Strick-Unterricht gratis.

Vertreter kommt auf Wunsch.

Kinderwagen und Bettstellen



Kasten m. Gummi 25.00
Korb m. Gummi 21.00



100x00 Schwarz mit Weissberg 27.50

zu festen Kassapreisen auch bei 2 Raten Nähmaschinen 4.00 monatlich an.

Hebe Provision für Nachweis neuer Kunden.

Frack-Verleih-Institut: „Der olle Glassbrenner“
Friedrichstr. 115/1, a. Crabb.
Tor. Weg. Grad. Gehrod.
1.50, Hofe 1.00, Wette 50 Pf.
Rehrgold, Gefährte, Gummi, Batts.
Gülden, Parkgrabenstr. 11-12-7. IV 8593

„Hoffnung“

Berliner Schneiderei-Genossenschaft
E. G. m. b. H.

Zwischen Rosenthaler Tor u. Invalidenstr. Brunnenstr. 185
Zwischen Rosenthaler Tor u. Invalidenstr. Gegr. i. Februar 1906 v. organisiert Schneidergel. Berlins.

Empfehlen sich allen Arbeitern, Parteigenossen und Mitbürgern zur Anfertigung eleganter

Herren- u. Knabengarderobe

Großes Lager fertiger Herren-, Knaben- u. Kinder-Anzüge.
Große Auswahl in Sommer-Paletots, Ulster, Radfahranzügen u. Fant-Westen

in allen Größen und Preislagen sowie Arbeiter-Berufs-Kleidung.

Die Herstellung unserer Fabrikate erfolgt in eigenen Betriebswerkstätten unter den von unserer Organisation festgelegten Bedingungen.

Lieferanten 103/1* der Konsum-Genossenschaft Berlin u. Umgegend, des Charlottenburger Konsum-Vereins sowie des Arbeiter-Radfahrerbundes.

NB. Wir weisen besonders darauf hin, daß wir nur für eigenen Bedarf fabrizieren und unsere Waren in keinem anderen Geschäft zu haben sind.
Im Juli und August bleibt unser Geschäft Sonntags nach 10 Uhr geschlossen.

Wochen-Spielplan der Berliner Theater.

Königl. Opernhaus, Geflossen. Königl. Schauspielhaus, Geflossen. Neues königl. Opernhaus, Sonntag: Lohengrin. (Anfang 7 1/2 Uhr.) Montag: Siegfried. (Anf. 7 Uhr.) Dienstag: Laubhüser. (Anfang 7 1/2 Uhr.) Mittwoch: Götterdämmerung. (Anfang 6 1/2 Uhr.) Donnerstag: Lohengrin. (Anf. 7 1/2 Uhr.) Freitag: Die Meistersinger von Nürnberg. (Anfang 7 Uhr.) Sonnabend: Laubhüser. (Anfang 7 1/2 Uhr.) Sonntag: Tristan und Isolde. (Anfang 7 Uhr.) Montag: Rheingold. (Anf. 8 Uhr.) Deutsches Theater. Sonntag Dorotheas Rettung. (Anfang 8 Uhr.) Montag: Faust. (Anfang 7 1/2 Uhr.) Dienstag: Judith. (Anfang 8 Uhr.) Mittwoch: Frühlingserwachen. (Anfang 8 Uhr.) Donnerstag: Judith. (Anfang 8 Uhr.) Freitag: Faust. (Anfang 7 1/2 Uhr.) Sonntag: Judith. (Anfang 8 Uhr.) Deutsches Theater (Kammerstücke). Täglich: Liebestwägel. Anfang 8 Uhr. Leistung-Theater. Sonntag: Kasernenlust. Montag und Dienstag: Das Konzert. Mittwoch: Die verurteilte Glode. Donnerstag und Freitag: Das Konzert. Sonnabend: Gelpenfer. Sonntag und Montag: Das Konzert. (Anfang 8 Uhr.) Kleines Theater. Täglich: Nur ein Traum. Anfang 8 1/2 Uhr. Berliner Theater. Täglich: Talfun. Anfang 8 Uhr. Neues Theater. Montag und folgende Tage: Kasernenlust. (Anfang 8 Uhr.) Neues Schauspielhaus. Täglich: Der Mäler. Anfang 8 Uhr. Heddel-Theater. Sonntag: Dem gehört Helene? Spul. Montag und folgende Tage: Dem gehört Helene? Spul auf der Redoute. Anfang 8 1/2 Uhr. Komische Oper. Täglich: Der Regimentskapapa. Anfang 8 Uhr. Thalia-Theater. Sonntagnachmittag 3 1/2 Uhr und abends 8 Uhr: Charleys Kante. Montag bis Freitag: Geflossen. Sonnabend, Sonntag, Montag: Polnische Wirtshaus. Anfang 8 Uhr. Schiller-Theater O. Sonntagnachmittag 3 Uhr: Martha. Abends 8 Uhr: Das Mädchen von Schöneberg. Montag: La Traviata. Dienstag: Das Mädchen von Schöneberg. Mittwoch: Die Förster-Christl. Donnerstag: Martha. Freitag: Der Förster-Christl. Sonnabend: Martha. Sonntag: Die Handwerkskiste. Montag: Der Förster-Christl. Anfang 8 Uhr. Schiller-Theater Charlottenburg. Täglich: Die von Hochstadt. Anfang 8 Uhr.

Friedrich-Wilhelmstädtisches Schauspielhaus, Geflossen. Neues Operetten-Theater. Sonntag, nachmittags 3 Uhr: Die Dollarprinzessin. Abends bis Sonnabend: Der Graf von Luxemburg. Anfang 8 Uhr. Laufen-Theater. Sonntagnachm. 3 Uhr: Lena Gartenberg. Abends 8 Uhr: Der Graf von Monte Christo. Montag bis Freitag: Der Graf von Monte Christo. Sonnabend: Auf der Goldwage. Sonntagnachm. 8 Uhr: Lena Gartenberg. Abends 8 Uhr: Auf der Goldwage. Montag: Auf der Goldwage. Anfang 8 Uhr. Lustspielhaus. Abends: Das Leutnantenmündel. Anfang 8 Uhr. Rose-Theater. Täglich: Ein seltsamer Fall. Anfang 8 Uhr. Apollo-Theater. Abends: Spezialitäten. Anfang 8 Uhr. Polles Caprice. Abends bis auf weiteres: Die böse 13. Die feuchte Leinwand. Anfang 8 1/2 Uhr. Metropol-Theater. Abends: Hallo! Die große Revue! Anfang 8 Uhr. Passage-Theater. Sonntag, nachmittags 3 Uhr: Spezialitäten. Abends: Spezialitäten. Anfang 8 Uhr. Wintergarten. Abends: Spezialitäten. Anfang 8 Uhr. Bughagen. Täglich: Spezialitäten. Anfang 8 Uhr. Reichshallen-Theater. Sonntag: Winter-Tanzman. Von Montag ab täglich: Stettiner Sänger. Anfang 8 Uhr. Sonntag 7 Uhr. Karl Haberland-Theater. Abends: Spezialitäten. Walhalla-Theater. Abends: Spezialitäten. Anfang 8 Uhr. Prater-Theater. Täglich: Schützenl. Anfang 8 Uhr. Urania-Theater. Landstr. 43/49. Täglich: Die Insel Nügen. Anfang 8 Uhr. Sternwarte, Invalidenstr. 57-59.

präsidenten übrig. — D. P. 117. Sie müssen angeben, welche Sportart Sie meinen. — D. R. 10. Das ist möglich. Ein Vergleich ist angebracht. — D. 161. Sie können Strafanzeige erstatten. — R. Sch. 53. 1. Ein zu notariellem Protokoll erklärter Vertrag ist nicht notwendig. Andererseits darf es auch kein Scheinvertrag sein und unterlag der vormundschaftsgerichtlichen Genehmigung. 2. Das scheint Schwindel zu sein. — August 1910. Der sich bei der Auseinandersetzung ergebende Anspruch des Schuldners ist pfändbar und das Gesellschaftsverhältnis alsdann kündbar. — R. S. 2. Das trifft nicht zu. Reklamation hätte nur dann Aussicht auf Erfolg, wenn das Einkommen nicht dem veranlagten Steuerjahre entsprach. — G. S. 28. 1. und 2.: Der Vertrag ist nichtig, deshalb muß Rückzahlung der 10 M. erfolgen. — Lewandowski. 1. Der Bruder hat Anspruch auf Zahlung nach erfolgter Uebernahme. 2. Diese Kosten gehen zu Lasten der Gesamtachtschasse. 3. Ja. — D. P. 1000. 1. Ja. 2. Nein. — R. M. 17. Da Sie — im Sinne des Gesetzes — grundlos zurückgetreten sind, besteht kein Rückforderungsrecht. Das steht zwar nicht ausdrücklich in der in Frage kommenden Gesetzesbestimmung (§ 1201 Bürgerl. Gesetzbuch), wird aber in der Praxis angenommen (Reumann, Bürgerl. Gesetzbuch Anmerkung I 40 zu § 1201). — D. R. 81. Spielste macht dauernd untauglich. — D. G. 34. 1. 1200 Mark. Die Länge der Wartezeit ist für diejenigen herabgesetzt, die zur Zeit, als die Versicherungs-pflicht für Ihren Berufsweig in Kraft trat, das 40. Lebensjahr vollendet hatten. Solche Wbkrzung erfolgt aber nur dann, wenn die Person der dem Antraktreten vorangegangenen drei Jahre berufsmäßig, wenn auch nicht ununterbrochen, tätig gewesen ist. Ob dies bei Ihrem Vater der Fall ist, geht aus Ihrem Schreiben nicht hervor. 2. Landes-versicherungskasse. 3. Fragen Sie bei der Lokalkommission an. — D. R. 88. Wenden Sie sich bitte an das kaiserl. Patentamt, Bischofstr. 97/103, und, soweit Ihre Spezialfragen dort nicht beantwortet werden, an die „Bergarbeiter-Zeitung“, Bochum, Biemelshausener Str. 38/40, oder an den Reichstagsabgeordneten Otto Gue, Rüttensteib-Offen, Nicolaistr. 61. — D. D. 23. Beratung ist ausdrittslos. — Wm. 1. a) Ja; b) Nein. 2. Unseres Erachtens ist Fahrgeiz abzugänglich. Die Behörde billigt einen solchen Abzug aber in der Regel nicht zu. 3. Ja. — D. J. 2. Im Adreßbuch, 2. Band, Teil II, Seite 260, finden Sie die Zeitschriften verzeichnet. — G. S. 66. Wenden Sie sich an den Arbeiter-Sängerbund, Vorsitzender Paul Kupfer, Petersburger Str. 56.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet in den Räumen Nr. 69, vorn vier Treppen — Fahrstuhl —, wochentäglich von 4 1/2 bis 7 1/2 Uhr abends, Sonnabends von 4 1/2 bis 6 Uhr nachmittags statt. Jeder für den Briefkasten bestimmten Antrage ist ein Enschluß und eine Zahl als Verzeichnis beizufügen. Briefliche Antworten werden nicht erteilt. Bitte fragen Sie man in der Sprechstunde vor. G. 11. 1. U. G. nicht. 2. Ja. 3. Dem Arzt in Höhe der Taxe. — G. R. 50. Ja, in der Regel. — G. G. 53. Die Ehegerichts kann nur von dem Manne binnen Jahresfrist angefochten werden. Nach ihrer Darlegung bleibt nur der Antrag auf Namensänderung bei dem Poligel-

Zentral-Kranken- und Sterbefälle der deutschen Wagendauer, Filiale Rixdorf. Heute Sonntag vorm. 10 Uhr: Generalversammlung

W. WERTHEIM GM BH

Potsdamer Straße 10, 11 und 13

Friedrich-Straße 110/112 Passage-Kaufhaus

Versand-Abteilung in beiden Häusern

Versand-Abteilung in beiden Häusern

Bis Mittwoch, den 3. August, Fortsetzung der

Serien-Woche

Beachtenswert sind unsre enorm billigen Angebote

85 Pfennig

1 Mark 50

2 Mark 50

3 Mark 50

- 1 Bluse aus bedruckter Kretonne oder weißem Batist
1 Teeschürze mit Trägern
1 Knabenschürze mit Tasche
4 Herren-Krawatten Bänderform
1 Regenschirm für Kinder
1 Paar Damenstrümpfe Flor m. reich. Stickerei
3 Paar Damenstrümpfe gewebt, Baumwolle
1 Herrenmütze aus verschiedenen Stoffen
6 Porzellan-Tassen mit Untertassen
6 Speiseteller modern dekoriert, Unterglasur
12 Eßlöffel vernickelt
1 Brotkorb
1 Salzstreuer
1 Pfefferstreuer
1 Konsole für Sand, Seife und Soda
1 Kammgarnitur dreifach, glatt oder besetzt
1 Zeitungsmappe
1 Papierkorb aus feinem Korbgewebe
1 Handtuchhalter imitiert Nußbaum, poliert
1 Markttasche
1 Karton Blumenseife 6 Stück
1 Leinen-Kassette 50 Bogen, 50 Umschläge
1 Kontor-Schreibzeug
100 Zigaretten mit od. ohne Mandelstück
4 Bände Erzählungen bekannter Autoren, antiquarisch

- 1 Batistbluse
1 Schürzenkleid mit breiter Schürze
1 Kupon (2 1/2 Meter) reinwollener Blusenstoff
1 Bettlaken Halblichem
1 Tischtuch
12 Staubtücher
1 Wachstuchgarnitur bestehend aus 1 Tischdecke, 1 Schranktücher, 1 Eimerapfendecke, 1 Leitungsbanner, 1 Stück Kante
10 Alpaka-Teelöffel
1 Reibemaschine
1 Traubenspüler
1 Zuckerstreuer
6 Fruchtteller aus Glas
1 Frühstück-Service für zwei Personen
6 Prima-Alpaka-Teelöffel im Etui
6 Obstmesser in Etui
1 Küchenbeil
1 Hackemesser
1 echt japan. Kaffeeservice fünfteilig
1 Markttasche Wachsloch
1 Damen-Handtasche
100 Kabinett-Zigaretten ohne Mandel.
1 Flasche Eau de Cologne 1/2 Liter
1 Flasche franz. Parfüm

- 1 Bluse aus weißem arabischen Baft, sehr elegant ausgeführt
1 Hemdbluse aus gestreiftem Zephr oder imitiertem Leinen
1 Jupon aus imitiertem Leinen mit hohem gebreantem Volant
1 Damen-Taghemd elegant garniert
1 Damen-Beinkeid elegant garniert
1 Kupon (2 m) Waschstoff für ein Kleid
12 Herren-Kragen
1 farbiges Herren-Oberhemd
1 Herrenhut weich, Haerftis
1 Tischtuch Rehalien, 130x130 cm groß
6 Jacquard-Servietten
1 Regenschirm für Damen, m. farb. Bord.
6 Speiseteller
6 Dessertteller
1 Kompottschale
6 Glasteller
1 Käseglocke
1 Tortenheber
1 Sahnenlöffel
1 Salatschüssel
1 Salatbesteck
1 Turnapparat Schenkeltrett, Reck und Ringe
1 Füllfederhalter mit echter 14 karätiger Goldfeder
2 Bände Klassiker Ausgewählte Werke von Freiligrath, Grillparzer, Heibel, Helne, Kleist, Rückert oder Uhland; antiquarisch

- 1 halbfertige Batistrobe
1 Jupon aus Satin oder imitiert. Leinen mit hohem Volant
1 Blusenhemd aus imitiertem Batist
1 Wiener Taghemd handgefertigt
1 Promenaden-Unterrock mit breitem Stickerei-Volant für Herren oder Damen, rein Seide, mit Futteral
1 Schirm
6 Handtücher Rehalien, gestickt und gebündert
1 Waschservice fünfteilig
1 Kaffeeservice neuzeitlich, fein dekoriert
12 Speiseteller
12 Dessertteller
12 Prima-Alpaka-Eßlöffel
1 Butterbesteck
1 Käsebesteck
2 Aufschnittgabeln
1 Gasplättisen
1 Erhitzer
1 Asbest-Untersatz
1 Plättisen
2 Bolzen geschmiedet
1 Untersatz
1 Ärmelplättbrett
1 Toiletteneimer mit Rührbügel, weiß
1 Lederhandtasche für Damen

Verband sozialdemokratischer Wahlvereine

Berlins und Umgegend.

Dienstag, den 2. August, 8 Uhr abends:

Ordentliche Generalversammlungen der Wahlvereine.

1. Kreis.

Dräfels Festhale, Neue Friedrichstr. 35.

Tagesordnung:

1. Vorstands- und Kommissionsberichte. 2. Neuwahl des Vorstandes und der Funktionäre. 3. Wahl der Delegierten zur Verbands-Generalversammlung. 4. Eventuelle Anträge zu dieser. 5. Provinzialkonferenz und Delegiertenwahl.

2. Kreis.

Wollbrauerei, Tempelhofer Berg.

Tagesordnung:

1. Vorstands- und Kommissionsberichte. 2. Neuwahlen. 3. Die Verbands-Generalversammlung, Delegiertenwahl und Anträge zu derselben. 4. Vereinsangelegenheiten.

3. Kreis.

Gewerkschaftshaus, Engelufer 15.

Tagesordnung:

1. Vorstandsbericht und Neuwahl. 2. Bericht der Presb., Agitations- und Lokalkommission. 3. Die Provinzialkonferenz und Wahl der Delegierten. 4. Die Verbands-Generalversammlung und Bestätigung der Delegierten. 5. Partei- und Vereinsangelegenheiten.

4. Kreis.

Kellers Festhale, Koppenstraße 29.

Tagesordnung:

1. Bericht des Vorstandes und Neuwahlen. 2. Provinzialkonferenz und Aufstellung der Kandidaten. 3. Verbands-Generalversammlung, Anträge und Delegiertenwahl. 4. Diverse Anträge.

5. Kreis.

Altes Schützenhaus, Linienstr. 5.

Tagesordnung:

1. Vorstands- und Kommissionsberichte. 2. Wahl aller Funktionäre. 3. Die Verbands-Generalversammlung und Anträge zu derselben. 4. Delegiertenwahl resp. Bestätigung. 5. Partei- und Vereinsangelegenheiten.

6. Kreis.

Germania-Prachtshale, Chausseest. 110.

Tagesordnung:

1. Bestätigung der Delegierten zur Verbands-Generalversammlung. 2. Geschäfts- und Kassenbericht. Bericht der Revisoren. 3. Neuwahl des Vorstandes und der Kommissionen. 4. Erledigung sonstiger Anträge.

Rixdorf.

Hoppes Festhale, Hermannstr. 49. (Fortsetzung der Generalversammlung.)

Tagesordnung:

1. Jahresbericht. 2. Neuwahl des Vorstandes. 3. Verschiedenes.

Diejenigen Mitglieder, welche noch keinen Jahresbericht erhalten haben, können denselben am Eingang zum Saale in Empfang nehmen.

Zu allen Versammlungen legitimiert das Mitgliedsbuch des betreffenden Wahlvereins.

Bei der Wichtigkeit der Tagesordnung erwarten zahlreichen und pünktlichen Besuch

Die Vorstände.

Verband der Sattler und Portefeuller.

Ortsverwaltung Berlin.

Branchen-Versammlungen:

Geschirr-Branche: Donnerstag, den 4. August, abends 8 1/2 Uhr, im Englischen Hof, Neue Köhstr. 3.

Portefeuller- u. Reiseartikelbranche: Mittwoch, den 3. August, abends 8 1/2 Uhr, bei Graumann, Raunynstr. 27.

Militär-Branche: Mittwoch, den 3. August, abends 6 Uhr, im Englischen Garten, Alexanderstr. 27 a.

Finolenmaler u. Teppichnäher: Mittwoch, den 3. August, abends 8 1/2 Uhr, bei Wehnacht, Grünstr. 21.

Wagen-Branche: Mittwoch, den 3. August, abends 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engelufer 15.

Eisenmöbel- u. Lederstuhlpolsterer: Donnerstag, den 4. August, abends 8 1/2 Uhr, bei Walter, Adalbertstr. 62.

Sektion Charlottenburg: Mittwoch, den 3. August, abends 8 1/2 Uhr, im Volksbause, Rosinenstr. 3. Um zahlreichen Besuch ersuchen Die Branchenleitungen.

Zentralverband der Schuhmacher Deutschlands

Hauptstelle Berlin. Bureau: Blantzenfeldstr. 10. Tel.: VII, Nr. 6920.

Mittwoch, den 3. August, abends 8 1/2 Uhr:

General-Versammlung

bei Voeker, Weberstr. 17.

Tages-Ordnung:

1. Geschäfts- und Kassenbericht. 2. Diskussion. 3. Wahl des ersten Bevollmächtigten. 4. Verbandsangelegenheiten.

169/20 Die Ortsverwaltung.

Zentralverband der Maurer Deutschlands

Bureau: Engelufer 15, III. Zweigverein Berlin. Telephon: Amt IV, 4093.

Sektion der Putzer.

Achtung! Putzer. Achtung! Putzer.

Am Mittwoch, den 3. August, abends 6 Uhr, in den Arminhallen, Kommandantenstr. 58/59:

Mitgliederversammlung.

Tages-Ordnung:

1. Abrechnung vom II. Quartal 1910. 2. Verschiedene Vereinsangelegenheiten. 183/18

Regen Besuch erwartet Die örtliche Verwaltung.

BN. Bitte die heutige Todesanzeige zu beachten.

Verband der Maler, Lackierer, Anstreicher etc.

Filiale Berlin. □ Sektion der Lackierer.

Donnerstag, den 4. August, abends 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engelufer 15:

Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. Die Einführung der Arbeitslosenversicherung. Referent: Kollege F. Klotz.

2. Diskussion. 3. Verbandsangelegenheiten. 127/77

Achtung! Sonntag, den 21. August: Abfahrt 6.23 Uhr früh vom Schlesischen Bahnhof nach Erlener, von dort zu Fuß weiter nach Rangschleuse. - Näheres in obiger Versammlung.

Zahlreiche Beteiligung erwartet Die Sektionsleitung.

Deutscher Transportarbeiter-Verband.

Bezirksverwaltung Groß-Berlin. Bureau: Engelufer 14/15. Fernsprecher: Amt IV, Nr. 2382 u. 4747.

Achtung! Rollkutscher, Begleiter, Stalleute u. Bodenarbeiter aus allen Speditionsbetrieben Berlins!

Heute Sonntag, den 31. Juli, vormittags 10 Uhr, bei Voeker, Weberstraße 17:

Mitglieder-Versammlung

Tages-Ordnung:

1. Bericht der Tarifkommission. 2. Diskussion u. Beschlußfassung.

In Anbetracht der äußerst wichtigen Tagesordnung, welche für unsere Berufscollegen von großem Interesse ist, erwarten wir einen recht zahlreichen Besuch. Kein Kollege darf fehlen!

Das Verbandsbuch ist am Eingang des Saales vorzusetzen. 70/18 Die Branchenleitung.

Achtung! Bewilligte Bäckerei!

Teile dem verehrten Publikum und der Nachbarschaft mit, daß ich unten genannte Bäckerei käuflich übernommen und zugleich die Forderungen des Bäder- und Konditoren-Verbandes anerkannt habe. Es wird mein Bestreben sein, gute und schmackhafte Ware zu liefern und den Tarif einzuhalten. Achtungsvoll 1785 Wilhelm Bergeler Lichtenberg, Friedrich-Karl-Straße 14.

Kaulsdorf und Mahlsdorf.

Nur 20 Pf. Fabrik v. Zentrum Berlins, trotzdem billig, als weiter v. Berlin gelegene Orte, wie Hoppegarten, Neuenhagen usw. Maß. Anzahlung, langj. Hypothek. Pläne gratis. Verkäuferständig am Bf. Mahlsdorf im Pavillon. J. Rieger, Gontardstr. 6.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Arbeitsnachweis: Verwaltungsstelle Berlin. Hauptbureau: Hof I, Amt 3, 1239. Charitéstraße 3. Hof III, Amt 3, 1957.

Montag, den 1. August 1910:

Bezirks-Versammlungen

für die gesamte Verwaltungsstelle Berlin in folgenden Lokalen:

Norden: Pharus-Säle, Wälderstr. 142, abends 8 1/2 Uhr. Vortrag: „Arbeiterchaft und Christentum.“ Referent: Genosse H. Störmer.

Norden: Obiglos Festhale, Schwedter Straße 23, abends 8 1/2 Uhr. Vortrag des Kollegen Adolf Busch über: „Gewerkschaftsbewegung und Konsumgenossenschaften“.

Norden: Frankes Festhale, Bobstr. 19, abends 8 1/2 Uhr. Vortrag.

Tegel: Borsigwalder Festhale in Borsigwalde, Spanbauer Straße, abends 6 Uhr.

Moabit: Prachtsäle Nord-West, Wielestraße 24, abends 8 1/2 Uhr.

Westen und Schöneberg: Wielech, Schöneberg, Brunenwaldstr. 82, abends 8 1/2 Uhr.

Osten und Lichtenberg: Litfins Festhale, Wemeler Straße 67, abends 8 1/2 Uhr.

Stralau und Rummelsburg: Blumen Restaurant, Alsb. Vorhagen 56, abends 8 1/2 Uhr.

Südenbezirke: Lokal Süd-Ost, Waldemarstraße 75, abends 8 1/2 Uhr.

Weißensee: Restaurant zum Prälaten, Weihensee, Zehdenstr. 122, abends 8 1/2 Uhr.

Rixdorf: Hoppes Festhale, Hermannstr. 49, abends 8 1/2 Uhr. Vortrag des Genossen Dr. Bruno Vorhardt.

Steglitz: Scheichases Festhale, Ahornstraße 15a, abends 8 1/2 Uhr.

Köpenick u. Friedrichshagen: Gesellschaftshaus, Friedrichshagen, Friedrichstr. 69, abends 8 1/2 Uhr.

Spandau: Restaurant Vorwärts, Schönwalder Straße 80, abends 8 1/2 Uhr.

Ober-Schöneweide: Restaurant Wernicke, Wilhelmshofstr. 18, abends 8 1/2 Uhr. 119/8

Tages-Ordnung:

1. Bericht vom Vorstand.

2. Anträge zur Generalversammlung.

3. Verbandsangelegenheiten.

4. Ausgabe der Delegiertenkarten zur Generalversammlung.

Stellungnahme zu der Generalversammlung.

Mitgliedsbuch legitimiert.

Zahlreichen Besuch erwartet Die Ortsverwaltung.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Verwaltung Berlin.

Mitglieder-Versammlungen.

Tages-Ordnung:

1. Bericht vom Vorstand.

2. Anträge zur Generalversammlung.

3. Verbandsangelegenheiten.

4. Ausgabe der Delegiertenkarten zur Generalversammlung.

Stellungnahme zu der Generalversammlung.

Mitgliedsbuch legitimiert.

Zahlreichen Besuch erwartet Die Ortsverwaltung.

Montag, den 1. August:

Tischler.

Südosten I: abends 8 1/2 Uhr (gleich nach Feierabend), in den Raunyn-Festhale, Raunynstr. 6.

Südosten II: abends 8 1/2 Uhr (gleich nach Feierabend) im Reichberger Hof, Reichberger Str. 147.

Oestliche Vororte: abends 8 1/2 Uhr (gleich nach Feierabend) bei Arnold, Frankfurter Chaussee 5/6.

Mittwoch, den 3. August:

Tischler.

Südwesten: 6 Uhr (gleich nach Feierabend) in Habels Brauerei, Bergmannstr. 5/7. (1. Punkt der Tagesordnung: Arbeitsnachweis und Arbeitsvermittlung.)

Osten I: 6 1/2 Uhr (gleich nach Feierabend) in den Andread-Festhale, Andreadstr. 21.

Nordosten: 6 1/2 Uhr (gleich nach Feierabend) bei Voeker, Weberstr. 17.

Nordwesten (Wedding-Moabit): 8 Uhr abends bei Raczarowski, Radenstr. 6.

Bautischler.

Bezirk I: 6 1/2 Uhr (gleich nach Feierabend) bei Raabe, Nichtestr. 29.

„ II (Osten): 6 1/2 Uhr (gleich nach Feierabend) bei Jick, Warschauer Str. 61.

„ III (Norden): 6 Uhr bei Gliesche, Koppenhagen Str. 74.

„ IV (Wedding-Moabit): 6 1/2 Uhr (gleich nach Feierabend) bei Raabe, Kolberger Str. 23.

Polierer, Beizer und Magazinarbeiter.

Süden, Südosten, Südwesten: 6 1/2 Uhr (gleich nach Feierabend) im Märkischen Hof, Adalbertstr. 18a.

Osten: 6 1/2 Uhr (gleich nach Feierabend) im Ost-Kasino, Frankfurter Allee 106.

Norden: 8 Uhr abends im Zwinnemünder Gesellschaftshaus, Zwinnemünder Str. 42.

Klavierarbeiter: 6 Uhr (gleich nach Feierabend) im Gewerkschaftshaus, Engelufer 15, Saal 8.

Drechsler, Treppengeländer- und Luxusmöbelbranche: 8 1/2 Uhr abends im Königsstadt-Kasino, Holzmarktstraße 72.

Bürstenmacher: 8 1/2 Uhr abends bei Preuss, Holzmarktstr. 65.

Bilderrahmenmacher: 6 Uhr (gleich nach Feierabend) im Gewerkschaftshaus, Engelufer 15, Saal 1.

Kammacher: 8 1/2 Uhr im Gewerkschaftshaus, Engelufer 14/15, Eingang B, portiere, Arbeitslosensaal.

Einsetzer: 8 Uhr im Gewerkschaftshaus, Engelufer 15, Saal 11. (Vertrauensmännerversammlung.) Die Kollegen der Firma Bendig sind hierzu besonders eingeladen.

Vergolder: 8 Uhr im Gewerkschaftshaus, Engelufer 15, Saal 5. (Vertrauensmännerversammlung.)

Stockerarbeiter: 6 Uhr (gleich nach Feierabend) bei Lehmann, Neue Friedrichstr. 1. (Versammlung der Vertrauensmänner und Delegierten.)

Perlmutter-, Horn- und Steinnußarbeiter: 5 1/2 Uhr (gleich nach Feierabend) bei Thomas, Reichstr. 6. (Vertrauensmännerversammlung.)

Donnerstag, den 4. August:

Tischler.

Osten II: 6 1/2 Uhr (gleich nach Feierabend) bei Litfins, Wemeler Str. 67.

Osten III: 8 Uhr abends in den Prachtsälen des Ostens, Frankfurter Allee 153.

Modell- und fabriktischler, Modelldrechsler: 8 Uhr bei Witte, Brunnenstr. 188. Die Ortsverwaltung.

Ortskrankenkasse
 D. Schneider, Schneiderinnen
 u. verw. Gewerbe zu Berlin.
 Kassenlokal: Sebastianstr. 37/38.
Bekanntmachung.
 Vom heutigen Tage ab wird gegen
 Zustellung der Sterberrunde für
 die 27/2
Ehefrauen und Kinder
 derjenigen Kassenmitglieder, welche
 der Kasse mindestens 6 Monate un-
 unterbrochen angehören, ein
**Zuschuß zu den Begräbnis-
 kosten**

gezahlt und zwar
 für Ehefrauen in Höhe der
 für Kinder im Alter von
 4 bis 14 Jahren in Höhe
 eines Viertel
 für Kinder im Alter bis
 zu 4 Jahren in Höhe
 eines Viertel
 sofern diese Personen nicht selbst in
 einem gesetzlichen Versicherungsver-
 hältnis stehen, grund dessen ihren
 Hinterbliebenen ein Anspruch auf
 Sterbegeld zusteht. (§ 20 des Kassen-
 statuts.)
 Ferner erhalten diejenigen Kassen-
 mitglieder, welche der Kasse min-
 destens 6 Monate ununterbrochen
 angehören, im Falle der Erwerbs-
 unfähigkeit die Krankenunterstützung
 auf die
Dauer von 39 Wochen
 statt wie bisher 26 Wochen. (§§ 13
 und 16 des Kassenstatuts.)
 Berlin, den 31. Juli 1910.
 Gustav Rastow, Paul Dorst,
 Vorsitzender. Schriftführer.

Katalog gratis

 Um-
 sonst
 zu jed.
 Apparat
 10
 neueste
 Stücke
**Die
 Mi-ll-
 Opera**
 spielt wie eine
 Militärkapelle,
 singt u. lacht u.
 amüsiert alle!
Ratenzahlung
 Kein Preis-
 aufschlag!
 Vertreter gesucht!
 Otto Jacob,
 gen.
 Friedenstr. 9
 Berlin 505

Fischerstr. 33 Stall für 2 und
 4 Pferde, Remise, Lagerkeller; Stube
 auch geteilt zu vermieten. 1903

Steinarbeiter.

Mittwoch, den 3. August, abends 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshause,
 Engelhofer 15:

Mitglieder-Versammlung der Sektion I.

Tages-Ordnung:
 1. Beratung und Beschlußfassung über die Kom-
 missionsvorlage, betreffend Arbeitslosenunterstützung.
 2. Verschiedenes. 171/20*
 Kollegen! Wichtig für guten Besuch! Die Ortsverwaltung.

Bauhandwerker-Krankenkasse

für Berlin und Umgegend.
 Eingeschriebene Hilfskasse No. 118. — Bureau: C. 54, Steinstraße 38 I.
 Den Mitgliedern zur Kenntnis, daß durch den Tod des Kollegen
 Herfordt der Zuschuß sich neu gebildet hat und zum Vorsitzenden
Gustav Lehmann, Berlin O. 112, Schreinerstr. 16, 4 Treppen,
 gewählt hat.
 An denselben sind alle Beschwerden gegen Entscheidungen des Vor-
 standes nach § 18, Absatz 4, der Kassenstatuten zu richten.
 38/5
Der Vorstand.



*Tja!
 einfach
 wunderbar*

ist es jetzt im Waren- und Möbel-Kredit-Haus

Hugo Udo Cohn,

Nr. 13, Kottbuser Damm Nr. 13.
Eine Sehenswürdigkeit 1. Ranges!

Der Umbau ist vollendet, die Räume sind renoviert
 und mit allem Komfort der Neuzeit ausgestattet.
Besichtigung ohne Kaufzwang erbeten!
Mit kleinster Anzahlung
Möbel u. Polsterwaren
Herren-, Damen-, Kinder-Garderobe
Jeder Käufer erhält ein Präsent

50 Pl. wöch. **Ohne Anzahlung**
 Bitte Spiegel, Bilder, Decken, Portieren, Teppiche, Gardinen,
 genau auf Stores; ferner mit kl. Anzahlung (1 Mk. wöchentlich)
 Haus-Nr. Herren-, Damen-, Kinder-Garderobe, Bett- und Leib-
 wäsche, Betten, Kinderbettstellen sowie einz. Möbel.
J. Antel, Brückenstr. 1a erste Bitte Besuch
 nahe Jannowitzbr. Etage. od. Postkarte.



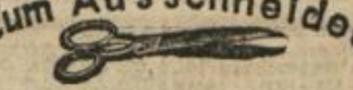
JOSETTI JUNO
Cigaretten können Sie nicht ohne
 weiteres mit irgend welchen anderen Marken
 auf eine Stufe stellen. Wenn Sie Verständnis für
 die feinen Qualitäts-Unterschiede bei Cigaretten im all-
 gemeinen haben, dann werden Sie bei einem Vergleich
 sofort herausfinden, daß Josetti Juno Cigaretten sehr
 viele andere Marken ganz bedeutend übertreffen.
Josetti Juno m. u. o. M. 10 St. 20 Pfg.

mod. Karl Reinhardt's Spezial-ärztliche Institute für
Dr. Geschlechtskrankheiten
 Haut-, Harnleiden, Schwäche
 Neanderstraße 12 nahe Jannowitzbrücke
 1/2 bis 1/3 Uhr.
Potsdamer Straße 117 an der Lützowstraße, 1/2-2 Uhr
 und 1/2 bis 9 Uhr abends. **Herren-Vortrag**
 über chronische Harnleiden statt.
 Nach dem Vortrag Fragebeantwortung.
 Anfang 9 1/2 Uhr abends. — Eintritt frei.

Achtung!
 Bernh. Liebehenschel,
 Eisenbahnstr. 26, Restaurant i. B. U.

Waldparzellen
 am Bahnhof Schulzendorf
 bei Tegel,
 angrenzend an die Königl. Forst.
 veräußert. Quadratmeter 4 Hk.,
 kleine Anzahlung. Das Angebot
 ist zu dem geforderten Preise
 völlig konkurrenzlos,
 da das Gelände

**Hochbau-
 berechtigung**
 hat. Vorarbeiten. Große An-
 lagen im Entwürfe. Nur 80 %
 Kommunalsteuer. Der den
 Erwerb eines landwirtschaftl. rei-
 nen belegen Eigentums mit
 außerordentlicher Gewinnchance
 anstrebt, veräume nicht, die in
 besser Entwicklung begriffene
 Anhebung zu beschließen.
 Näheres durch 190/14
Heinrich Gördes,
 Reinickendorfer, Berliner Str. 2
 Tagelüber auf dem Gelände
 anzutreffen.

Zum Ausschneiden

Dr. Rud. Weils
Nährsalz-Bananen-Kakao
 zeichnet sich hervorragend aus durch höchsten Nährwert und
 Wohlgeschmack. Verrätlich empfohlen bei schwacher Verdauung,
 Blutarmit, allen Schwächezuständen, Neurosit und für
 Kinder. Ferner bei Nierenleiden und Tuberkulose. [3072]
 Palet = 1/2, Palet 1 Palet, 5 Palet 4.75 Palet.
 In Berlin und Vororten Zufendung frei Haus.
D. Mader, Berlin S., Prinzenstraße 37.

Raucht Okassa Cigaretten

Es riecht Goldstaub, Opium und Sultana! Ein bunter Duft aus Arabien, Kuba, Indien, Island.

Kleine Anzeigen

Jedes Wort 10 Pfennig.
 Das erste Wort (fettgedruckt) 20 Pfg. Stellensuche
 und Schiffsstellen-Anzeigen 5 Pfg.; das erste Wort
 (fettgedruckt) 10 Pfg. Worte mit mehr als 15 Buchstaben
 zählen doppelt.

ANZEIGEN
 für die nächste Nummer werden in den Annahme-
 stellen für Berlin bis 1 Uhr, für die Vororte bis
 12 Uhr, in der Haupt-Expedition, Lindenstraße 69,
 bis 5 Uhr angenommen.

Verkäufe.
 Teppiche (schlechte) Gelegen-
 heitskauf. Fabriklager Bauwerkstoff,
 Große Frankfurterstraße 9, Hureingang,
 Vorderstraße 6 Prozent
 Extrarabatt. Sonntags geöffnet.
 Stoppdecken billigst! Habel'sche
 Frankfurterstraße 9, Hureingang.
 Gardinenhaus, Große Frank-
 furterstraße 9, Hureingang. 24918*

Teppiche! (schlechte) in allen
 Größen, last für die Hälfte des Wertes
 Teppichlager Baum, Dörfelstr.
 Markt 4, Bahnhof Börsen. (Keller des
 "Vormärts" erhalten 5 Prozent
 Rabatt.) Sonntags geöffnet!

Reihhaus "Rosenthaler Tor", Einien-
 straße 203/4. Ecke Rosenthalerstraße:
 Großer Verkauf veralteter Anzüge
 9,50 an; Paletots, Monats-Abonne-
 ments-Garderoben, Uhren, Gold-
 Silberwaren. Sonntags geöffnet
 7 bis 10. 12 bis 2. 10298*

Reihhaus "Schöneberg", gegenüber
 Bahnhof, Sedanstraße 1, Telefon
 Amt 6, 15687, bietet stets Gelegen-
 heitskäufe in verschied. gewaschen
 und neuen Anzügen, Sommer- und
 Winterpaletots, einzelnen Hosen,
 goldenen, silbernen Herren- und
 Damen-Remontaire, Uhren, Ketten
 3,50 an, ferner goldene Ringe, Broschen,
 Ohrringe, Platinos, Fahrräder, Preis-
 schwinger 10 Mark an. Richard
 Engelmann. 2008*

Billig einkaufen, heißt Geld sparen.
 Reihhaus Ernst Schmidt, Komminener-
 straße 48, nahe Stadt- und Hochbahn,
 Verkauf von Anzügen, Sommer-
 paletots, Hosen, Uhren, Gold-, Silber-
 waren, Leib-, Bettwäsche, Gardinen,
 Betten usw. Neue Sachen und ver-
 altene Pfänder billigst. Tel. VII,
 13 925. Sonntags geöffnet. 9008*

Wäschehandlung! Geschlossene
 Zwelochgaslöcher! 5,00. Bierlochgas-
 löcher! 9,00. Gasbratbacköfen! 8,00.
 Bronzegaslöcher! Gasglocken!
 Gashängeloch! Geschloßverkauf! Spott-
 billig! Wohlfahrt, Wollnerbender-
 Straße 32. 10298*

Nähmaschinenhaus Sellmann,
 Gollnowstraße 26, empfiehlt Krano,
 Adler, Zentralbobbin, Kinghoff, Lang-
 schiff, Holtemeyer, Lambour, Wheeler
 u. Wilson, Glatt! Säulen-Nähmaschinen
 usw. Prima, Preise billig, Anzahlung
 gänzlich, Garantie. Alle Nähmaschinen
 nehmen in Zahlung. 8248*

Monatanzüge und Sommer-
 paletots von 5 Mark sowie Hosen
 von 1,50, Gehrockanzüge von 12,00,
 Stracks von 2,50, sowie für formale
 Figuren. Neue Garderobe zu namengeb-
 billigen Preisen, aus Handarbeiten ver-
 fertigte Sachen kauft man am billigsten
 bei Nag. Wolladstraße 14.

Herren-Garderobe nach Maß,
 saubere Arbeit, großes Stofflager,
 Paletot, Anzug 30 Mark an. Kauft
 beim Handwerker, laßt den Hand-
 werker verdienen. Teilzahlung gestattet.
 F. Dörge, Dredenerstraße 109.

Singer A 75,00, Raumann-Tobbin,
 Schneidnäher, Adler, auch ohne An-
 zahlung, 1,00 wöchentlich an. Anstatt
 Agenten erhält Käufer Provision.
 Postkarte erwünscht. Kalkstr., Brannen-
 straße 173, Weißblauerstraße 4,
 Chausseestraße 80, Beusselstraße 18,
 Frankfurterstraße 115, Oranienstr. 2a,
 Lauenburgerstraße 5, Frankfurter Allee 72,
 Charlottenburg, Scharenstraße 2,
 Stigdorff, Reuterstraße 64. 7738*

Vorwärtsdierer erhalten 5 Prozent
 Extrarabatt selbst bei Gelegenheits-
 käufen. Teppich-Thomas, Oranien-
 straße 160, Oranienplatz. 8048*

Bekanntmachung! Wandlerhahn
 Chausseestraße 60! Weltbekannt! Ver-
 fallene Pfänder! Spottbilliger Betten-
 verkauf! Aussteuerwäsche! Gardinen-
 auswahl! Prachtteppiche! Extrabilige
 Herren-Garderobe! Hiesenauswahl
 Lohngewerkschaft! Hieselstr. 69, Schma-
 chen! Wanduhr! 9448*

Leibenschuh für Gartenfreunde.
 Ein Reizeber für die Pflege und
 sachgemäße Bewirtschaftung des häus-
 lichen Pflanzens, Gemüse- und Obst-
 gartens von Max Hebbel. Zweite
 vermehrte Auflage. Mit 137 Text-
 abbildungen. Preis 3,50 Mark. Expe-
 dition Vorwärts, Lindenstr. 69.

Füllbettdecken, volle Bettgröße
 2,50, in Größe 6,85, Längeres
 1,85, Erdbeerstores 4,35, Teppich-
 haus Emil Keför, Oranien-
 straße 158. 6978*

Stintwaschfässer, Zuber, Sitz-
 wärmen, Badematten. Spezialfabrik
 Wienerstraße 12. Lefern 5 Proz.

Billige Hofmische, Hochlegante
 Herrenhosen aus feinsten Stoffen
 7-15 Mark, Leinwandhosen, Verjanda-
 haus Germania, Unter den Linden 21.

Vorjährige elegante Herrenanzüge
 und Paletots aus feinsten Stoffen
 20-40 Mark. Verjandhaus Germania,
 Unter den Linden 21. 1435*

Lauben-Baumaterialien, ge-
 brauchte und neue, wie: Kautschuk,
 Bretter, Latten, Leisten, Türen, Fenster,
 Dachpappe in größter Auswahl
 billigst. Hafenscheide 2 (am Germania-
 platz). 25015*

Monatanzüge, Paletots, wenn
 getragen, von 5 Mark an, große
 Auswahl für jede Figur, auch neue
 elegante Garderobe aus erster Be-
 zugsmasse, 20 Prozent billiger wie
 im Laden, direkt vom Schnei-
 dermeister Paul Hülshaus, nur Kolen-
 holerstraße 14. 25115*

